Abonnementspreis mit der wöchentlich zweimal erscheinenden Unterhaltungs-Beilage „Die Arbeiterwelt“. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung in den Ausgabestellen 60 Pf. pro Monat. Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste 6682) pro Vierteljahr M. 2.75. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 5 M., für das übrige Ausland 7 M. pro Vierteljahr.

Redaktion
Zwingerstraße 22, part.
Sprechstunde
an Wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1769.

Telegramm-Adresse:
„Arbeiterzeitung Dresden.“

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate werden die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet und bei mehrmaliger Wiederholung hoher Rabatt gewährt. Versammlungsanzeigen 15 Pf. Inserate müssen bei Inseraten bis 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen.

Expedition:
Zwingerstraße 22, part.
Geschäftszeit von morgens 8 bis abends nach 8 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1769.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Nr. 21. | Dresden, Montag den 27. Januar 1902. | 13. Jahrg.

Dresdner Spar- und Vorschußbank.

Von der verkrachten Dresdner Spar- und Vorschuß-Bank gab der Bericht des Konkurs-Verwalters, Justizrats Dr. Thürmer, in der ersten Gläubigerversammlung am Sonnabend, deren Hauptergebnisse wir schon in der Sonnabendnummer unserer Zeitung brachten, ein ganz neues Bild. Man konnte daraus bei aller — sagen wir — Loyalität des Berichterstatters ersehen, wie derartige feine Gründungen gemacht werden und wie dann Direktoren und Aufsichtsräte „arbeiten“. Rechtsanwalt Thürmer gab auch in seinem Bericht einen Ueberblick davon, wie unerhört leichtfertig die Leiter der Bank mit den ihnen anvertrauten Geldern umgesprungen sind. Die Ursachen des Zusammenbruchs lagen schon bei der Umwandlung des ehemaligen Spar- und Vorschuß-Vereins in eine Bank vor. Viele Mitglieder und Einleger hatten offenbar den großen Unterschied gar nicht begriffen, der zwischen beiden Institutionen lag. Während der Verein mit unbeschränkter Haftung der Mitglieder-Vermögen für die Einlagen haftete, sind bei der Bank nur die Aktionäre mit ihrem Anteile haftbar. Die Täuschung der Einleger und Sparer ist dadurch noch vollständiger geworden, daß die Bank ihr Geschäftslokal in die Räume des Vereins, der sich ja heute noch in Liquidation befindet, verlegte, auch das große Schild des Vereins ruhig an dem Gebäude beließ, während ein kleineres am Eingang anzeigte, daß auch die Räume der Bank sich in demselben Gebäude befanden.

So kam es denn, daß sich ein großer Teil des Vertrauens, das der Verein genossen, auf die Bank übertrug. Und doch war dies Vertrauen durchaus nicht gerechtfertigt. Denn eine Bank, die hauptsächlich ihre Gelder im Baugeschäfte anlegte, konnte unmöglich mit den geringen Mitteln von einer Million Mark Aktienkapital auf die Dauer arbeiten. Man nahm eben die Spargelder, die etwa 7—8 Millionen Mark betrugen, zu Hilfe. Und es war für jeden Eingeweihten ohne weiteres klar, daß bei der geringsten Erschütterung des Geldmarktes das Gebäude zusammenbrechen mußte. Denn während die Einlagen meistens auf kurze Kündigungsfristen eingelegt waren, waren die Hypotheken nicht so leicht realisierbar, wenn einmal ein einmal ein größerer Run auf die Bank entstehen sollte. Und so ist es denn auch gekommen. Als infolge der verschiedenen Bankkrachs die Einleger mißtrauisch wurden und ihre Einlagen kündigten, konnte wohl ungefähr eine halbe Million ausgezahlt werden, dann aber waren die Barmittel erschöpft und der Zusammenbruch war unvermeidlich, nachdem die Großbanken ihre Hilfe versagten. Unter den Hypotheken der Bank befinden sich nur einige erster, sehr wenig zweiter und sehr viele dritter und vierter Güte. Das versteht sich für den Sachkenner schon deshalb von selbst, weil ja erste Hypotheken niedriger verzinst werden, als die riskanteren zweiten und dritten; in dem Ueberschuß der einzunehmenden Hypothekenzinsen über die auszuzahlenden Darlehnszinsen (Zinsen auf die Spareinlagen) bestand aber das „Geschäft“ der Bank. Sie fand somit immer neuen Anreiz, leichtfertig Hypotheken auszugeben. Die meisten Hypotheken gehen denn auch bis zum Wert, viele aber über den gegenwärtigen Wert der Grundstücke hinaus. Bei einem Einlage-Konto von etwa 7 bis 8 Millionen hätte mindestens ein Aktienkapital von 5 bis 6 Millionen vorhanden sein müssen. Die Direktoren haben zweifellos auch gegen das Regulativ der Bank verstoßen, denn es heißt dort: Die Spareinlagen sind sicher und nutzbringend anzulegen. Eine Anlage in Baugeldern und faulen Hypotheken kann aber nicht als sicher angesehen werden. Nochmals: die Direktoren haben gegen das Regulativ verstoßen. Herr Thürmer macht der Verwaltung daraus einen schweren Vorwurf. Diese Geschäftsführung rechtfertigt auch die Ausbringung des Arrestes auf das Vermögen der Direktoren. Ferner sei festzustellen und zu tadeln, daß sie sehr große Kapitalien an die Mitglieder des Aufsichtsrats ausgeliehen haben. Diese betragen nicht weniger als 2382000 Mark. Nur zwei Mitglieder des Aufsichtsrats haben nichts geliehen, zwei andere nur geringere Summen, die sie aufbringen können werden. Ein Mitglied, das inzwischen aber ausgeschieden ist (Ulbricht), hat nicht weniger als 996927 M. allein bekommen. Also auch der Aufsichtsrat hat seine Pflichten verletzt, indem er Geschäfte mit dem Gelde der Bank unter sich machte.

Die Bilanz am Tage des Zusammenbruches, am 6. Dezember 1901, stellte sich folgendermaßen: An Bargeld waren 866,58 M. vorhanden, ausgeliehen waren 9160381,20 M., das Zinsenkonto betrug 157963,82 Mark, das Effektenkonto war infolge des Auszahlens andrängender Gläubiger auf zirka 570000 M. zurückgegangen. Die Spareinlagen betrugen am 6. Dezember 7200000 M. Eine Million war im Jahre 1900 ausgezahlt worden. Die buchmäßigen Schulden der Bank betragen insgesamt 7899826 M., darunter 18000 M. rückständige Gehälter. Der Nominalbetrag der Aktien übersteigt zwar die Schulden der Bank um ein Beträchtliches, der innere Wert aber ist durchaus nicht so groß, weil die Hypotheken teils gar nicht, teils sehr schwer verfilberbar seien. Nach Thürmers Meinung dürften etwa für 6 Mill. M. Sicherheiten vorhanden sein. Er (der Konkursverwalter) müsse aber betonen, daß diese Aufstellung unter Zuhilfenahme der Vorstandsmitglieder erfolgt sei. Er habe von dieser Summe noch 25 Prozent abgezogen, so daß ungefähr Werte von 4½ Millionen übrig blieben. So viel hoffe er herauszubringen.

Es komme natürlich sehr darauf an, in welcher Art und Weise die Liquidation durchgeführt werde. Es würden also vielleicht 50 bis 60 Proz. aus der Masse für die Konkursgläubiger herauskommen, vielleicht weniger, vielleicht mehr. Nicht mitgerechnet seien bei dieser Schätzung die Regreßansprüche an Direktoren und Aufsichtsräte. Diese Regreßansprüche würden nur durch Prozeß erledigt werden können. Auch die Vorstandsmitglieder hätten ihre Gelder in Grundstücken festgelegt. So besitze Brückner allein 40 Grundstücke (!). Allerdings käme vielleicht noch das Inventar des Rittergutes Koselitz in Betracht, aber dabei werde auch nicht viel herausspringen. Er habe deshalb vorläufig eine Million als Arrestsumme angegeben. Denn die Ausbringung des Arrestes koste viel Geld: 3500 M. in diesem Fall. Es sei aus diesem Grunde außerordentlich vorsichtig mit gerichtlichen Schritten zu verfahren. Er habe Unterhandlungen mit den Direktoren eingeleitet, damit sie in Güte einen Betrag anerkennen. Denn sonst müßten eb. die Grundstücke zur Subhastation gebracht werden, und das würde bedenklich auf den Wert der Grundstücke drücken und die Konkursgläubiger würden sich ins eigene Fleisch schneiden. Auch die Aufsichtsräte seien haftbar; sie hätten zweifellos ihre Pflicht vernachlässigt, aber für alles, was geschehen, könnten sie nicht verantwortlich gemacht werden; denn die Direktoren hätten viele Geschäfte unternommen, ohne den Aufsichtsrat zu fragen. Immerhin hätten seine Mitglieder mindestens fahrlässig gehandelt. Ganz besonders auch deshalb, weil sie in solcher Höhe an sich Gelder gegeben. Von den 996000 M., die Ulbricht bekommen, könnten höchstens 250000 M. eingebracht werden und auch das sei nicht sicher!! Wenn von den Aufsichtsratsmitgliedern jetzt das ganze Geld zurückverlangt würde, dann würden sie sicher bankerott werden und die massenhaften Subhastationen würden auf den Grundstückspreis ebenfalls drücken, was der Konkursmasse mit ihren 200 Grundstücken nicht gleichgültig sein könne. Er habe deshalb mit den Aufsichtsräten ebenfalls Verhandlungen angeknüpft, ob sie sich nicht zur Zahlung einer bestimmten Summe verstehen wollten. Sie hätten sich dazu bereit erklärt, nur über die Höhe sei noch kein Beschluß gefaßt. Wenn die Regreßansprüche gerichtlich durchgeführt würden, dann könne er sagen, daß ein Prozeß um 1 bis 2 Millionen in einer Instanz zirka 100000 M. kosten würde, in zwei Instanzen 200000 M. Das wären 5 Proz. der ganzen verfügbaren Masse. Es sei also ein Gebot der Vernunft und der kaltblütigen Ueberlegung, auf einen Vergleich einzugehen. Je nach dem Vermögen müßte die Summe bemessen werden und nach dem Grade der Fahrlässigkeit. Die Hauptschuld treffe natürlich den Vorsitzenden des Aufsichtsrates.

Auch den Schuldnern der Bank, kleinen Handwerksmeistern, sei er entgegengekommen und habe ihnen kleine Abzahlungen gestattet und Stundung gegeben. Aber auch den großen Schuldnern, die zum Teil noch vor kurzem Millionäre waren, sei er rücksichtsvoll entgegengekommen. Eine Reihe von Grundstücken — 10 — seien schon zur Subhastation gekommen, von denen er verschiedene erstehen mußte, um das darauf stehende Geld zu retten. (Vereinzeltes Bravo!)

Der Vorsitzende, Assessor Dr. Schömberg, giebt bekannt, daß er das Wort zu Anfragen an den Konkursverwalter erteilen wolle, jedoch sich die einzelnen Beifallsbezeugungen zc. verbeten müsse.

Zunächst greift Privatus Lehre die Direktoren und Aufsichtsräte heftig an. Sie wären alle Wochen zusammengekommen und hätten für jede Sitzung 10 M. bekommen. Sie müßten unbedingt verantwortlich gemacht werden und der Staatsanwalt müsse eingreifen.

Der Vorsitzende macht den Redner darauf aufmerksam, daß er nur zu Anfragen das Wort habe, aber Lehre protestiert dagegen: Als Mitgeschädigter müsse er sich aussprechen können. Er wünsche zu wissen, wieviel Einkommen jeder der Direktoren und Aufsichtsräte gehabt habe und stellt schließlich eine Reihe von Forderungen auf, gegen die Verwaltung mit allen Mitteln vorzugehen.

Dr. Thürmer weist darauf hin, daß die Banken nicht unter Staatsaufsicht standen und die Herren nicht gezwungen werden konnten über ihre Einkünfte Auskunft zu geben. Das Strafverfahren sei gleich nach dem Ausbruch des Konkurses von dem Justizminister angeordnet worden und schwebe noch.

Ein Versammlungsbesucher fragt an, ob das Kommerzial-Amt? Prießnitzbad mit Beschlag belegt sei, das dem Direktor Brückner gehören solle. Der Konkursverwalter kann keine Auskunft darüber geben, er weist aber darauf hin, daß seine Referendare in den Grundstücksbüchern jedes Blatt umgewendet haben, um etwaige Grundstücke der Beteiligten herauszubekommen.

Rechtsanwalt Dr. Böhme will nicht die Sachkenntnis Thürmers anzweifeln, hält aber seine Schätzung, die sich in eingeschränktem Maße auf die Direktoren stütze, für viel zu hoch. Nicht 4½ Million würden herauskommen, sondern höchstens 2½ Million. Seine Ansicht werde von den Sachverständigen gestützt. Die Direktoren hätten natürlich ein Interesse daran, die Summe möglichst hoch anzugeben. Nicht 50 Proz., höchstens 30 Proz. würden herausspringen. Er empfiehlt die außergerichtliche Regelung, da die Abwickelung von etwa 200 Hypotheken außerordentlich viel Zeit und Sachkenntnis erfordere. Er empfiehlt zu diesem Zweck die Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Justizrat Dr. Thürmer verteidigt seine Schätzung und bestreitet, daß eine solche Gesellschaft mehr für die Konkursgläubiger erzielen würde. Er protestiert gegen die Herabsetzung des Standes des Konkursverwalters und weist auf die Summen hin, die allein schon durch die Ueberschreibung der Grundstücke entstehen würden. Ein Käufer natürlich, der eine Ware kaufen wolle, wird sie nicht loben, sondern schlecht zu machen suchen. Er habe aber nichts dagegen, wenn die Gesellschaft zu stande komme. Er glaube einen guten Blick für die Schätzung der Masse zu haben und bleibe dabei bestehen, daß ca. 50—60 Proz. herauskommen werden.

Rechtsanwalt Dr. Böhme weist darauf hin, daß er nicht nur einen guten Blick, sondern auch Sachkenntnis sich durch seine Beschäftigung mit der Sache erworben habe. Es könnte ja die Masse vor dem event. Verkauf von unparteiischen Sachverständigen geprüft und der Preis festgesetzt werden.

Es wurde dann nach längerer Debatte zur Wahl des Konkursverwalters geschritten und der Rechtsanwalt Dr. Thürmer als solcher ...

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland.

(15. Fortsetzung.) [Nachdruck verboten.]

Hilda Bennechen war weder glücklich noch unglücklich. Ihr Leben war in Wirklichkeit ganz flach — noch flacher sogar, als das Leben einer Dame in ihrer Lage sonst zu sein pflegt. Denn über ihr Aussehen konnten die Meinungen nicht geteilt sein, und daher erfuhr sie gar nichts von den kleinen Triumphen und Niederlagen, die sonst das Leben einer jungen Dame mit sich zu bringen pflegt. Sie hatte ein für allemal eine entscheidende Niederlage erlitten, als sie so geboren wurde, wie sie war; und der Kreis, zu dem sie gehörte, konnte ihr keine weiteren Chancen bieten.

Deshalb hatte die Annäherung Delphins im Laufe des letzten Winters auf sie einen so starken Eindruck gemacht. Wenn sie zusammen auf einem Ball waren, versäumte er niemals die Française nach Tisch, und nach und nach waren sie gute Freunde geworden.

Sie mit dem Kammerherrn aufzuziehen, war unter ihren Freundinnen Sitte geworden, und auch heute begann Sophie Falk-Olsen damit, als die Damen am Theetisch Platz genommen hatten. „Wie war es doch eigentlich mit der Verlobung des Kammerherrn Delphin?“ fragte Sophie. „Du, Hilda, weißt doch gewiß darüber Bescheid?“

„Ich? Weshalb sollte ich denn Bescheid wissen?“ fragte Hilda und wurde rot.

„Herr Gott! Du bist doch, von uns Jüngeren wenigstens, die einzige, die die Auszeichnung genießt, mit dem Kammerherrn tanzen zu dürfen.“

„Du brauchst wirklich nicht zu glauben, daß ich mich ihm aufdränge. Ich sage ihm im Gegenteil jedesmal, er soll sich mit der Française nicht abplagen, wenn er keine Lust hat“, versicherte Hilda.

„Ach — ich kann mir schon vorstellen, wie das zugeht: „er meint, er muß aushalten, nachdem er einmal angefangen hat. Uebrigens“, fügte Sophie boshaft hinzu, „war es ja das erste Mal sicher ein Spaß; so viel ich mich entsinne, war es auf unserem Herbstball.“

„Die Geschichte von Delphins Verlobung kann ich erzählen,“ rief nun Karoline Hielm, die damit beschäftigt gewesen war, eine Beichte Luise Falk-Olsens anzuhören. „Er verlobte sich mit einer Kusine von Mama. Acht Tage darauf aber wurde die Kusine von der Familie gezwungen, die Verlobung aufzuheben. Uebrigens ist sie jetzt mit einem schwedischen Gutsbesitzer verheiratet.“

„Besten Dank! So viel wußten wir schon selber,“ antwortete Sophie überlegen. „Weshalb aber zwang man sie, die Verlobung rückgängig zu machen?“ Sophie hatte ein nervöses Interesse für alles, was Delphin anging.

„Meinst Du etwa, das weiß ich nicht auch?“ antwortete Karoline. „Es geschah deswegen, weil herauskam, daß Delphin in seiner Bevollmächtigten-Zeit eine schlimme Geschichte mit einer verheirateten Frau gehabt hatte. Und wenn Du es wissen willst, so kann ich Dir auch verraten, wer die Frau war — es war eine Schwester des Kandidaten Hiorth — so — nun weißt Du es.“

„Eine Schwester Hiorths! Das trifft sich gut!“ rief Sophie und ließ ihre Ueberlegenheit ganz außer acht. „Dann kann ich alles ganz genau erfahren. Aus dem kann ich ja alles herausholen.“

„War es denn eine so schlimme Geschichte?“ fragte Hilda unsicher.

„Eine von den aller-allerschlimmsten,“ antwortete Karoline bestimmt.

„I wo!“ meinte Sophie. „Sie wird nicht schlimmer gewesen sein, als die meisten Männergeschichten der Art. Es mag nur niemand glauben, daß die Herren so große Tugendhelden sind. Und es wäre auch nicht gut, wenn es so wäre.“

„Wie meinst Du das, Sophie?!“ fragte Luise entsetzt.

„Ach Du mit Deinem tugendhaften Hans! Ich meine, was ich sagte, daß unerfahrene, allzu sittsame Herren das Langweiligste sind — das Widerlichste, was ich kenne.“

Diese Sentenz entfesselte eine lebhafte Debatte. Als man aber in der lebhaftesten Unterhaltung begriffen war, erschien die Frau Staatsrat in der Thür und sagte: „Guten Abend, Kinder! Nun — hier geht es ja lebhaft zu! — Nimm Dich doch in acht, Hilda! Du wirfst noch die Tasse um! — Hier sind übrigens zwei junge Herren, die um eine Tasse Thee bitten, wenn die Damen es gestatten.“

Nun kamen Hiorth und Alfred Bennechen hinter der Frau Staatsrat zum Vorschein. Diese beiden Musterfreunde hatten nämlich die feierliche Verabredung getroffen, sie wollten die Geliebte bei völlig gleichen Chancen zu gewinnen suchen. Alfred nahm daher Hiorth mit, wenn Sophie bei Hilda war.

Inzwischen war es dunkel geworden und Frau Bennechen ließ in dem großen Salon die Lampen anzünden. Von dort her fiel nun gedämpftes Licht durch die halboffene Portiere in das Kabinett, in dem die Jugend lachte und schwatzte.

Alfred führte sehr gewandt das große Wort, und Fräulein Sophie scherzte und kokettierte mit ihm.

Jonas Hiorth hatte dagegen eine andere Methode des Vorgehens gewählt. Er saß stumm und schwermütig im Halbdunkel da und fixierte Sophie, sobald sie ihn ansah, mit einem Blick, der ausdrücken sollte: „Falsche Schlange, ich liebe Dich trotzdem.“

Das Gespräch wurde lebhaft, wenn es sich auch nicht um einen bestimmten Punkt drehte. Man lachte, wurde anzüglich, neckte sich, war boshaft oder liebenswürdig, wie es sich gerade machte.

Währenddem kam Doktor Bennechen. Als er das Lachen im Kabinett hörte, wollte er wieder gehen. Hilda aber rief ihn zurück: „So komm doch, Johann! Und trinke eine Tasse Thee mit.“

Da kam Johann ins Zimmer herein und begrüßte die Gesellschaft, zog sich aber dann mit seiner Tasse Thee wieder in den Salon zurück. Er war verstimmt; in der Hausflur war er Christine begegnet, die aber hatte gethan, als sähe sie ihn nicht, und war an ihm vorbeigegangen.

„Mein gelehrter Bruder ist heute viele Treppen hoch gestiegen,“ rief Alfred aus dem Kabinett in den Salon hinaus.

„Was meinen Sie damit?“ fragte Sophie, die am Tonfall des Satzes merkte, daß etwas dahinterstak.

„Das will ich Ihnen sagen — mein Bruder liebt das Treppensteigen nicht; er hält sich meist an die erste Etage, zuweilen noch tiefer.“

„Das wäre sich aber unglücklich, wenn ein Doktor das Treppensteigen scheute,“ bemerkte eine Dame, die den Sinn der Antwort nicht verstanden hatte.

„Ach — Sie dürfen es mit den Sympathien und Antipathien meines Bruders nicht allzu streng nehmen; er hat einen in jeder Beziehung barocken Geschmack. Wissen Sie zum Beispiel, meine Damen, wie sein Ideal von einem Weibe aussieht?“

„Nein — erzählen Sie — erzählen Sie!“ rief man von allen Seiten.

„Alfred!“ rief der Doktor.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020127/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

geschlagen, für den sich die Einlegerkommission erhebt. Von den Rechtsanwälten Baasen und Schlechte wird diese Wahl befürwortet und Thürmer empfohlen.

Dr. Thürmer legt alsdann sein Amt nieder.

Rechtsanwalt Schlechte beantragt, daß sich die Vertreter der Minorität zum Danke für die Thätigkeit des bisherigen Konkursverwalters erheben sollen. Dr. Thürmer dankt und meint, seine schönste Anerkennung sei das Gefühl, seine Pflicht gethan zu haben.

Da die Einlegerkommission ungefähr 9000 Einleger mit einem Kapital von etwa 6 Millionen vertritt, so erübrigt sich eine Abstimmung. Die Minorität, die 700000 M. vertrat, enthielt sich der Abstimmung. In den Gläubiger-Ausschuß wurden auf Vorschlag des Vorsitzenden und im Einverständnis mit der Einlegerkommission mehr Vertreter der Minorität als der Majorität gewählt, um ihr die Gewähr zu geben, daß sie nicht vergewaltigt werden solle.

Als Kuriosum wollen wir noch mitteilen, daß vor dem Vereinshaus ein Wagen des Packetfahrt-Instituts vorfuhr, in dem sich die Einlage-Bücher der Gläubiger befanden, die die Einlegerkommission mit ihrer Vertretung betraut hatten und die bei etwaigem Zweifel diese Kommission unzweifelhaft legitimiert hätten. Sie wurden aber nicht benutzt; denn die Minorität fügte sich in das Unvermeidliche.

Es dürfte äußerst selten vorkommen, daß ein Konkursverwalter, der noch dazu auf Empfehlung des Amtsgerichtsdirektors Kunz und des Oberbürgermeisters Beutler — wie Thürmer selbst hervorhob — ernannt wurde, von den Gläubigern abgelehnt wird. Man kann das aber verstehen, wenn man weiß, daß Dr. Thürmer als Vertreter der Grundbanken gilt, wie er auch thatsächlich Beamter der meisten Aufsichtsräte war.

Politische Uebersicht.

Richterliche Kritik eines Militärgerichtsurteils.

Wie wir seiner Zeit mitgeteilt haben, wurde Rittmeister a. D. v. Stietencron von der Zivilkammer des Landgerichts Zabern verurteilt, an die Mutter sowie den Großvater des von ihm erschossenen italienischen Arbeiters Fazzi bis zu ihrem Tode je eine vierteljährliche Rente in Höhe von 30 M. als Entschädigung zu zahlen. Das Urteil erregte gewaltiges Aufsehen, weil es in schneidendem Gegensatz steht zu dem Erkenntnisse des Militärgerichts, das Stietencron freigesprochen hatte, weil er bei der Erschießung Fazzis in Notwehr gehandelt habe.

Das Urteil des Zaberner Zivilgerichts liegt jetzt im Wortlaute vor. Seine Begründung ist so bemerkenswert, daß es geboten erscheint, die entscheidenden Stellen ausführlich wiederzugeben. Zunächst wird bemerkt, daß die für die Beweislast geltenden zivilprozessualischen Grundsätze von den im Strafprozesse maßgebenden durchaus verschieden sind. Sodann heißt es weiter:

„Es geht aus dem kriegsgerichtlichen Erkenntnisse und den ihm zu Grunde liegenden Zeugenaussagen mit Sicherheit hervor, daß Stietencron den tödlichen Schuß auf Fazzi abgegeben hat, als dieser ihn mit erhobener Schippe bedrohte, daß also Herr v. Stietencron lediglich, um sich gegen einen Angriff Fazzis zu verteidigen, diesen getötet hat. Zugleich aber kann es nach demselben Urteile einem Zweifel nicht unterliegen, daß die Tötung Fazzis zur Abwendung des fraglichen Angriffs nicht erforderlich war. Stietencron stand zwar kein anderes Verteidigungsmittel zur Verfügung, als seine Flinte. Aber er durfte nach den Grundsätzen des bürgerlichen Rechts diese nicht als Schußwaffe benutzen. Er konnte ja auch nach Verletzung seines linken Armes, die ihn ja auch nicht am Spannen des Gewehrhahns hinderte, den Schlag, zu dem Fazzi mit seiner Schippe ausgeholt hatte, recht wohl mit dem Flintenlauf auffangen und unschädlich machen. Zu dieser Beschränkung seiner Verteidigung auf das objektiv notwendige Maß war Herr von Stietencron um so mehr verpflichtet, als er durch seinen früheren Beruf als Soldat zur Furchtlosigkeit und Besonnenheit erzogen worden ist. Vielleicht hätte selbst dann noch keine Ueberschreitung der Notwehr vorgelegen, wenn er den Fazzi durch einen Schuß etwa in die Beine lediglich kampfunfähig gemacht hätte. Zur Tötung Fazzis aber lag kein genügender Anlaß vor, zumal da die übrigen Arbeiter sich durchaus ruhig verhielten und keine Miene machten, Fazzi zu unterstützen. Herr von Stietencron hat sonach in fahrlässiger Ueberschreitung der Notwehr den Italiener Josef Fazzi getötet und ist daher verpflichtet, der Mutter sowie dem Großvater Fazzis Schadenersatz und zwar durch Entrichtung einer Geldrente zu leisten."

Eine schärfere Kritik des Kriegsgerichtsurteils ist nicht denkbar! Und sie kommt nicht von Umstürzlern und Zeitungsschreibern, sondern von gelehrten Richtern! Die Militärjustiz hat wahrlich böse Zeit!

Auch etwas zum Falle Kulenkampff.

An den Fall Kulenkampff in Elberfeld, der am Montag im preußischen Abgeordnetenhause verhandelt wurde, erinnert der Prozeß, der jetzt vor dem Kölner Landgericht verhandelt wird. Er entspringt dem großen Elberfelder Militärbefreiungsprozeß, der im April 1901 spielte. Damals kam auch der in Köln lebende praktische Arzt Dr. Schulze, Sohn eines Oberstabsarztes, der sich bei der gesamten Kölner Bevölkerung allgemeiner Hochachtung und großer Beliebtheit erfreut, in den Verdacht, durch Ausstellung falscher Zeugnisse, Verabreichung von Medikamenten usw. junge Leute vom Militärdienst befreit zu haben. Dr. Schulze wurde verhaftet und soll, wie er behauptet, im Untersuchungsgefängnis in ein Loch gesperrt worden sein, in dem nicht einmal ein Fenster vorhanden war. Kurze Zeit vorher war er von einer Nierenfellentzündung genesen gewesen. Dadurch, so behauptete er weiter, habe er einen Rückfall erlitten. Außerdem sei er mit gewöhnlichen Verbrechern zusammengesperrt worden. Obwohl von seinen Angehörigen Geld für seine eigene Verpflegung hinterlegt worden war, habe er zehn Tage lang Gefängniskost genießen müssen. Er sei überhaupt behandelt worden, als wenn er bereits eines Verbrechens überführt wäre und schließlich habe sich die ganze Sache als eine falsche Denunziation herausgestellt. Da er in dem Loch, in dem er eingesperrt worden sei, gefroren habe, habe er sich in den Kleidern zu Bett gelegt; deshalb sei er zur Rede gestellt worden. Am folgenden Tage habe er sich mit anderen Verhafteten in Reih und Glied aufstellen und den Kaffee in Empfang nehmen sollen. Er habe sich dessen geweigert. Deshalb habe er an jenem Tage bis abends 6 Uhr kein warmes Essen bekommen. Zu einem Verhör im Justizgebäude sei er im allgemeinen Zellenwagen gebracht worden.

Das Vorkommnis hat den vorjährigen deutschen Aerztetag beschäftigt und dort die schärfste Verurteilung erfahren. Es wurde auf dem Aerztetag außerdem noch mitgeteilt: Der Untersuchungsrichter, der diese Verhaftung veranlaßt habe, sei ein Mann, der vor zehn Jahren wegen Verfolgungswahnsinns in der Irrenanstalt Erbach untergebracht und längere Zeit wegen Geistesstörung suspendiert gewesen sei. Durch Protektion eines hohen Beamten sei dieser Richter wieder in den Staatsdienst aufgenommen und mit dem verantwortungsvollen Amt eines Untersuchungsrichters betraut worden, dem Freiheit und Ehre vieler Menschen in die Hand gegeben seien.

Wie es nun in Preußen üblich ist, sind nicht die betreffenden Beamten, sondern der Redakteur der Zeitung, die den Fall zur Sprache brachte, und der Beschwerdeführer selbst wegen Beleidigung und dieser sogar wegen verleumderischer Beleidigung angeklagt. Auf der Anklagebank sitzen der verantwortlich zeichnende Chefredakteur der Kölnischen Zeitung, Ernst Posse und Dr. Schulze, der der Zeitung den Bericht über die betreffende Verhandlung des Aerztetages geliefert haben soll. Auf diese Weise ist dem Redakteur der beste Zeuge genommen.

Die Staatsanwaltschaft behauptet, daß die Behauptungen Dr. Schulzes, auch die über den Untersuchungsrichter, unwahr seien, er sei im Gegenteil sehr gut und schonend im Gefängnis behandelt worden, er habe also wider besseres Wissen unwahre Thatsachen ausgebreitet.

Die Verhandlung ergab im allgemeinen die Wahrheit dessen, was der Bericht der Köln. Ztg. behauptete. Nur stimmt der Ausdruck „ein Loch ohne Fenster" nicht — Dr. Schulze hatte sich im Gegenteil beschwert, daß er in eine Zelle gesteckt wurde, deren Fenster nicht schloß, so daß er, da ein heftiger Sturm in der ersten Nacht wütete, sich erkältete. Er ist denn auch nach der Entlassung an Nierenfellentzündung, die er vor der Verhaftung bereits überstanden hatte, wieder erkrankt, wie durch ärztliche Zeugen bewiesen wird. Im übrigen ergiebt sich, daß die Behandlung eine nicht viel bessere als die eines überführten Verbrechers war — einige Beschwerdepunkte hängen indessen auch damit zusammen, daß Dr. Schulze als Angehöriger der besseren Stände eine bessere Behandlung als andere Untersuchungsgefangene glaubte beanspruchen zu dürfen. Ein solches Bestreben auf Standesunterschied unter den Untersuchungsgefangenen wird sicherlich nicht zu billigen sein — eher schon eine Trennung derjenigen, die noch nicht bestraft waren, von solchen, die schon Strafen erlitten haben. Daß das ganze System der Behandlung der Untersuchungsgefangenen durchaus rückständig und reformbedürftig ist und daß die „Schneidigkeit" der Beamten noch in alter Blüte steht, das ergab die Verhandlung mit wünschenswerter Deutlichkeit. Freilich wollen die Beamten dem Dr. Schulze kein hartes Wort gesagt haben.

Das Gericht hat den Wahrheitsbeweis merkwürdigerweise nicht als erbracht angesehen — ob wegen des „Loches ohne Fenster", oder wegen anderer Kleinigkeiten, die nicht bis aufs Tüpfelchen über dem i stimmten, das wissen wir noch nicht. Jedenfalls hielt der Staatsanwalt die Gefängnisverwaltung und die Regierung für durchaus gerechtfertigt und verlangte dann, daß der Dr. Schulze wegen verleumderischer Beleidigung zu 900 M. Geldstrafe, Redakteur Posse wegen einfacher Beleidigung zu 300 M. verurteilt würden. Das Gericht ging nicht so weit, es erkannte gegen Dr. Schulze auf 150, gegen Posse auf 100 M. Geldstrafe.

Das Verhalten gegen Dr. Schulze ist ein sehr eigenartiges. Der Mann wurde angeklagt, weil er den Herren Dr. Broeking und Dr. Pabst, die zu Hildesheim seinen Fall auf dem Aerztetage vorbrachten, Mitteilungen darüber gemacht hat. Kein Mensch kann heute nachweisen, daß Dr. Schulze seine Mitteilungen so gemacht hat, wie die beiden Redner nachher es dargestellt haben. Trotzdem wird Dr. Schulze angeklagt und verurteilt! Dem Redakteur wird der Zeuge genommen, und zum Ueberfluß konnten die Zeugen Dr. Broeking und Dr. Pabst vom Kölner Regierungspräsidenten mit einer Privatklage bedacht und können dann im Prozeß nicht vereidigt werden. Das gute Zeugnis aber, das die Gefängnisleitung und die Beamten sich im Prozesse ausstellten, genügt dem Staatsanwalt zur glänzenden Rechtfertigung der Verwaltung.

Wie zäh doch die Bureaukratie ist. Selbst gut konservative Männer dürfen sie nicht ungestraft antasten. Der Ausgang des Prozesses eröffnet keine guten Aussichten auf eine Reform des Gefängniswesens und der Gefangenenbehandlung.

Deutsches Reich.

Berlin, 27. Januar. Der Kaiser hat wieder eine Rede über Kunst gehalten; es geschah am Sonnabend bei der Enthüllung eines Bildnisses der Eltern des Kaisers im Kunstgewerbemuseum, dem merkwürdigerweise ein Moderner, Professor Eckmann, vorsteht. Der Kaiser hat die Anschauung, die er in der Pergamonrede vertrat, aufs neue betont. Der markanteste Satz lautet: „Was der Mensch einmal Schönes geschaffen hat, das bleibt für alle Jahrtausende schön, und wir, die wir nachfolgen, haben nur das Schöne festzuhalten und es unseren Lebensbedürfnissen anzupassen." — Bekanntlich widerspricht das den modernen Anschauungen, wonach die Schönheitsbegriffe sich wandeln.

— In der zweiten badischen Kammer erklärte der Finanzminister, er halte die Einführung einer Reichseinkommensteuer für eine unglückliche und gefährliche Lösung der Frage der Reichsfinanzreform; nach Verabschiedung des Zolltarifs würden die verbündeten Regierungen mit anderen Vorschlägen für eine Reichsfinanzreform an den Reichstag herantreten.

— In ihrem stenographischen Reichstagsbericht vom Sonnabend bemerkt die Köln. Ztg. zur Rede des erheiternden Herrn v. Massow boshaft: Beifall der beiden anwesenden Konservativen und des anwesenden Antisemiten.

— Wegen des schweren Unfalles beim Salutschießen in China am Geburtstage Kaiser Wilhelms im vorigen Jahre, hat der Vizefeldwebel von Garzen in Köln eine Festungshaft von 6 Monaten erhalten. Er hatte an jenem Tage die Aufsicht und ließ ohne ausdrücklichen Befehl Salutschüsse abfeuern, wobei sich das Geschoß rückwärts entlud und ein Pulverfaß zum Auffliegen brachte.

— Der Prinz of Wales ist am Sonnabend in Berlin eingetroffen, und von der Nordd. Allg. Ztg. mit sorgsam abgewogenen Worten begrüßt, vom Kaiser nach den Telegrammen herzlich begrüßt worden. Er hat sogar Bülow besucht und hat schon die übliche Ehrung erhalten, die Verleihung eines Regiments. In seinem Trinkspruch zu Ehren des Gastes hat der Kaiser auch die Rundreise des Prinzen durch die englischen Kolonien erwähnt und dabei gesagt: „Auf einer Strecke von über 100000 Meilen haben Ew. Kgl. Hoheit nur britischen Boden betreten, und durch ihre gewinnende Weise die entfernteren Teile des britischen Reiches und ihre loyale Bevölkerung zusammengefaßt und zusammengefügt, zum jetzigen Imperium Britannicum, von dem auch gesagt werden kann, daß in seinen Grenzen die Sonne nicht untergeht." — Der Prinz war auf dieser Reise auch in Kapstadt.

Der Reichstag setzte am Sonnabend die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fort. Der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Abg. Dr. Rösicke, gab seinen Zorn über die angeblich mangelhafte Durchführung des Fleischbeschaugesetzes kund. Sein besonderes Mißfallen hat die sächsische Regierung erregt, die nach Zeitungsmeldungen die Grenze nach Oesterreich für die Einfuhr lebender Schweine freigegeben habe. Auch die in New-York abgehaltenen Verhandlungen über die Errichtung eines internationalen Schiffahrtsvereins unter Beteiligung des Norddeutschen Lloyds und der Hamburg-Amerika-Linie sind den Agrariern bedenklich; ihre feine Nase wittert eine Beeinträchtigung ihrer Sonderinteressen durch etwaige billigere Frachten von Amerika.

Der sächsische Ministerialdirektor Dr. Fischer konnte den Wortführer des Bundes der Landwirte über den ersten Punkt völlig beruhigen. Die sächsische Regierung hat zwar wegen der außerordentlich hohen Schweinefleischpreise in Sachsen die Oeffnung der sächsisch-österreichischen Grenze für die Schweineeinfuhr „in Erwägung gezogen", man war aber in Dresden vorsichtig genug, sich zunächst über die Stimmung in der Berliner Wilhelmstraße zu erkundigen. Und siehe da, Graf Bülow war agrarischer als die sächsische Regierung und verhinderte das Zustandekommen der Maßregel, die dem verhätschelten Bund der Landwirte nicht sympathisch gewesen wäre.

Unser Genosse Horn-Sachsen, der ausgezeichnete Sachverständige auf dem Gebiete der Glasarbeiter-Verhältnisse, führte die Debatte in das eigentliche sozialpolitische Gebiet zurück. Er charakterisierte die geheimen Kräfte der aller Sozialpolitik widerstrebenden Rückständigkeit, tadelte das Hinausschieben der Zinkhüttenverordnung und verlangte Beseitigung der Mißstände im Gewerbeinspektionswesen. Eingehend beleuchtete er die Uebelstände in der Glasarbeiter-Industrie, gestützt auf so beweiskräftiges Material, daß selbst Graf Posadowsky wenigstens für die besonders krassen Ungeregelmäßigkeiten, die auf dem Gebiete der Sonntagsarbeit in den Glasfabriken herrschen, Abhilfe anzukündigen sich genötigt sah. Noch zwei andere Bundesratsbevollmächtigte, ein bayrischer und ein sächsischer, mußten sich mit den Ausführungen unseres Genossen auseinandersetzen.

Der Wormser Lederkönig, Freiherr Heyl zu Herrnsheim, ist über die Fortschritte unserer Sozialpolitik im allgemeinen hochbefriedigt. Er bewundert die amerikanischen Industriellen, die mit den Gewerkschaften besser „fertig zu werden" verstehen als andere. Eine Abschlagszahlung, über die wir als eine Rate quittieren können, ist seine Forderung der Reduktion des Maximalarbeitstages für Frauen von 11 auf 10 Stunden und der Erhöhung der Altersgrenze für Frauenarbeit in der Fabrik von 16 auf 18 Jahre.

Auf eine ganze Anzahl in der Debatte berührte Einzelheiten hatte Graf Posadowsky zu antworten. Seine Auskünfte waren im wesentlichen negativer Natur. Von den New-Yorker Schiffahrtsverhandlungen weiß er nichts, und im übrigen hat, was sich Herr Dr. Rösicke vorher hätte sagen können, das Reich natürlich keinen Einfluß auf die Frachttarife nicht subventionierter Linien, wie es die amerikanischen eine der Paketfahrt sind. Auch Herr Lenzmann muß seine Hoffnung auf reichsgesetzliche Einführung einer fakultativen Leichenverbrennung aufgeben.

Den ernsten Reden folgte eine Stunde ungetrübter Heiterkeit. Zuerst war es Herr Schlumberger, der in seiner zappeligen Art gegen die Sozialdemokratie polemisierte. Aber sein Wesen ist bekannt, und unsere Genossen schätzen ihn schon seit längerer Zeit wegen seines unfreiwilligen Humors. Dagegen trat ganz unerwartet eine neue komische Kraft ersten Ranges auf der Rechten hervor. Es ist ein Herr von Massow, gewesener Ulanenoberst. Seit 1898 blüht er als Veilchen im Verborgenen, obwohl er, wie er selbst im parlamentarischen Handbuch sagt, seine Militärkarriere aufgegeben hat, um in den Reichstag zu kommen. Mit einem Schlage ist er heute ein berühmter Mann geworden. Er weiß von Juden und Sozialdemokraten zu sprechen, daß Graf Pückler und Klein-Tschirne vor Neid bersten müssen. Jeder Satz war ein Kochtopf — und kein leerer. Es gab ein Halloh im Reichstag, wie schon seit langem nicht. Die Linke ermunterte durch ihren Jubel den Redner zu immer neuen Kraftleistungen, und die Rechte begrüßte seine Gumbinnener Reitball-Ausdrücke mit verständnisinniger Genugthuung. Nur ein Mann auf der Rechten, Herr Dr. Arendt, kroch unter sein Pult, als Herr von Massow mit einem Seitenblick auf ihn von dem Kainszeichen sprach, das Jahrtausende nicht von den gekrümmten Nasen abgewaschen haben. So endete fröhlich der Tag. Eine sozialpolitische Rede des Kaplans Weinhagen hörte sich niemand mehr an. — Am Dienstag steht der Jesuitenantrag des Zentrums zur Verhandlung.

Das gastfreundliche Preußen. Nach dem Oeffentlichen Anzeiger, Beilage des Oppelner Regierungs-Amtsblattes, sind im 3. Vierteljahr im Regierungsbezirk Oppeln 545 Landesverweisungen vorgekommen. Die Zusammenstellung der Landesverweisungen für das 1. Vierteljahr 1901 enthält 495 und für das 2. Vierteljahr 593 Nummern. Vom 1. Oktober 1899 bis zum 1. Oktober 1901 sind nicht weniger als 3486 Personen resp. Familien, meist Polen, aus dem Regierungsbezirk Oppeln ausgewiesen worden, abgesehen von den zahlreichen Ausweisungen, welche jede Woche auf Grund des § 39 oder 362 des Strafgesetzbuches (Verurteilung von Ausländern zu Polizeiaufsicht oder Ueberweisung an die Landespolizeibehörde) erfolgen.

Der „Grund" der Ausweisung ist allgemein: „lästig gefallen". In manchen Fällen wird aber der Grund doch noch näher angegeben. So heißt es bei Ausweisungen im Kreise Ratibor: Ausgewiesen „weil Jude" — „weil mosaisch" — „weil Mähre" — „wegen mährische (!) Sprache" — „weil der polnischen Sprachen überwiegend mächtig" — „wegen polnischer Abstammung" — „weil überwiegend polnisch sprechend" (!) — „weil Mähre und nur der polnischen (!) Sprache mächtig" (!) — „weil der polnischen und slavischen (!) Sprache mächtig" — „weil Jüdin aus Galizien" — „wegen böhmischer

---

„Erstens muß sie vierthalb Ellen groß sein — muß in Pantoffeln gehn —"

Die Damen lachten und klatschten in die Hände.

Hilda aber, die merkte, worauf er hinauswollte, bat ihn halblaut: „Alfred, laß das!"

Er aber fuhr fort: „Dann muß sie feuerrotes Haar haben, eine wahre struppige Mähne. Ferner muß sie Bäuerin sein und nach Stall riechen —"

„Alfred, Alfred!" rief die Mutter, halb lachend, halb scheltend, aus dem Salon.

„Aha!" Jetzt weiß ich, wer es ist!" rief Sophie. „Die große Christine aus der Portierwohnung — nicht wahr?"

Der Doktor setzte seine Tasse auf den Tisch, daß sie klirrte.

„Ich werde meines Bruders Herzensgeheimnisse nicht verraten," sagte Alfred.

„Sagen Sie — nicht wahr, es ist Hildas neue Freundin Christine?" fragte Sophie, sich zu Alfred hinüber beugend.

Berauscht von dem Glück, das er hatte, fuhr Alfred fort: „Ach, es ist ein ganzer Roman, versichere ich Sie. Der hochgeborene Liebhaber, das einfache, aber äußerst tugendhafte Mädchen, die Schwester als vertraute Freundin —."

„Alfred!" rief Johann in einem Tone, der alle erschreckte.

„Nein, aber Johann", sagte nun Frau Bennechen. „Wie führst Du Dich doch auf! Ich muß Dich bitten —"

„Ja, Mutter. Ich habe ihm schon gesagt, daß ich dies nicht länger ertrage", sagte der Doktor heftig und stampfte mit dem Fuße auf.

„Mama!" rief Alfred aus dem Kabinett. „Stampfte er mit dem langen oder mit dem kurzen Bein?"

Johann ging auf die Thür zu. Frau Bennechen aber hielt ihn auf: „Aber Johann! Du bist wohl heute nicht recht bei Sinnen? Pfui, schäme Dich, daß Du keinen Spaß verstehst. Wenn Du nur Unfrieden stiften willst, wäre es besser, Du bliebest weg. Nun haben wir es so gemütlich gehabt, bis Du kamst."

Johann ging. Es verhielt sich aber so, wie Frau Bennechen gesagt hatte: er hatte die gute Stimmung verdorben. Die Damen unterhielten sich flüsternd zu zweien, und nicht einmal Alfred war im stande, die gute Stimmung wieder herzustellen.

Am Abend aber, beim Zubettgehen, erzählte Frau Bennechen ihrem Mann den Auftritt, den es zwischen den Brüdern gegeben hatte. Im Handumdrehen brachte sie es fertig, die ganze Schuld auf Johann abzuwälzen, und sie schilderte die Szene noch heftiger, als sie in Wirklichkeit gewesen war. Sie schloß ihre Erzählung mit den Worten: „Findest Du nun nicht auch, daß es an der Zeit ist, das Frauenzimmer aus dem Hause zu schaffen?"

„Daß die Sache sehr bedenklich aussieht, räume ich ein", antwortete der Staatsrat. „Wenn es aber wirklich schon so weit gekommen ist, dann, fürchte ich, wird es auch nicht viel nützen, wenn sie weg kommt. Denn so, wie Johanns Natur einmal ist, fürchte ich, werden Hindernisse ihn gerade reizen; er wird ihr nachforschen und sie finden, und dann wird es nur noch schlimmer."

„Das habe ich ja aber immer gesagt," jammerte Frau Bennechen. „Niemals aber willst Du auf mich hören. Immer mußt Du —"

„Ruhig, nur ruhig, liebe Adelaide! Siehst Du, können wir sie nicht fortschaffen, dann — dann" — er machte eine kleine diplomatische Pause.

„Was dann?" fragte sie.

„Nun wohl, dann schaffen wir ihn fort."

In solchen kleinen Ueberraschungen war der Staatsrat Meister. Seine Frau sah ihn an: „Weißt Du was, Daniel! Das wäre vielleicht nicht übel."

„Nur ruhig, wie schon gesagt, liebe Adelaide! Dann findet sich immer ein Ausweg. Du weißt, wie gern Johann im vorigen Jahre nach Wien wollte. Jetzt kann er reisen."

„Und lange fort bleiben —"

„Ein Jahr wenigstens — wenn die Reise ihn in seiner Wissenschaft nur einigermaßen fördern soll."

„In seiner Wissenschaft! — Du Schelm!" sagte Frau Bennechen lächelnd. Ihr war ein Stein vom Herzen gefallen.

Vor dem Einschlafen mußte der Staatsrat noch feierlich versprechen, daß er, sobald Johann abgereist sei, Mo zwingen wolle, Christine fortzuschicken: dann könnte sie ganz aus dem Gesichtskreis verschwunden und vergessen sein, wenn Johann von seiner Auslandsreise zurückkehre.

(Fortsetzung folgt.)

Sprache" — „weil jüdischer Religion" — „weil nur polnisch spricht" (!) — „wegen polnischer Sprache".

Also die fremde Sprache oder die jüdische Rasse ist in all diesen Fällen Ursache der Ausweisung! Herrliche Gründe! Beiläufig ist die Begründung in einzelnen Fällen auch sprachlich so mangelhaft, daß man fast annehmen muß, der Verfasser sei nicht „überwiegend deutschsprechend". Unter den Ausgewiesenen sind beide Geschlechter, alle Stände und alle Lebensalter vertreten, vom adligen Herrn von Stand, dem Kandidaten der Medizin, bis zu den zahlreichen Kaufleuten, Handwerkern und Arbeitern mit ihren Frauen und Kindern. Im gleichen mit der 79jährigen Marjolchka(?) in Kattowitz hat ... Frieslig(?) ½ Jahr alt, „das Inland während der ihr gegebenen Frist freiwillig (!) verlassen", wie es im amtlichen Blatte heißt.

Das ist ein Kulturbild aus Preußen, wie man es sich schöner nicht denken kann. Mitten im tiefsten Frieden viele Tausende, Männer und Weiber, Greise und Kinder, ausgewiesen, darunter viele Reichsangehörige unseres lieben österreichischen Bundesgenossen, nur weil sie nicht deutsch sprechen oder Juden sind — viel schlimmer machen's die Engländer in Südafrika mit Ausländern auch nicht.

Von der Wahrnehmung berechtigter Interessen. Das Landgericht Breslau hat am 22. Oktober v. J. den Redakteur der Volkswacht, Genossen Franz Klühs, wegen Beleidigung des in Waldenburg (Schl.) bestehenden Vereins zur Förderung des Wohles der Arbeiterklasse zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der genannte Verein giebt ein eigenes Blatt mit dem Titel: Der Feierabend heraus. Dies Blatt befand sich mit der Volkswacht in einer Preßfehde, und gelegentlich einer Erwiderung wurde in der Volkswacht der Feierabend als Organ des Vereins zur Förderung des Unwohls der Arbeiterklasse bezeichnet. In dieser Bezeichnung hat das Gericht eine Ehrenkränkung sämtlicher Mitglieder jenes Vereins erblickt. Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsanwalte für begründet erklärt. Sehr richtig sei die Feststellung begründet, daß der Artikel beleidigend sei. Die Zwecke und Ziele des Vereins seien noch nicht die aller Mitglieder, wie das Gericht anzunehmen scheine. Dann aber scheine das Landgericht den § 193 verkannt zu haben. Es habe dem Angeklagten den Schutz dieses Paragraphen an sich gegen das Blatt Feierabend zugebilligt; es sage dann aber, um dem Angeklagten den Schutz nicht zu teil werden zu lassen, der Angriff des Angeklagten richte sich gegen den Verein!! Hierbei übersehe das Gericht vollständig, daß der Feierabend das Organ jenes Vereins ist.

Das Reichsgericht glaubte jedoch diesen Bedenken nicht beitreten zu sollen und erkannte auf Verwerfung der Revision!!

ws. **Streikpostenstehen.** Das Schöffengericht in München-Gladbach hatte sich dieser Tage mit einem Streik auf den Zaniemscher(?) Emaillirwerken zu befassen. Bei dem Streik geht die Polizei sehr schneidig vor und verhaftete diejenigen Streikenden, die Streikposten standen. Das Gericht sprach die Angeklagten frei, weil Streikpostenstehen nicht verboten sei. Einige der Streikenden, die ohne Grund von der Straße weg verhaftet und mehrere Stunden inhaftiert wurden, haben Anzeige gegen die Beamten wegen Mißbrauch ihrer Amtsgewalt erstattet.

Oesterreich-Ungarn.

Ein klerikaler Vorstoß. Blättermeldungen zufolge hat der Erzbischof von Wien vor kurzem dem Kaiser ein Memorandum überreicht, worin er sich über die laue Haltung der österreichischen Regierung gegen die antikatholische Bewegung der Alldeutschen, insbesondere der Los von Rom-Bewegung, bitter beklagt und die Hilfe des Kaisers anruft. Der Kaiser hat das Memorandum huldvoll angenommen, aber sofort betont, daß er die bisherige Haltung der Regierung als korrekt bezeichnen müsse. Der verfassungsmäßige Boden dürfe nicht verlassen werden und nur da, wo eine offenkundige Gesetzesverletzung in der Agitation zu Tage trete, sei die Regierung in der Lage, einzuschreiten. Dies habe die Regierung auch bisher gethan, eine Aenderung ihrer Taktik sei unthunlich.

Demonstrationen in Budapest. Im 6. Stadtbezirk kam es am Donnerstag zwischen Sozialdemokraten und der Polizei zu einem Zusammenstoß. Es wurden 42 Verhaftungen vorgenommen.

Am Sonnabend fanden vor dem Parlament große Demonstrationen für und gegen den demokratischen Abgeordneten Vazsonyi statt, der jüngst das Treiben der klerikalen Studenten verurteilte. Vazsonyi, der von vielen Hundert Demokraten begleitet wurde, war dafür auf den Straßen der Gegenstand großer Ovationen. Vor dem Parlament kam es zwischen Anhängern und Gegnern Vazsonyis zu einem Zusammenstoß, so daß die Polizei wiederholt einschreiten und viele Verhaftungen vornehmen mußte. Die Kundgebungen wiederholten sich nach der Sitzung des Abgeordnetenhauses, und die Polizei mußte abermals energisch einschreiten.

Italien.

Die Demonstrationen der römischen Studenten für und wider Ferri haben zur Schließung der Universität geführt. Vom Donnerstag wurde aus Rom gemeldet: Die Studenten alarmierten durch ihr Verhalten die Stadt. Ein starkes Polizeiaufgebot, sowie eine Kompagnie Soldaten wurden gegen sie aufgeboten. Die Studenten begnügten sich daher, vor dem Ministerium des Innern und des Unterrichts Rufe gegen die Regierung auszustoßen. Sie sandten Deputationen zu Giolitti, die jedoch sehr kühl empfangen wurden. Die Universität ist auf unbestimmte Zeit geschlossen.

ws. **Ein Streikprozeß.** Vor dem Mailänder Gericht hatten sich dieser Tage 65 Landarbeiter wegen Streiks, verbunden mit „Gewalt und Bedrohung" zu verantworten. In Gambriago, in der Nähe von Gorgonzola (wo der berühmte Käse herkommt), liegen die Ländereien des Grafen Frotti. Dort erhielten die Landarbeiter 48 Cent. Lohn pro Tag, aber nicht in barem Gelde, sondern diese Summe wurde gebucht. Im Juli kam es zum Streik, weil die Arbeiter 1,50 Franken pro Tag forderten. Dem Grafen gelang es, eine Anzahl Streikbrecher, denen er 1,50 Franken pro Tag zahlte, zu gewinnen. Am 22. Juli zogen etwa 65 Bauern vor den Gutshof, um gegen die Beschäftigung der Streikbrecher zu protestieren. Die verließen die Arbeit und der Graf sah sich genötigt, den Bauern soweit entgegenzukommen, daß er pro Tag 1,20 Franken bezahlte. Er ließ nun durch seinen Verwalter eine Liste von 117 Personen aufstellen, die er als Ruhestörer usw. den Gerichten denunzierte. Am 16., 17. und 18. d. M. wurde die Sache in Mailand prozessiert, und hatten 65 Bauern auf der Anklagebank Platz zu nehmen. Der Staatsanwalt hielt sie für überführt, durch Bedrohung die Freiheit der Arbeit verletzt zu haben. Nach einer glänzenden Verteidigung des sozialistischen Deputierten Ferri und einiger anderer Advokaten gelangte das Gericht zur Freisprechung. Gegen den Verwalter des Grafen wurde ein Verfahren wegen Ablegung falschen Zeugnisses eingeleitet.

Es giebt noch Richter — in Mailand.

Staatliche Hilfe für die Bahngesellschaften. Da seit einigen Tagen das Bahnpersonal, dessen berechtigte Forderungen von den Bahngesellschaften stets abgelehnt wurden, mit dem Generalstreik droht, veröffentlicht die Gazzetta Ufficiale (Staatsanzeiger) eine bedeutsame „Warnung". Die Gazzetta erinnert die Bahnangestellten an ihre Stellung und Pflichten als Beamte, weist auf die unberechenbaren Folgen eines Streikes für das wirtschaftliche Leben und den inneren Frieden hin und warnt das Bahnpersonal vor Schritten, bei denen es auf unbeugsamen Widerstand der Regierung stoßen würde. Die Regierung erkenne zwar das Bestreben der Eisenbahnbeamten an, ihre Lage zu verbessern, müsse aber das von der Gefahr eines Eisenbahnstreiks erschreckte Land beruhigen.

Frankreich.

Maßregeln gegen die Orden. Die Regierung hat Nachforschungen über den aufgelösten Jesuitenorden und seine Mitglieder eingeleitet. Die Niederlassungen haben sich zwar aufgelöst, ihre Mitglieder aber Frankreich nicht verlassen. 63 Mitglieder des Pariser Jesuitenordens sind sämtlich in Privatwohnungen entdeckt worden.

Spanien.

Städtische Aerzte. In Bilbao wurden dem Stadtrat Klagen unterbreitet, daß die Aerzte der Stadt, wenn sie zu armen Leuten gerufen wurden, oftmals ihre Pflicht nicht erfüllten, ihr jedenfalls recht säumig nachkamen. Die Klagen wurden untersucht und als berechtigt befunden. Die Sozialisten im Stadtrat, die dort bedeutenden Einfluß haben, beantragten, daß die Stadt ihre eigenen Aerzte anstelle und bezahle. Der Antrag wurde angenommen und so in Bilbao ein Fortschritt erzielt, den außerhalb Spaniens kein Land aufweist.

England.

Kitchener steht über dem Gesetz. Miß Hobhouse's Bericht, vor den englischen Gerichten eine Genugthuung für ihre ungesetzliche Abschiebung aus Südafrika zu erhalten, ist gescheitert. Ihre Rechtsanwälte erhielten vom Kriegsministerium auf ihr Ersuchen, Vertreter für Kitchener, Milner, Oberst Cooper und Leutnant Bingham zu bestellen, gegen die die Klage gerichtet werden sollte, den Bescheid, daß der Kriegsminister dies ablehne, da die betreffenden Personen sich in Südafrika in Staatsdiensten befänden.

ws. **Für staatliche Altersversicherung** ereifern sich jetzt die englischen Arbeiter. Die Vertreter von Gewerkschaften und Kooperativgenossenschaften traten jüngst in London zu einer Konferenz zusammen und faßten eine Resolution, in der die Regierung aufgefordert wird, ein Alterspensionsgesetz einzubringen, das die Altersversorgung aller Arbeiter, der männlichen wie der weiblichen, nach dem zurückgelegten 60. Lebensjahre vorsieht. Die Höhe der Pension soll wöchentlich nicht unter 5 Schilling, etwa 5 M., betragen. Die Gewerkschaften und Genossenschaften wurden aufgefordert, in eine Agitation für ein solches Gesetz einzutreten.

Der Patriotismus der Besitzenden. Die verstorbene Königin Viktoria, ein halbes Jahrhundert lang der Abgott der herrschenden Klasse, soll ein Denkmal bekommen und Privat-Sammlungen für diesen Zweck sind im Gange. Jetzt stellt sich aber die Thatsache heraus, daß auf diese Weise die nötige Summe nicht zusammen zu bringen ist. Wie anderswo, hört auch in England Patriotismus und Treue zum angestammten Herrscherhause beim Geldbeutel auf. Jetzt will man, um überhaupt die Errichtung eines Denkmals für Viktoria möglich zu machen, an das Parlament appellieren, damit es den fehlenden Betrag bewillige. Man fürchtet aber, daß der Radikale Labouchere und besonders der Sozialist Keir Hardie einer solchen Bewilligung in einer Weise opponieren werden, daß ein öffentlicher Skandal sich entwickeln mag. Das der Grund, weshalb man es bisher noch nicht wagte, dem Parlament die Forderungen zu unterbreiten.

Serbien.

Der Prätendent rührt sich. Die Frankf. Zeitung meldet aus Belgrad: Der serbische Fürst und Kronprätendent Peter Karageorgewitsch erließ gestern ein Manifest an das serbische Volk, worin er dieses auffordert, durch Errichtung eines Nationaldenkmals den Aufstand zu feiern, der vor 100 Jahren unter Führung seines Großvaters gegen die türkischen Unterdrücker ausgebrochen war. Gleichzeitig soll hiermit die Gründung der Dynastie Karageorgewitsch gefeiert werden. Der Fürst stellt für das Denkmal 50 000 Fr. zur Verfügung. Das Manifest dürfte in der gegenwärtigen Zeit der Verwirrung der inneren Lage Serbiens große Beachtung finden.

Süd-Afrika.

Die Lage in der Kapkolonie wird nach Haager Nachrichten der Londoner Daily-News täglich schlechter für die Engländer. Die Streitkräfte der Buren nehmen laut diesen Berichten täglich zu. Die Hinrichtung der beiden Burenführer Lotter und Scheepers habe selbst unter den sogenannten Loyalisten tiefe Erregung hervorgerufen und eine Anzahl der ältesten unter ihnen veranlaßt, sich den Buren anzuschließen, deren Stellung als günstiger denn je seit Beginn der Feindseligkeiten bezeichnet wird.

Wer ist kriegsmüde? Wie die Deutsche Tageszg. aus 'sGravenhage mitteilt, hat Kitchener mit den im Felde befindlichen Buren wegen einer Einstellung der Feindseligkeiten zu unterhandeln versucht. Sämtliche Burenführer erklärten, der Preis für diese und den Abschluß eines Friedens sei die absolute Unabhängigkeit. Besonders Delarey erklärte, daß er und seine Leute bis zum letzten Mann kämpfen würden, wenn überhaupt, so würde er sich nur bedingungslos ergeben, da die Engländer ihr Wort ja doch nicht hielten.

Lebende Panzerplatten. Die Engländer haben offiziell und mit dem Ausdrucke größter Entrüstung abgeleugnet, sich der Frauen und Kinder der Buren als Deckung bedient zu haben. Herr H. J. Corneilsen(?) erzählt nun im Handelsblad, wie die Frauen und Kinder von Jacomsberg(?) und Waterberg, die im Lager von Irene untergebracht sind, nach anderen Lagern gebracht wurden. Er schreibt weiter wörtlich: „In Pretoria werden die Proviantzüge und die, welche Verstärkungen heranschaffen mußten, wie folgt rangiert: Zuerst die Lokomotive, dann ein offener, mit Frauen und Kindern vollgestopfter Wagen, dann ein gepanzerter Wagen mit 20—25 Soldaten und Geschützen, dann abwechselnd wieder je ein Wagen mit Frauen und Kindern und ein Wagen mit Soldaten. Am Schluße befanden sich die Wagen mit der Munition, Proviant usw. Im Falle eines Angriffes seien Frauen und Kinder zuerst dem feindlichen Feuer ausgesetzt gewesen. Auf diese Weise nur ist es den Briten gelungen, mit heiler Haut nach Pietersburg zu gelangen. Jack Hinton, der bekannte Eisenbahnzerstörer, lag an der Linie. Wahrlich, kein Zug wäre unversehrt vorbeigekommen, wenn die Briten sich nicht der Frauen und Kinder als Panzerplatten bedient hätten. (Vergleiche Art. 44 und 46 der Haager Akte. Es ist verboten, die Bevölkerung eines besetzten Gebietes zur Teilnahme an den Kriegsunternehmungen gegen ihr eigenes Land zu zwingen. Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sollen geachtet werden.)"

Nord-Amerika.

Noch immer Anträge für die Buren. Aus Washington wird berichtet: Im Repräsentantenhaus brachte der Abgeordnete Clark, der Vertreter von Missouri, eine Petition ein, daß der Kongreß eine Sympathie mit den Buren zum Ausdruck bringe, die Leiden des Krieges bedauere und die Hoffnung äußere, die Erklärung möge England zu Regelung der Schwierigkeiten veranlassen.

Zum Besuch des Prinzen Heinrich schreibt unser New-Yorker deutsches Parteiorgan, die New-Yorker Volkszeitung, nach einer kurzen Einleitung, die wir aus preßgesetzlichen Gründen nicht bringen können: „. . . die gesamten oberen Vierhundert und nicht minder die „prominenten" Deutschen sind vollständig aus dem Häuschen, weil der Bruder des deutschen Kaisers demnächst hierher kommen wird, um dem Stapellauf der Jacht Wilhelms beizuwohnen. Was die loyalen Deutschen außer dem selbstverständlichen „Kommers" thun werden, wissen wir nicht, aber daß die amerikanischen oberen Vierhundert den Prinzen halb zu Tode feiern werden, ist zweifellos." Dann folgt in sehr drastischen Ausdrücken das Bedauern, daß der Prinz schon verheiratet ist. Denn die Amerikaner würden es gern sehen, wenn sie ihm eine vielfache Millionärstochter antrauen könnten und womöglich noch eine zweite zur linken Hand. Ueber das Gefasel der bürgerlichen Presse, die von einem „feinen Zug" des Kaisers spricht, macht das Blatt einige kritische Bemerkungen: „. . . Man wolle damit die Meinung erregen, als ob die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Länder, welche fürchterlich unter der Fabrikation von Kriegsgerüchten stark gelitten, durch diesen persönlichen Besuch wieder fest zusammengeleimt seien. Aber dergleichen sentimentale Rücksichten, sagt unser Bruderblatt, bestimmen heutzutage die Schicksale der Völker nicht mehr. Der neue deutsche Zolltarif wird, wenn die Majorität des Reichstags ihn akzeptiert, noch nicht um einen Pfennig weniger Zoll auf amerikanisches Schweinefleisch vorschreiben, ebensowenig wie der Kongreß unseren Zoll auf deutsche wollene Strümpfe und Unterjacken ermäßigen wird."

In einem anderen Artikel nennt die New-Yorker Volkszeitung die Vorbereitungen zum Empfange einen „großartigen Rummel" und bemerkt sarkastisch: „Deutsche Philister fallen förmlich übereinander um Gelegenheit zum „demütig Ersterben" zu haben."

Gescheite Anarchistenjäger. Unter den verschiedenen neuen Anarchisten-Bills, die nach Zusammentritt des Kongresses wieder eingereicht sind, befindet sich eine des Repräsentanten Jenkins von Wisconsin, worin nicht nur Todesstrafe auf Angriffe auf den Präsidenten gesetzt, sondern auch bestimmt wird, daß nicht eingebürgerte Einwanderer einen Eid ablegen müssen, keinen Angriff auf Regierungsbeamte zu machen und sich nicht öffentlich für den Umsturz der Regierung durch gewaltsame Mittel erklären zu wollen. Als ob jemand, der die Absicht hat, einen Angriff auf irgend einen Regierungsbeamten zu begehen, sich weigern würde, einen derartigen Eid abzulegen, oder als ob die Ablegung eines solchen Eides jemanden hindern würde irgend ein Attentat zu begehen, das er etwa geplant haben mag.

Der Beschluß, den der Panamerikanische Kongreß am 8. Januar in Mexiko gegen die Anarchisten faßte, ist ein Artikel eines allgemeinen Auslieferungsvertrags. Er enthält die spezielle Bestimmung, daß Personen, welche sich eines politischen Vergehens schuldig machten, nicht ausgeliefert werden sollen, außer, wenn es sich um solche Thaten handelt, welche von den betreffenden Ländern als anarchistische klassifiziert sind.

Das wird natürlich für die Regierungen mancher Länder ein starker Anreiz sein, Sozialisten als Anarchisten zu „klassifizieren".

Auch eine gute Wirkung. Der bevorstehende Besuch des Prinzen Heinrich, so wird aus New-York gemeldet, belebt die Thätigkeit des Kongresses auf dem Gebiete der Anarchistengesetzgebung. Ein Ausschuß des Repräsentantenhauses notierte sehr hohe Strafen gegen die Attentäter und Anstifter. Anstifter sollen den Thätern gleichgesetzt werden. Den Anarchisten soll die Landung in Amerika verwehrt werden; trotzdem Gelandete werden in das Heimatland deportiert. Die New-Yorker Anarchisten planen beim Eintreffen des Prinzen Heinrich eine Demonstration wegen dieses Verhaltens des Kongresses. (!)

Parteiangelegenheiten.

Ein Wahlexempel. Im Landtagswahlkreise Sorau-Guben-Forst ist am Donnerstag die Wahl des Abgeordneten vorgenommen worden. Da es sich um eine Ersatzwahl handelte, waren nur diejenigen Wahlmänner nachzuwählen, die seit der Hauptwahl aus dem Wahlmännerkörper ausgeschieden waren. Es handelte sich nur um wenige Personen. Trotzdem beteiligten sich unsere Parteigenossen in der Stadt Forst an der Urwahl zu dem ausgesprochenen Zwecke, sich mit der Wahltechnik vertraut zu machen. Sie erlangten 9 Wahlmänner-Mandate. Es wurde dann weiter im Einverständnis mit unseren Wahlmännern beschlossen, an der Wahl des Abgeordneten nicht teilzunehmen.

Der Beschluß wird mit folgenden Erwägungen begründet:

Bei einer Gesamtzahl von 713 Wahlmännern ist die Zahl von neun sozialdemokratischen Wahlmännern geringfügig. Es liegt zwar die Möglichkeit vor, daß die Abstimmung dieser Neun ausschlaggebend würde, doch kann es gegenwärtig nicht von politischer Bedeutung sein, ob der freikonservative Schön-Breitau oder nationalliberale König-Guben gewählt würde.

Ueber die im Augenblicke wichtigste Frage, die zwar den Landtag nur indirekt angeht, nämlich über den Zolltarif, hat Herr König jede öffentliche Erklärung vermieden; soweit eine (in einer Sitzung der Handelskammer gethane) Erklärung vorliegt, geht diese lediglich dahin, daß Herr König sich seine Meinung über den Zolltarif habe bilden können. Ein solcher Kandidat, der weder Fisch noch Fleisch, kann für die Sozialdemokratie auch nicht als „kleineres Uebel" in Betracht kommen.

Es kommt hinzu, daß Herr König laut den in bürgerlichen Blättern erschienenen Berichten in seiner Kandidatenrede auch mit keiner Silbe auf Arbeiterfragen eingegangen ist und die Arbeiter überhaupt nicht erwähnte; daß er Kandidat der Wahlrechtsverschlechterer von Forst ist, kann erst recht nicht für ihn einnehmen.

Herr Schön-Breitau als Anhänger der agrarisch-großindustriellen Sammelpolitik der Kreuzzeitung weiland Stumm ist erst recht zurückzuweisen, doch unterscheidet er sich von Herrn König nicht in dem Maße, daß die Unterstützung des Kandidaten der Partei gerechtfertigt wäre.

Die Wahl hat nun folgendes Ergebnis gehabt: Es stimmten 647 Wahlmänner ab; davon 328 für den Konservativen und 319 für den Nationalliberalen. Die Vermutung, daß unsere 9 Wahlmänner leicht den Ausschlag geben konnten, hat sich also bewährt. Noch 9 Stimmen für den Nationalliberalen hätte Stimmengleichheit ergeben und wenn nach der erforderlichen zweiten Abstimmung dasselbe Resultat herauskam, dann mußte das Los entscheiden. Wären sämtliche Wahlmänner zur Wahl erschienen, so hätten wir ohne Zweifel die Entscheidung sicher in der Hand gehabt.

Für das Ergebnis dieser einen Wahl ist das bei der Person der in Frage kommenden Kandidaten ziemlich belanglos. Als Experiment für die Hauptwahl im nächsten Jahre ist es jedoch von außerordentlicher Wichtigkeit. Unsere allgemeine Wahlbeteiligung wird in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen ähnliche Situationen schaffen, und dann haben wir es in der Hand, den Kandidaten und den Parteien Bedingungen zu stellen, und wir werden unsere Bedingungen stellen. Die Parteikonstellation in Preußen ist noch etwas anders wie in Sachsen, und wenn wir auch unsere Wahlmänner in der Hauptsache in der dritten Klasse finden werden, so wird doch unsere allgemeine und ernsthafte Beteiligung an der Wahl vielfach Situationen schaffen, die die Entscheidung in unsere Hände legen. Daß die dann in möglichst vorteilhafter Weise für die Partei ausgenützt wird, dafür ist gesorgt durch die Bestimmung, daß für ganz Preußen der Parteivorstand als Wahlkomitee fungiert, von dessen Entscheidung es abhängen wird, was unsere Wahlmänner thun.

Eine mißglückte Staatsaktion. Aus Krefeld schreibt uns unser ws-Korrespondent: Gegen die §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes sollte der Genosse Herber(?) sich vergangen haben. Er hatte als Vorsitzender eines aus sechs Personen bestehenden Wahlkomitees, das die Vorbereitungen zu den Stadtratswahlen zu treffen hatte, die Sitzung des Komitees nicht bei der Polizei angemeldet. Das Schöffengericht verurteilte ihn deshalb zu 15 M. Geldstrafe. Auf seine Berufung hin sprach ihn die Strafkammer frei. In der Begründung führte der Vorsitzende aus, ob eine Zusammenkunft von sechs Personen schon eine Versammlung im Sinne des Vereinsgesetzes sei, wäre vorläufig noch eine offene Frage, weil die Meinungen der Juristen darüber auseinandergingen. Die Freisprechung gründe sich darauf, daß das Thema, was in der Sitzung behandelt worden sei, keine öffentliche Angelegenheit ist, so eng dieser Begriff auch gezogen sei. In der Sitzung hatte man über den Termin der Offenlegung der Wählerlisten und über die Art der Einsichtnahme diskutiert. Der Verteidiger stellte dem Vertreter der Polizeibehörde die Frage, ob auch die Sitzungen der bürgerlichen Parteien überwacht würden. Da sprang aber der Staatsanwalt wie von der Tarantel gestochen auf und widersetzte sich der Beantwortung der Frage. Er hatte seine guten Gründe, denn zu solche Sitzungen kommt kein Polizeibeamter.

Krach, Krise und Arbeiterklasse von Georg Bernhard. Diese 3 Bogen starke Broschüre (Preis 30 Pf.) kommt jetzt, im unmittelbaren Anschluß an die Rothands-Interpellation im Reichstag und zur Illustration der abwehrenden Haltung der Regierung und bürgerlichen Parteien sehr zeitgemäß. In 7 Hauptkapiteln: Aufschwung — Vorboten der Krisis — Krach — Lehren der Krachs — Wirkung der Krisis — Praktische Maßnahmen gegen den Krisen-Notstand — Sozialdemokratie und Krisis — erörtert der Verfasser, der selber als Fachmann im Handels- und Börsenleben zu Hause ist, eingehend diese Fragen und durch die kritische Schilderung der Bankkrachs und Bankerotte im letzten Sommer bietet die Broschüre zugleich eine Materialiensammlung von bleibendem, historischem Werte. Die Korruption der Börsenpresse und der enge Zusammenhang der frömmelnden patriotischen Börsenschwindler mit gewissen Hofkreisen und der bürgerlichen Ordnungsparteien machen die Broschüre besonders zeitgemäß.

Kleine Partei-Nachrichten. Die Parteigenossen in Köln wollen in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung gründen zwecks Erwerbung oder Errichtung eines Versammlungsgebäudes. — Genosse Wagemann vom Saalfelder Volksblatt wurde von der Strafkammer in Rudolstadt freigesprochen. Er war angeklagt, Staatseinrichtungen verächtlich gemacht zu haben. Der Staatsanwalt hatte drei Wochen Gefängnis beantragt. — Die Bromberger Parteigenossen stellen den Genossen Stecsel(?)-Bromberg als Reichstagskandidaten auf. Bisher hat in dem Kreise Genosse Janiszewski für uns kandidiert.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020127/3
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Textilarbeiter haben Erfolg auf Erfolg zu verzeichnen. Die Einmütigkeit, die bei der Bewegung im Vogtlande herrscht, ist fast musterhaft zu nennen. Bei der Firma Piroppier in Greiz hatte die Lohnkommission nach kaum 30minutenlangem Kampfe den Inhaber zur Anerkennung der Forderungen gezwungen. Aber auch in anderen Orten des Vogtlandes wirkt das siegreiche Vorgehen der Arbeiter belebend. So erzwangen sich die Arbeiter der Firma Opitz in Netzschkau einen schönen Erfolg. Für Sonnabend hatte dort auch die Firma Zimmermann Lohnerhöhungen in Aussicht gestellt. Ein Beweis, daß nur die Zugehörigkeit der Arbeiter zum Verbande die Unternehmer bereitwillig macht, ist die Thatsache, daß die Firma Dennhardt in Netzschkau, deren Arbeiter unorganisiert sind, den letzteren den bisherigen Lohn um 25 Pf. bei 100 Fahnen reduzierte! Das macht bei den meisten bis 2,50 M. die Woche aus! Ob die Arbeiter jetzt vernünftig werden?

Neue Siege. Die Textilarbeiter-Lohnbewegung in Zwickau schreitet stetig vorwärts. Jetzt haben auch die bisher hartnäckigen Firmen Gentsch u. Berzel sowie Geigenmüller u. Fuchs die Forderungen der Arbeiter bewilligt. Ferner hat das energische Vorgehen der letzteren bewirkt, daß manche Fabrikanten in aller Stille und freiwillig die Löhne der Arbeiter aufbessern, um von dem Streik verschont zu bleiben. Ein Verfahren, das unbedingte Anerkennung und — Nachahmung verdient.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Zum Arbeitersekretär in Mannheim wurde Gen. Müller-Leipzig gewählt. — Ein Glasarbeiterstreik ist in Lodelinsart bei Charleroi zum Ausbruch gekommen wegen hoher Abzüge. — Das Gewerkschaftskartell in Halle umfaßt jetzt alle in Halle bestehenden Gewerkschaften, mit Ausnahme der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter. — In den Höchster Möbelfabriken sind Differenzen ausgebrochen. Lohnreduzierungen und Verschärfung der Bestimmungen der Arbeitsordnung sind die Ursache. — Die dritte Konferenz der deutschen Bader und Friseure findet von heute an in Nürnberg statt. — Ohne Angabe von Gründen wurden in der Möbelfabrik von Ziegenhorn & Jucker in Erfurt sämtliche dort beschäftigten Bildhauer entlassen.

Handel und Wandel.

Kreditanstalt. Die Herren Bossomaier und Hensing haben jetzt ihre mündlichen Ergänzungen des von Herrn Menz redigierten Revisionsberichtes aus der Generalversammlung vom 28. Dezember v. J. drucken lassen. Den wesentlichen Inhalt jener Ausführungen haben wir bereits am Tage nach jener Generalversammlung unseren Lesern übermittelt.

Ein „Ehrengerichtsverfahren". Vor dem Ehrengericht der Berliner Börse ist gegen Herrn Georg Bernhard, Handelsredakteur der Berliner Morgenpost, ein Verfahren eingeleitet worden, und zwar wegen des Inhalts der von ihm gegen die Dresdner Bank veröffentlichten Notizen. Diese Notizen mögen der einflußreichen Bankleitung ja sehr unangenehm gewesen sein, inwiefern aber durch ihre Veröffentlichung gegen den Ehrenpunkt gesündigt worden sein soll, das wird man erst im Verlaufe des merkwürdigen Verfahrens vernehmen.

Vom Treberschwindel. Es bestätigt sich jetzt, daß die Meldung, der Konkursverwalter und die Mitglieder des Gläubigerausschusses der Treber-Gesellschaft hätten ihre Ämter niedergelegt, unzutreffend ist. Der Konkursverwalter und die Mitglieder des Ausschusses sollen vielmehr lediglich gegen den Beschluß des Konkursgerichts, der dem Konkursverwalter 15 000 M. und den Mitgliedern des Ausschusses zusammen 20 000 M. zuweist, Beschwerde eingelegt haben. Von der Gläubigerversammlung waren dem Konkursverwalter 75 000 M. und den anderen Mitgliedern des Ausschusses 50 000 M. zugebilligt worden.

Der verhaftete Direktor Schmidt von der Trebergesellschaft wohnte seit längerer Zeit unter dem Namen Werner in einem Pariser Hotel. Der auf den 3. Februar gegen die Aufsichtsräte der Trebergesellschaft anberaumte Termin ist vorläufig aufgehoben worden, da das Gericht erst feststellen will, ob die Sache Schmidts mit jener zusammen verhandelt werden kann.

Gerichts-Zeitung

Schöffengericht.

-n. **Ein ebenso verkommener als gewaltthätiger Mensch** erhielt in der Person des 29jährigen Arbeiters Karl Schurig eine empfindliche Strafe für seine Roheiten. Der so häufig und schwer vorbestrafte Angeklagte machte sich gegen Abend des Neujahrstages ein Spezialvergnügen daraus, auf der Schloßstraße die Passanten in der unflätigsten Weise anzuulken. Nachdem ihm von einem Gendarmen mehreremal verwarnlich bedeutet worden war, seine Flegeleien zu lassen und seiner Wege zu gehen, wurde Schurig arretiert. Dies war jedoch kein leichtes Stück Arbeit, denn der Angeklagte leistete einen derartigen Widerstand, daß drei Beamte mit ihm zu thun hatten. Dabei hat er zwei der Gendarmen derart in den Unterleib gestoßen, daß sie einige Zeit dienstunfähig waren. Nebenbei beleidigte er dieselben auch noch schwer. Sch. wurde zu einem Jahr Gefängnis und einer Woche drei Tagen Haft verurteilt.

Militärgericht.

Z. **Bestrafter Dünkel.** Vor dem Kriegsgericht der 1. Division Nr. 23 hatte sich gestern der 1879 zu Berlin geborene, gerichtlich noch nicht vorbestrafte Dienstknecht und jetzige Soldat Willy Benno Danz von der 1. Eskadron des 1. Ulanen-Regiments Nr. 17 (Oschatz) wegen Beharrens im Ungehorsam gegen einen in Dienstsachen gegebenen Befehl, ausdrücklicher Gehorsamsverweigerung in ideeller Konkurrenz mit Achtungsverletzung während der Ausübung des Dienstes und vor versammelter Mannschaft, sowie wegen unbefugter Anmaßung einer Dienstgewalt zu verantworten. Die Verhandlung ergab folgendes Bild: Am Vormittag des 19. Dezember v. J. war die Schwadron im Stall zum Pferdeabreiben angetreten. Während die übrigen Leute dieser Beschäftigung nachgingen, hatte der im dritten Dienstjahre stehende Angeklagte, obgleich dies durch Eskadronsbefehl ausdrücklich verboten war, zwei Rekruten herbeigerufen und diesen befohlen, für ihn sein Pferd abzureiben. Als ihn der aufsichtsführende Sergeant fragte, weshalb er andere für sich arbeiten lasse, erklärte D. einfach: „Dazu bin ich berechtigt, die habe ich mir geholt, wir sind keine Schrappen mehr!" (Schrappen ist der Spitzname der alten Mannschaften für die Rekruten). Der Unteroffizier befahl nunmehr den Rekruten, abzutreten, und D., sein Pferd selbst abzureiben, worauf dieser seinem Unmut durch die Worte Luft machte: „Das wollen wir schon sehen, das lasse ich mir nicht gefallen!" Als ihm hierauf mit der Meldung an den Wachtmeister gedroht wurde, erklärte der Unverschämte in herausforderndem Tone: „Das können wir thun!", zog sich an und meldete sich dann beim Sergeanten mit den Worten: „Ich bin fertig, wir können gehen!" Dem Befehl, sein Pferd zu putzen, kam er erst nach mehrfacher Wiederholung nach. Am nächsten Tage wiederholten sich die Kapriolen des Angeklagten. Sich für zu fein haltend, mit Futter abzuladen, äußerte er zum aufsichtsführenden Unteroffizier: „Ich bleibe nicht hier, ich gehe erst Kaffee trinken!" Und als ihm dies eine Zurechtweisung eintrug, gab D. zur Entgegnung: „Da wird nicht viel passieren, die Schrappen sitzen drinnen und wir müssen draußen den Hafer abladen!" Seine Flegeleien muß Angeklagter schwer büßen; abgesehen davon, daß er, der bereits wegen eines ganz gleichen Vergehens gegen Rekruten eine Disziplinarstrafe erhalten, schon seit längerer Zeit in Untersuchungshaft sitzt, verurteilte ihn das Gericht jetzt zu 6 Monaten Gefängnis, 3 Wochen gelten als verbüßt. Bei der Beweisaufnahme wollte, wie noch erwähnt sei, ein Zeuge nicht mit der Sprache heraus, so daß sich der Angeklagte während dessen Vernehmung aus dem Saale entfernen mußte. Erst nachdem dies geschehen, gab der Zeuge zu, aus Furcht vor Mißhandlung der Aufforderung des D. nachgekommen zu sein.

Z. **Soldatenroheit.** Wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung hatten sich vor dem Kriegsgericht der 1. Division Nr. 23 die Gefreiten Ernst Robert Maden und Gustav Adolf Flammiger und der Soldat Robert Kurt Löwe von der Eskadron Jäger zu Pferde zu verantworten. Wie die Verhandlung ergab, war der Angeklagte Fl. am Morgen des 19. Dezember v. J. mit dem Jäger Köhler wegen einer geringfügigen Ursache in Streit geraten, wobei letzterer gesagt haben soll, die „Dreijährigen" sollten sich vor ihm in Acht nehmen. Diese angebliche Aeußerung hatte eine Verabredung der drei Angeklagten zur Folge, nach welcher sie dem andern eins auswischen wollten. Die Gelegenheit bot sich ihnen schon am Nachmittag desselben Tages, als sie den K. beim Stalldienst antrafen. Maden trat auf ihn zu und fragte, wie er sich eine solche Aeußerung erlauben könne, ohne jedoch eine Antwort abzuwarten, versetzte er dem Ahnungslosen ein paar kräftige Ohrfeigen. Gleich darauf erschienen auch Flammiger und Löwe, die ihr Opfer mit Fäusten im Gesicht und auf den Kopf bearbeiteten, bis der also Gezüchtigte hinstürzte, worauf ihm L. noch einen Fußtritt in die Seite versetzte. Als Veranlassung ihrer Thätlichkeiten gaben die Angeklagten an, daß sie sich durch die Aeußerung des K. beleidigt gefühlt hätten, weil dieser erst im zweiten Dienstjahre stehe. Ihre Affektiertheit haben Maden, bei dem nur einfache Körperverletzung angenommen wird, mit 8 Tagen, die beiden anderen mit je 14 Tagen Gefängnis zu büßen.

Neues aus aller Welt.

Arbeiter-Risiko. Unter den Linden zu Berlin ereignete sich am Sonnabend ein schweres Bauunglück. Dort wird ein Quergebäude abgerissen. Die Arbeit war schon bis zum ersten Stock ausgeführt. Als am Mittag das unterste Gewölbe niedergelegt werden sollte, waren die Tragepfeiler zu weit bloß gelegt worden, weshalb die Decke sich verschob und einstürzte. Der Polier, der unmittelbar unter der Decke stand, wurde teilweise verschüttet und von den herabfallenden Steinen sehr schwer verletzt. Auch ein Arbeiter erlitt schwere äußere und innere Verletzungen. Leichter verletzt wurden der Unternehmer Rosenblüth, ein Arbeiter und ein junger Maurer.

„Pflegeeltern." In Mannheim wurden der Tagelöhner Johann Kuhn und seine Frau verhaftet, weil sie ein bei ihnen untergebrachtes Pflegekind verhungern ließen. Die Sektion hat den Verdacht bestätigt.

Der gefälschte Walfisch. Das Karlsruher Schöffengericht verurteilte den Schaubudenbesitzer Stuhr aus Neustadt in Holstein wegen Betrugs zu 300 M. Geldstrafe. Er hatte einen aus Pappe und Holz hergestellten Walfisch in öffentlichen Anzeigen als „Riesenwalfisch" ausgegeben, für den man als „Schlepperlohn vom Christianiafjord" 3000 M. bezahlt habe.

Versammlungen.

Löbtau. Am 21. Januar hielt die hiesige Gruppe des Sozialdemokratischen Vereins ihre regelmäßige Vereinsversammlung ab. Zu Punkt 1 erstattete Genosse Barthel ausführlich Bericht über die wichtigsten Vorgänge in den seit November stattgefundenen Gemeinderatssitzungen. Betreffs der Einverleibung, gegen welche unsere 6 Vertreter stimmten, wird mitgeteilt, daß diese jedenfalls den 1. Juli dieses Jahres vor sich geht, und vielleicht schon in der nächsten Sitzung das Einverleibungs-Statut zur Unterzeichnung vorliegen wird. Des Weiteren wird noch der neue Haushaltplan erörtert und im Näheren von dem vorliegenden Zahlenmaterial Kenntnis genommen. Erfreulicherweise werden die für dieses Jahr erhobenen Steuern nicht erhöht, trotzdem sich die Ausgaben gegen das vorige Jahr ganz bedeutend gesteigert haben.

In der Debatte, an der sich weitere vier unserer im Gemeinderat sitzenden Genossen beteiligten, wurde ganz besonders vom Genossen Fleißner erörtert, aus welchem Grunde sie gezwungen waren, gegen die Einverleibung zu stimmen. — Zum Punkt 2 waren sechs Fragezettel eingegangen und fanden dieselben nach genügender Aussprache ihre volle Erledigung. Bei Allgemeinem wird auf die Sonntag nachmittag, den 26. Januar, im Deutschen Hause zu Potschappel stattfindende Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins des sechsten Kreises ganz besonders aufmerksam gemacht. Ferner findet die Jahresversammlung unserer Gruppe am 4. Februar statt und wird in derselben die örtliche Verwaltung ernannt werden und deshalb guter Besuch erwartet. Im Weiteren wird noch mitgeteilt, daß Sonntag den 2. Februar eine zweite Exkursion nach dem Albertinum stattfindet, und zwar nach den unteren Räumen, auch wird hierbei eine sachkundige Person die Führung übernehmen. Das Nähere hierüber wird noch besonders bekanntgegeben. Hierauf folgte Schluß der gutbesuchten Versammlung ½12 Uhr. (Eing. 23./1.)

Lederarbeiter. Am 19. Januar fand im Gasthaus Drei Lilien eine öffentliche Versammlung statt. In erster Linie beschäftigte man sich mit Anträgen zur Generalversammlung und Aufstellung eines Kandidaten, als solcher wurde Kollege Milling-Deuben vorgeschlagen und gewählt. Beim 2. Punkt, Wahl eines Vertrauensmannes, kam es zu Vorgängen, die nicht schön genannt werden können. In Nr. .. der Arbeiterzeitung war unter der Spitzmarke „Ein rechter Grobian" ein Fall geschildert, der dem früheren Vertrauensmann Karl Thiem Anlaß bot, sein Licht in der schönsten Weise leuchten zu lassen. Ohne zur Sache selbst etwas sagen zu können, oder nur darauf einzugehen, gefiel er sich in einer öden Schimpferei, besonders den Kollegen Lierich griff er in einer unerhört hämischen und gehässigen Weise an. Offenbar beabsichtigte er, aus der Versammlung gewiesen zu werden, um dann erst recht über Vergewaltigung und dergl. schimpfen zu können. Nur der Ruhe des Vorsitzenden war es zu danken, daß es nicht zum Exzeß kam. Den letzten Trumpf glaubte Thiem übrigens damit auszuspielen, daß er mitteilte, er habe das ganze Material der Zahlstelle nach Berlin geschickt, dort möge es sich die neue Verwaltung holen. Ein solches Verhalten ist wohl unter aller Kritik. Das Verhalten Thiems fand denn auch allseitige Verurteilung, besonders nachdem die Kollegen Lierich und Köstner die Vorgänge in der Wohnung Thiems nochmals geschildert. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde endlich angenommen. Als Vertrauensmann wurde Kollege Köstner, als Revisoren die Kollegen Lierich und Mierisch vorgeschlagen und gewählt. Als bezeichnend für Thiem mag noch ein Vorgang erwähnt werden. Thiem hatte sich auf das Zeugnis des Wirtes der Drei Lilien berufen, daß er sich stets anständig in diesem Lokal bewegt habe. Dieser, Genosse Reuther, kennzeichnete aber das Verhalten Thiems als ein eines klassenbewußten Arbeiters durchaus unwürdiges. Dies wiederum gab Thiem Veranlassung, nun Genossen Reuther mit Schimpfworten zu überschütten. Möge es das letzte Mal gewesen sein, daß derartiges vorkommt. Nachdem noch bekanntgegeben war, daß am 9. Februar in Freiberg zwecks Agitation unter den dortigen Berufsgenossen eine Versammlung stattfindet, schloß die gutbesuchte Versammlung. (Eing. 23. 1.)

Quittung. Für die ausgesperrten Glasarbeiter gingen beim hiesigen Gewerkschaftskartell ein: Von der Gewerkschaft der Kunstschmiede M. 20,—.

Circus M. Schumann
Dresden-Löbtau — Circusgebäude — Dresden-Löbtau.
Morgen, Dienstag den 28. Januar 1902, abends 8 Uhr
Fashionable Vorstellung.
Neu! Zum viertenmal: Neu!
Die ungarische Hetzjagd oder Leben und Treiben auf der Pußta
ausgeführt vom ganzen Personal und unter Benützung der besten Springpferde. In mehreren Bildern in Szene gesetzt von Direktor **Max Schumann.**
Nur noch einige Tage! Herr **Julius Seeth** mit seiner sensationellen **Löwengruppe** von **25** männlichen Löwen.
Areo u. Riva, die seiltanzende Kolossal-Dame. | **Max Franklins Truppe** Parterre-Akrobaten.
Herr **Hugo Herzog** mit seinen Freiheitspferden.
Neue Original-Dressuren des Direktors **Max Schumann.**
Mittwoch den 29. Januar
2 Grosse Vorstellungen 2
nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Beuthstr. 2.
In unserem Verlage ist soeben erschienen:
Krach, Krise und Arbeiterklasse
Von **Georg Bernhard.**
3 Bogen. Preis **30** Pf. Porto **5** Pf.
Die Broschüre des Genossen Bernhard, der in der Praxis des Handels- und Börsenlebens zu Hause ist, soll zeigen, wie die augenblickliche Krisis entstanden ist. Sie soll nachweisen, wie die Krise auf die Lage der Arbeiter einwirkt. Und sie ist gleichzeitig ein Mahnruf, der die deutschen Gewerkschaften daran erinnern soll, welch hohe Aufgaben grade in den Zeiten rückgängiger Konjunktur ihrer harren. Die Broschüre wird aber gleichzeitig ein interessantes zeithistorisches Dokument bilden, da sie im Zusammenhang noch einmal einen Ueberblick über die gesellschaftlichen Fäulniserscheinungen geben wird, die in den verschiedenen Bankbrüchen zu Tage getreten sind. Der Zusammenhang der frömmelnden Hypothekenschwindler Sanden und Schulz mit gewissen Hofkreisen, die Gewissenlosigkeit des Treberdirektors, die Unverfrorenheit des sächsischen Antisemitenklüngels, die Korruption der Börsenpresse, die raffinierte Kunsttechnik der Kreditüberspannung, mit der die kapitalistische Produktionsordnung sich über ihre Todesstunde hinweg zu gaukeln versucht, das alles ist eingehend in knapper aber erschöpfender Darstellung behandelt. Die Broschüre ist demnach für die gewerkschaftliche, wie auch für die politische Agitation geeignet und zu empfehlen.

Verein d. Arbeitervertreter für die Kreishauptmannschaft Dresden.
Donnerstag den 30. Januar 1902, abends ½9 Uhr in **Adams Restaurant,** Kaulbachstr. 16
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht. 2. Kassenbericht. 3. Wahl des Gesamtvorstandes.
4. Besprechung über die Rechnungsergebnisse der Versicherungsanstalt für das Königreich Sachsen auf das Jahr 1900.
Julius Fräßdorf, Vorsitzender.
NB. Die Götze-Schindlerschen Taschenkalender, Versicherungsgesetzgebung betr., sind in der Versammlung zu entnehmen.

Danksagung.
Für die vielen Beweise der Teilnahme, treuer Freundschaft und so reichem Blumenschmuck beim Scheiden unseres lieben Entschlafenen, des Restaurateurs
Friedr. Gustav Becker
sagen allen Freunden, Bekannten und Genossen den herzlichsten Dank. Besonderen Dank für die erhebenden Gesänge des Gesangvereins Liederhalle.
Dresden, den 27. Januar 1902.
Ida verw. Becker
im Namen der Hinterbliebenen.

Neustadts Knaben-Anzüge
einfache u. elegante Genres zu bekannt billigsten Preisen!
L. Neustadt
Wettinerstr. 31
Bischofspl. 6.

Restaurant Altona
29 Cottaerstr. 29
empfiehlt seine Lokalitäten einer geneigten Beachtung.
Für gute Speisen u. Getränke ist bestens gesorgt.
Hochachtungsvoll
Robert Horn.

Weltrestaurant Société
Waisenhausstr. 18
Täglich bei vollständig freiem Entree:
Gesellschaft Edelweiss und das **Vokal- u. Instrumental-Sextett Dornröschen.**

Neu eröffnet!
Zentral-Café und Speisehaus
mit billigsten Preisen. Mittagstisch v. 20 Pf. an. **Kl. Kirchgasse 1.**

Telephon 4682.
Patente
erwirkt u. verwertet
Ing. Hülsmann
Dresden-A., Maximiliansallee 1.

Maskenballblumen
offeriert
Hesse
Scheffelstraße 12, 1 Treppe.

Ehrenerklärung.
Hierdurch nehme ich die von mir gegen Herrn **Gustav Wendsche** und dessen Familie in Kreis ausgesprochenen Verleumdungen zurück, da selbige auf Unwahrheit beruhen.
Friedrich Marth in Kötitz.

Z.-C.
Mittwoch, abends 7 Uhr
Sitzung.

Makulatur kauft zu höchsten Preisen
O. Giese, Johann Meyerstraße.

Kinderwagen in vorzüglichster Ausführung erstaunlich billig.
Löbtau, Poststraße 8. **Gottliebe.**

Schwarz. Rockanzug, Winterüberzieher verkauft spottbillig Schneidermstr. **Gablür,** Trohgasse 8, 3.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Riem, Dresden.
Für das Feuilleton: Dr. Gustav Morgenstern, Dresden.
Druck und Verlag: Kaden & Komp., Dresden.
Hierzu 1 Beilage.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020127/4
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Nr. 21. Dresden, Montag den 27. Januar 1902. 13. Jahrgang.

Der „Fall Millerand"

nimmt von Monat zu Monat abstoßendere Züge an. Wenn nicht die Presse sagte, daß die Teilnahme eines Sozialisten an der Regierung immer nur eine kurze, vorübergehende Episode, nur ein ganz ausnahmsweises Mittel in ausnahmsweiser Situation sein dürfe, etwa, wie es in Frankreich war, um die Republik vor mächtigen Feinden zu retten, dem wird es inzwischen wohl die Praxis, die Erfahrung derbe eingebläut haben. Die Ministerschaft Millerands ist seit langem eine Kette schwerster Blamagen für die sozialistische Partei, schwerster Verletzungen aller demokratischen und sozialistischen Grundsätze. Damit wird das bischen Sozialreform denn doch zu teuer erkauft, das schließlich auch ein radikaler Minister hätte machen können, der von einer einigen, von keinen ministeriellen Rücksichten gebundenen sozialistischen Fraktion getrieben würde. Und die unheilvolle Zerklüftung der sozialistischen Kräfte, die der Fall Millerand gefördert und vertieft hat, kann durch nichts aufgewogen werden. Die Millerandschen Reformen tragen zudem alle mittelständischen Charakter, sie sind durch teilweise Verschlechterungen an anderer Stelle erkauft — so der allmählich eingeführte zehnstündige Normalarbeitstag durch den Fortfall jeder besonderen Beschränkung der Kinderarbeit.

Der Entwurf des Altersversicherungsgesetzes für die Arbeiter ist wieder, die noch unzureichender sind, als die des deutschen Invalidengesetzes und schließt die Ausländer aus, und so zeigt sich selbst in seinen Reformen Millerand ständig als der Gefangene der Bourgeoisie, die stets führt ihn am Fuße! Und willig läßt er sich daran zu den Banketts der Unternehmer, zu Ordensverleihungen und zu Zarenempfängen führen. Fürwahr, man kann die Meinung verstehen, der wir jüngst in der Rhein. Westf. Ztg. begegneten, daß die Berufung Millerands ins Ministerium ein sehr überlegter und ausgelungener Schachzug Waldeck-Rousseaus gewesen sei, der so die französische Sozialdemokratie gespalten und zur Ohnmacht verurteilt und obendrein den Sozialismus kompromittiert habe. So klatscht ein Unternehmerblatt der Ministerschaft Millerands Beifall!

Wir haben jüngst die Rede Millerands in Firminy im kurzen Auszug gebracht. An ihr läßt sich prächtig das stetig fortschreitende Versinken des ehemaligen Sozialisten in den bürgerlichen Sumpf studieren. Es ist eine Wahlrede, bestimmt, die Arbeiterschaft für das Kabinett Waldeck-Rousseau mobil zu machen und zugleich die Unternehmerschaft über den „Sozialisten" im Ministerium zu beruhigen. Zu letzterem Zwecke macht Millerand den Unternehmern das schöne Kompliment, daß sie sich dem Ministerium angeschlossen hätten, um die wichtigen sozialen Probleme friedlich zu lösen. Ein Kompliment, das ebenso erlogen ist, wie die, die gewisse „gute Freundinnen" einander beim Kaffeeklatsch machen und das für einen Sozialisten jedenfalls eine ganz besondere Leistung darstellt.

Für die Arbeiter kommt nun auch allerlei, aber da Herr Millerand nach zwei Fronten spricht, so folgt jedem Hauptsatz der abschwächende Nebensatz. Er bekennt sich zum sozialistischen Minimalprogramm von St. Mandé, und er wagt sogar ein Bekenntnis zum Kollektivismus. Er hüllt es in die schöne Phrase: „Der Anteil am gemeinsamen Gesellschaftsvermögen soll dem Einzelnen die Sicherheit und Würde gewährleisten, ohne die es keine Freiheit giebt." Aber da der tönende Schwall der Worte den Kollektivismus noch nicht genug verhüllt, so fügt er sofort hinzu: „Das ist unser Ideal, unser entferntes Ideal, das wir zwar nie aus den Augen verlieren, dessen Verwirklichung aber der Zukunft vorbehalten bleiben muß. In der Gegenwart haben wir mit den Vorurteilen und Interessen der Menschen zu rechnen, den Anforderungen der Zeit und des Ortes zu genügen, den Tagesfragen der innern und äußern Politik gerecht zu werden..." Kein Wunder, daß der Petit Sou, das Organ der revolutionären Sozialisten, diesen platonischen Sozialismus als Treubruch an der sozialistischen Idee geißelt. Es zeigt das jedenfalls von besserer Logik, als wenn die Petite République triumphierend eine Bestätigung der kollektivistischen Lehre herausliest. Wir müssen leider gestehen, daß wir dem Pariser Korrespondenten der Voss. Ztg. nicht unrecht geben können, der da höhnend schrieb: „Die Rede ist ein Seitenstück zu Schnocks Ansprache an die Zuschauer in der Rolle des Löwen im „Sommernachtstraum". „Vor Furcht fahrt ihr vielleicht gar aus der Haut — Wenn furchtbar jetzt ein Löwe brüllt und schnaubt — So wißt, daß ich, der Schreiner Schnock, nur bin — Ein's Löwen Fell steck', kein Leu wirklich bin." Er ist ein Löwe, aber er würde lieber sterben, als einem Zuschauer ein Haar krümmen oder eine holde Dame erschrecken. Man kann von des Genossen Millerand Rede nur sagen, was Demetrius von Schnock sagt: „Gut gebrüllt, Löwe!""

Die Kreuzzeitung fand, daß aus der Rede herauszulesen sei, was wem paßt, und führt zum Beweis eine Reihe nebelhafter Phrasen vor, die allerdings selbst in einer französischen Rede, der man an Phrase viel zugeben muß, noch auffallen. Das konservative Blatt erklärt, daß dieser Phrasenmißbrauch herrühre aus dem Bestreben, der Bourgeoisie beruhigende Versicherungen zu geben, ohne daß sie der Arbeiterschaft als solche direkt zum Bewußtsein kommen. Wo ein anderer Redner gesagt haben würde: „Es geht nicht ohne Armee", sagte Millerand deshalb: „Man muß die Sicherheit des Ganzen verbürgen, das die Realität des Tages beherbergt." An einer anderen Stelle sagte er: „Man muß das Streben nach dem Besseren mit der Berücksichtigung zufälliger Realitäten in Einklang bringen", was jedenfalls ungeheuer deutlich ist.

Das Bedeutsamste an der Rede aber ist die direkte Auflehnung gegen die Resolution des letzten internationalen Arbeiterkongresses, die aussprach, daß ein sozialistischer Minister nur eine Ausnahmeerscheinung sein könne. Millerand erklärt es für die Pflicht der Sozialisten, an der Regierung teilzunehmen, Ministerposten zu besetzen.

Und das erklärt der Mann zu einer Zeit, wo im Generalkomitee nur durch die Stimmenthaltung von sechs Delegierten verhütet wurde, daß ebensoviele Vertreter für seinen Ausschluß aus der Partei stimmten. Er dagegen, das erklärt er, da selbst sein allein getreuer Knappe Jaurès von ihm abrückt, da die Allemanisten das Generalkomitee seinetwegen verlassen! Mehr und mehr bröckelt der ministerielle Flügel der Sozialisten ab — nur ein berühmter Name deckt ihn noch: Jaurès. Er, der der Einiger des französischen Sozialismus hätte sein können, scheint mit dem Wrack des Ministerialismus untergehen zu wollen! Er hätte wirklich ein besseres Los verdient.

Der Sozialismus Frankreichs bietet zur Zeit ein höchst trauriges Bild. Zerrissen wird er in den Wahlkampf gehen. Auch die neue Gruppierung, die revolutionäre Union, der Guesdisten und Blanquisten vermag nicht viele Hoffnungen zu erwecken. Denn diese Gruppen haben sich mehrfach im Tageskampfe nicht auf dem Posten gezeigt und der Fall Millerand ist leider nur dazu angethan gewesen, sie noch mehr in ihrem … der prinzipienfesten Enthaltsamkeit zu treiben. Es wird langer Zeit bedürfen, ehe der französische Sozialismus die Wunden verschmerzt hat, die ihm das Experiment des Ministerialismus schlug.

H. B.

Reichstag.

127. Sitzung. Sonnabend den 25. Januar 1902, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky.

Ein Antrag der Geschäftsordnungskommission, die Genehmigung zur Verhaftung des Abg. Konrad Haußmann (Südd. Volksp.) … lange in einem Prozeß wegen Vergehens gegen das … zu versagen, wird nach kurzer Debatte angenommen.

Hierauf wird die zweite Lesung des Etats des **Reichsamts des Innern** (Titel Staatssekretär) fortgesetzt.

Abg. Dr. **Rösicke** (B. d. Landw.) befürwortet die Regelung der Verhältnisse der Gastwirtsgehilfen durch Reichsgesetz, sowie eine Besserstellung der Tierärzte, und beschwert sich über mangelhafte Durchführung des Fleischschaugesetzes. Das Gesetz kommt ebenso wie das Börsengesetz deswegen nicht zur Ausführung, weil es der Linken nicht gefalle, weil es das Odium auf sich hat, landwirtschaftsfreundlich zu sein. Ganz unverständlich ist das Verhalten der sächsischen Regierung, die, wie die Presse meldet, die Grenze nach Oesterreich-Ungarn für die Schweineeinfuhr zu öffnen beabsichtigt. Ich habe vor der sächsischen Regierung immer die größte Hochachtung gehabt, neuerdings aber scheint auch sie von den Bazillen angesteckt, die sich über ganz Deutschland verbreitet haben. Man behauptet, es bestehe Fleischmangel; es ist ja aber nirgends verboten, geschlachtetes Fleisch einzuführen und dies geschieht auch in großem Umfang. — Weiter richte ich an den Herrn Staatssekretär die Anfrage, ob ihm bekannt ist, daß sich ein internationales Syndikat bilden soll zwischen der amerikanischen Morganlinie einerseits und dem Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie andererseits, das gemeinsam den Personen- und Frachtverkehr zwischen Amerika und Deutschland vermitteln soll. (Hört! hört!) Wir wollen jetzt einen neuen Zolltarif schaffen, der die nationale Arbeit schützen soll und da soll in gleicher Zeit zwei deutschen Gesellschaften möglich sein, mit Amerika billige Frachten zu verabreden? Die Regierung hat im Interesse der Landwirtschaft die Pflicht, auf diese Machenation ihr Augenmerk zu richten. (Sehr richtig! rechts.)

Sächsischer Ministerialdirektor Dr. **Fischer**: Der Vorredner möge überzeugt sein, daß die sächsische Regierung sich lediglich von veterinärpolizeilichen Rücksichten im Interesse der Konsumenten in Bezug auf die Aufhebung des Verbotes der Schweineeinfuhr über die österreichische Grenze leiten läßt. Allerdings haben innerhalb der sächsischen Regierung Erwägungen über die Eröffnung der österreichischen Grenze für die Schweineeinfuhr stattgefunden. Die Aufhebung des Verbotes ist aber nicht beschlossen worden. Es sind Eingaben gekommen über den Schweinemangel, über die hohen Schweinefleischpreise in Sachsen, und die Ermittelungen haben ihre Richtigkeit bis zu einem gewissen Grade bestätigt. Die sächsische Regierung hatte die Absicht, die Einfuhr in die Schlachthöfe an der österreichischen Grenze zu gestatten, aber sie wollte nicht selbständig vorgehen und hat sich an den Reichskanzler gewandt. (Hört! hört! rechts.) Wie ich nun erfahren habe, hat in den letzten Tagen der Reichskanzler sich dahin entschieden, daß die veterinärpolizeilichen Bedenken gegen die Eröffnung der Grenze überwiegen. (Hört! hört! und lebhafter Beifall rechts.) **Und ich bin überzeugt, daß bei meiner Regierung diese Erwägungen durchdringen werden.** (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Horn**-Sachsen (Soz.): Der Abg. Rösicke hat sich über die mangelhafte Durchführung des Fleischschaugesetzes beschwert und hat weiter gesagt, Deutschland sei sehr wohl im stande, seinen Bedarf an Fleisch selbst zu decken. (Sehr richtig! rechts. — Nein, nicht sehr richtig!) Allerdings, **wenn der Fleischkonsum weiter so abnimmt wie jetzt, dann wird auch die deutsche Landwirtschaft einmal in die Lage kommen, den Konsum zu decken.** Damit will ich dieses Gebiet verlassen. — Dem Herrn Staatssekretär will ich gern glauben, daß er in der Frage der Sozialpolitik auf großen Widerstand stößt. Wo so viele geheime Kräfte walten, da muß auch die kleinste Sozialreform ins Stocken geraten. Ich will nicht reden von der Zuchthausvorlage, die doch nichts weiter war als das Produkt jener geheimnisvoll waltenden Kräfte und die darauf abzielte, die wenigen Rechte den Arbeitern zu rauben. Darüber sind wir uns doch alle klar, daß, wenn die Zuchthausvorlage Gesetz geworden wäre, eine Vernichtung der Arbeiterorganisationen und ein vollständiger Stillstand in der Sozialreform gefolgt wäre. — Redner wendet sich nun gegen das Hinausschieben des Termins für das Inkrafttreten der Schutzbestimmungen für die Hüttenarbeiter. Das Hinausschieben des Termins bedeutet, daß eine große Anzahl Arbeiter 2 weitere Jahre an ihrer Gesundheit den schwersten Schaden erleiden. Die Milliardäre, die Besitzer der 32 Hüttenwerke in Deutschland, könnten durch Einstellung einer großen Anzahl von jetzt arbeitslosen Bauarbeitern die Betriebe in kürzester Zeit so gestalten, wie sie zur Wahrung der Gesundheit der Arbeiter notwendig sind.

In Sachsen ist es gebräuchlich gewesen, daß die Gewerbeinspektoren den Fabrikanten vor ihrem Erscheinen einen Wink mit dem Zaunspfahl geben. Daher finden sie auch in Sachsen stets alles in schönster Ordnung. Wenn sie aber weg sind, geht die alte Leier mit der Kinderarbeit, den Ueberstunden usw. ungestört weiter. — Die Unternehmer in Sachsen widersetzen sich neuerdings ganz energisch der Bundesratsverordnung, die den Gelegenheitszwang vor dem Gewerbegericht ausspricht. Wie lange wird es dauern, bis auch diese Verordnung von dem Ansturm der Unternehmer fällt? Die Unternehmer mißachten zu überhaupt die gesetzlichen Bestimmungen des Arbeiterschutzes. Daß dies möglich ist, liegt vor allem auch an der viel zu geringen Zahl der Gewerbeinspektoren. Auch das Koalitionsrecht der Arbeiter wird von den Unternehmern aufs schwerste mißachtet. Die Holzindustriellen, die Metall- und besonders die Glasindustriellen haben es in letzter Zeit bewiesen, wie es den Unternehmern möglich ist, die gesetzlich gewährleistete Koalitionsfreiheit dem Arbeiter zu nehmen. Speziell die Glasindustriellen haben nach Beendigung des großen Streiks der Glasarbeiter ihren Arbeitern vielfach Reverse zur Unterschrift vorgelegt, durch welche diese sich verpflichten sollten, keinem der bestehenden oder neu zu gründenden Arbeitervereine jemals wieder beizutreten (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), keine Versammlung zu besuchen oder sonstwie gegen die Interessen der Fabrik zu wirken. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei Zuwiderhandlung gegen den Revers erfolgt sofortige Entlassung. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Was hätte mit Rechts wegen mit diesen Gesetzesverächtern, diesen Despoten geschehen müssen? Wäre die Zuchthausvorlage Gesetz geworden, dann hätten diese Glasindustriellen die Arbeitswillige an der Arbeit verhindert, mit Zuchthaus bestraft werden müssen! Ein Glasarbeiter, der als Vorstandsmitglied einer Betriebskrankenkasse gegen die ungehörige Behandlung der Krankenkassenmitglieder protestiert hatte, wurde sofort entlassen und in keinem anderen Betriebe aufgenommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das sind unerhörte Zustände. Aber die Behörden dulden sie nicht nur, sondern sie eilen noch mit Gendarmen und Soldaten den Unternehmern der Arbeiter zu Hilfe, um diese vor Ausschreitungen der aufs schwerste provozierten Arbeiter zu schützen. Zur Zeit des großen Glasarbeiterstreiks wurden Streikbrecher ohne Pässe unter dem Schutz von Gendarmen über die Grenze gebracht, während andererseits Ausländer, die 15 bis 20 Jahre in einem Betriebe thätig gewesen waren, ausgewiesen wurden, weil man annahm, „sie könnten der Gemeinde zur Last fallen". (Hört! hört! bei den Soz.) Es dauerte sehr lange, bis die sächsische Regierung auf eingelegte Beschwerde die Ausweisung als ungerechtfertigt zurücknahm.

Neuerdings hat man sogar einige Zahlstellen des Glasarbeiterverbandes als politische Vereine erklärt! (Hört! hört! b. d. Soziald.) Wenn die Regierung ein Gesetz schüfe, das unzweideutig sagt, was unter einem „politischen Verein" zu verstehen ist, so würden solche Auslegungen nicht möglich sein. Freilich, wenn alle Bestrebungen der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lage als politische Bestrebungen aufgefaßt werden, so lassen sich derartige Entscheidungen konstruieren. Wo aber ist eine politische Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bei den gewerkschaftlichen Organisationen? Wie stellt sich der Staatssekretär zu dieser Art von Knechtung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung?

Weiter möchte ich hinweisen auf die Nichtbeachtung der Verordnungen betr. die Sonntagsruhe in der Glasindustrie durch die Unternehmer. Der Bundesrat scheint hier mehr Wert auf die unglaublichen Behauptungen der Unternehmer als auf die praktischen Erfahrungen der Arbeiter zu legen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im Jahre 1901 haben allerdings auf die Vorstellungen der Arbeiterdelegierten bei einer ministeriellen Konferenz hin nicht weniger als 22 Glasfabriken die völlige Sonntagsruhe eingeführt. Aber auch diese Fabriken sind infolge der Konkurrenz, die ihnen seitens der am Sonntag arbeitenden Fabriken bereitet worden ist, teilweise wieder zur Sonntagsarbeit zurückgekehrt. Wenn Regierung und Bundesrat nicht zu der Einsicht kommen, daß die Sonntagsarbeit unter allen Umständen zu verbieten ist, so wird den Arbeitern dieses Erwerbszweiges das bischen Sonntagsruhe, das sie sich erkämpft haben, auch noch wieder genommen werden. Giebt es eine größere Verrücktheit, als in den Zeiten der sinkenden Konjunktur und der Ueberproduktion zur Sonntagsarbeit zurückzukehren? Auch in den Arbeitsordnungen vieler Glasfabriken finden sich absolut unzulässige Bestimmungen, die sich die Arbeiter gefallen lassen müssen, weil sie selbst nicht immer entscheiden können, ob eine Bestimmung dem Gesetze entspricht oder nicht. Redner bespricht die in sächsischen Glasfabriken bestehenden Mißstände und bringt den Fall eines ungarischen Glasarbeiters zur Sprache, der von einer Dresdner Glasfabrik engagiert worden ist. Diesem Arbeiter wurden die gesamten Reisekosten und die Vorschüsse auf den Lohn abgezogen, so daß schließlich von seinem Verdienst nur noch 9 Pfennige übrig blieben. Ich möchte den Dresdner Fabrikinspektoren empfehlen, sich bei künftigen Untersuchungen auch an die Arbeiterorganisationen zu wenden, sie werden dann ein klareres Bild über die Verhältnisse gewinnen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Bayrischer Ministerial-Sekretär **v. Herrmann**: Die betreffende Zahlstelle des Glasarbeiterverbandes ist aufgelöst worden, weil sie ihre Thätigkeit auf ein Gebiet ausdehnte, das offenbar als politisch angesehen ist.

Sächs. Geheimrat Dr. **Fischer**: Der Vorredner meinte, er wäre auf das Schicksal des betreffenden Glasarbeiters nicht eingegangen, wenn nicht ein sächsischer Bundesratsbevollmächtigter den Fall anders dargestellt hätte. Weder ich noch ein anderer Bundesratsbevollmächtigter hat davon gesprochen. Der Vorredner wird den Abg. Oertel mit einem sächsischen Bundesratsbevollmächtigten verwechselt haben. (Große Heiterkeit.)

Abg. Frhr. **Heyl zu Herrnsheim** (natl.): Das Koalitionsrecht der Arbeiter muß durchaus geachtet werden, aber auch von seiten der Gewerkschaften selbst. Die Hamburger Maurer sind so rücksichtslos gegen diejenigen ihrer Kollegen vorgegangen, die die Akkordarbeit beibehalten wollten, daß sie sogar den Ausschluß dieser Kollegen aus der sozialdemokratischen Partei beantragten. (Hört, hört! rechts.) So weit wie diese Arbeiter ist bisher noch kein Terror eines Unternehmers gegangen. (Lachen bei den Soz.) Die herrschende Arbeitslosigkeit ist nicht so groß, daß man von einem Versagen der kapitalistischen Produktionsweise sprechen kann. — Der angekündigte Schutz der gewerblichen Kinderarbeit erweist alle Klagen der Sozialdemokraten über den sogenannten Stillstand unserer Sozialreform als unbegründet. (Sehr richtig! bei den Natl.) Millerand, der sozialistische Minister, hat noch nicht daran gedacht, sich mit der Kinderarbeit zu beschäftigen. — Weiter hoffe ich, daß der Schutz der Kellnerinnen möglichst bald erweitert werden möge. — In der Frauenfrage stehe ich und ein Teil meiner Freunde auf einem anderen Standpunkt als Herr Bassermann. Selbst die Sozialdemokratie hat mit den Frauen schlimme Erfahrungen gemacht. Man fürchtet, daß, wenn die Frau ungleicher außer dem Hause beschäftigt ist, sie für die Arbeit im Interesse der Partei verloren geht. Ihr Kollege Auer führte aus, daß die sozialdemokratische Ehefrau sehr aufregend gegen die politische Arbeit wirkt und exemplifizierte dabei auf die Stimmung seiner eigenen Gattin. Frau Steinbach wünschte in Mainz die Trennung der politischen Arbeit der Männer und Frauen. Die Männer, meinte sie, sagten: ach, was wollen wir mit der, die versteht und doch gar so was der". (Große Heiterkeit.) Die wichtigste Frage auf dem Gebiet der Frauengesetzgebung scheint mir die Einführung des 10stündigen Maximalarbeitstages zu sein. — Endlich möchte ich an den Herrn Staatssekretär die Frage richten, ob die in der sozialdemokratischen Presse jetzt erhobenen Angriffe gegen das statistische Amt auf Wahrheit beruhen. Es wird dort gesagt, es beziehe seine Mitteilungen ausschließlich von der Polizei. (Bravo bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Es ist unendlich schwierig, Verordnungen zur Ausführung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb zu erlassen, ohne gleichzeitig das Gewerbe zu schädigen. Die Frage wird weiter im Auge behalten werden.

Weiter sind hier Vorwürfe gegen die Hamburg-Amerika-Linie und den Norddeutschen Lloyd erhoben worden auf Grund von Zeitungsnotizen über die Verhandlungen, die die Direktoren dieser Linie in Amerika geführt hatten. Ich weiß von diesen Verhandlungen nichts, möchte aber darauf hinweisen, daß nur der Norddeutsche Lloyd vom deutschen Reich subventioniert wird. Die Hamburg-Amerika-Linie bezieht für ihre Verbindung zwischen Amerika und Europa keinerlei Reichssubvention. Es ist daher sehr schwierig, eine Einwirkung auf den Frachtverkehr einer nicht subventionierten Linie auszuüben.

Ich freue mich über das Lob, das der sächsischen Regierung wegen der Ausführung ihrer Fleischschaugesetzgebung gezollt ist, aber auch diese hat für ihren einzelnen Staat 2 Jahre zur Ausführung des Gesetzes gebraucht. Im Reiche sind die Schwierigkeiten natürlich noch viel größer.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter meinte gestern wieder, auf dem Gebiete der Alters- und Unfallversicherung sei bisher sehr wenig geschehen. Das ist ein vollkommener Irrtum. Die jetzt schon infolge der beiden Novellen auf die Arbeitgeber entfallenen Mehrlasten betragen 19 Millionen Mark.

Die Einführung der fakultativen Leidenversicherung halte ich für undurchführbar.

Den Ausführungen des Abg. Horn über die Verhältnisse in der Glasindustrie bin ich mit Interesse gefolgt. Ich folge Ihnen (zu den Soz.) Reden immer mit Interesse, wenn Sie wirklich aus der praktischen Kenntnis der Dinge schöpfen. Ich werde, wenn irgend möglich, die bestehenden Vorschriften über die Sonntagsruhe in den Glasfabriken einer Aenderung unterziehen.

Was die Krankenversicherung der Heimarbeiter anlangt, so sind wir bereits mit Vorarbeiten auf diesem Gebiet beschäftigt. Ebenso soll den Gewerbeaufsichtsbeamten für ihre nächste Berichterstattung die Aufgabe erteilt werden, sich zu äußern über die Frage der Heimindustriearbeit der Frauen in den Fabriken.

Auf die Anfrage des Abg. Heyl betr. die Vorwürfe gegen das Statistische Amt, möchte ich ihm erwidern, daß das Statistische Amt in allen Streitfragen, wo sich Differenzen ergeben, Rückfrage hält, und sich nicht nur an die Polizei, sondern auch an die höheren Verwaltungsorgane hält.

Abg. **Schlumberger** (Hosp. der Natl.): Herr Wurm hat gestern gesagt, ich sei kürzlich mit einem Orden bedacht worden. Das ist nicht der Fall. (Zuruf bei den Soz.: Kommt noch! — Heiterkeit.) Die Angaben des Herrn Wurm, daß in einer mir nahestehenden Fabrik 13 Stunden täglich gearbeitet würde, entbehren jeder thatsächlichen Unterlage. — Was ich nicht anerkenne, ist das Recht, daß die Sozialdemokraten auf angebliche Arbeiterfreundlichkeit die Ausführung der Gesetze selbst bestimmen. Da geht Ihre Begehrlichkeit zu weit. (Heiterkeit bei den Soz.) Dazu sind die Aufsichtsbeamten da, die über jedem Arbeitgeber stehen, die sich das Vertrauen aller erwerben müssen. Darauf kommt es an. Wenn das geschieht, so wird der soziale Friede gefördert, und daran wird doch auch den Sozialdemokraten gelegen sein, ich hoffe es wenigstens. (Heiterkeit bei den Soz.) Dann werden die Hetzer sich nach anderen Unzufriedenheits-

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020127/5
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

gründen umsehen müssen. Hoffen wir, daß Ihr Erfindungsgeist in dieser Beziehung bald versagen wird. (Große Heiterkeit links.) Die Unternehmer leiden heute unter einer Tyrannei, der unterthan zu sein kein Mensch sich bald mehr gefallen lassen wird. Das ist meine Prophezeiung. (Heiterkeit.) Sind denn von vornherein alle Arbeitgeber Verbrecher? (Schallende Heiterkeit.) Bis auf weiteres halte ich sie für existenzberechtigt und ebenso des gesetzlichen Schutzes wert, wie alle übrigen Angehörigen des deutschen Reiches. (Bravo! bei den Natl.)

Abg. v. **Massow** (kons.): Wir sorgen für unsere Leute, wir bezahlen sie und das ist das Tüpfelchen auf dem i, deshalb haben blos wir das Recht, uns eine Arbeiterpartei zu nennen. Sie schreien blos! Wenn Sie unter Arbeiterpartei eine solche verstehen, die Staat und Gesellschaft unterminiert, dann sind Sie eine Arbeiterpartei. (Lachen b. d. Sozialdemokraten.) Wenn Sie sich in ihren Versammlungen wie Hausknechte anreden, dann können Sie sich mit Recht eine Arbeiterpartei nennen, denn das sind die Manieren der Arbeiter. (Lachen b. d. Soz.) Redner hebt hervor, wie gut die Landwirte für die Arbeiter sorgen. Ich thue das, damit die Schreierei über uns endlich einmal aufhört. (Lachen links.) Ich gebe meinen Leuten sage und schreibe 80 Zentner und da sagen Sie, die Leute seien nicht interessiert an hohen Getreidepreisen. Der Vorwärts hat geschrieben, ich und Herr Braesicke stammen aus einer Gegend, die nach Grog und Fuselöl duftet. Vielleicht haben Sie bei Herrn Braesicke etwas davon bemerkt. Ich bin ein ganz gesunder Junge und bei der feuchten Witterung im Osten ist es gut angebracht, mal einen Grog zu trinken. (Großes Gelächter.) Sie hetzen gegen uns und Sie wissen ja, für einen dummen Jungen ist es gar nicht schwer, den Lehrer lächerlich zu machen (Stürmisches Gelächter) und der hat dann lange zu thun, bis er wieder Autorität bekommt. Herr Bebel hat gesagt — schade, daß er nicht da ist, ich hätte es ihm gern ins Gesicht gesagt — (Zuruf des Abg. Wurm). Warten Sie nur, Herr Wurm, Sie kommen auch daran.

Präsident **Graf Ballestrem** bittet den Redner, sich nicht an einzelne Mitglieder, sondern an das Haus zu wenden.

Abg. v. **Massow**: Herr Bebel hat gesagt, daß der Reinertrag eines Gutes sich um 103 M. pro Hektar vermehrt habe, das ist nicht bloß ein Hunnenbrief, das ist eine ganze Hunnenschrift. (Gelächter links.) Der betreffende Gutsbesitzer erklärt, daß das einfach nicht wahr ist. Sie berufen sich immer auf Ihre Sachverständigen aus dem Osten. Sie sagen, wenn diese Gutsbesitzer, wie Hofer und Braun, ohne höhere Getreidezölle zu wirtschaften können, warum dann nicht auch der preußische Junker. Ich bin stolz darauf, ein Junker zu sein, wenn ich an die Namen Moltke, Kleist, Schwerin usw. denke, deren Namen mit ehernen Lettern in der Geschichte Preußens eingegraben sind. (Bravo! rechts.) Aber die Namen Bebel und Singer ..., die, die stehen auf einer Schiefertafel und das Mädel kommt und wischt sie weg. (Stürmische Heiterkeit.) Daher der Name Schwamm drüber! (Bravo! rechts. Stürmisches Gelächter links.) — Was schadet es, wenn Graf Mirbach, der reichste Mann seines Kreises, sich zu seinem Jagdvergnügen eine Schneise aushauen läßt, darüber redet man immer wieder; wenn aber Herr Singer auf Gummirädern hierherrollt oder auf Gummischuhen hierhergondelt (Stürmische Heiterkeit), darüber wird nie gesprochen. Graf Mirbach ist ein ganz verständiger Mann. (Große Heiterkeit.) Nun zu Ihnen, Herr Wurm. Sie haben den Heineschen Vers von den satten und hungrigen Ratten zitiert. Wissen Sie denn gar nicht, wen Heine damit meint? Mit den hungrigen Ratten meint er doch die Juden. Millionen Thränen wären im deutschen Reich nicht vergossen, wenn das Rote Meer so vernünftig gewesen wäre, und die Klappe vorher zugemacht hätte. (Beifall rechts. Stürm. Gelächter links.)

Wenn unsere Söhne als Offiziere morgens früh 4 Uhr schon Rekruten drillen, dann liegen die Herren noch in Nachtcafés, die Herren, denen auch Jahrtausende nicht das Kainszeichen von der gebogenen Nase haben abwischen können. (Heiterkeit.) Wenn ich Herrn Bebel so antworten wollte, wie er es verdiente, würde ich mir einen Ordnungsruf zuziehen. Deshalb will ich es nicht thun und nur die Geschichte von dem Droschkenkutscher erzählen. Als dem nämlich sein Herr sagte: „Wenn Sie nicht gleich ruhig sind, werde ich grob", antwortete der Kutscher: „Ach, lieber Herr, so grob wie ick det vertrage, können Sie gar nicht werden." (Große Heiterkeit.) Ich hoffe, daß Herr Bebel seine Reden, die er hier gehalten hat, auch vertreten wird, und nicht sagen wird, wie der Pharisäer: Gott sei Dank, daß ich nicht bin wie der da, sondern daß er wie jener Zöllner an seine Brust schlägt und sagt: Gott sei mir armen Sünder gnädig! (Große Heiterkeit.)

Abg. **Weisenhagen** (Zentr.): Die Zahl der in Fabriken arbeitenden Frauen hat absolut und relativ zugenommen. Das hat die größten Nachteile zur Folge. Die Zeit, die die Frau in der Fabrik arbeitet, wird der Familie entzogen, das hat die schwersten Nachteile für die Familie und die Kinder zur Folge. Schon vor der Geburt wird das Kind geschädigt. Noch mehr aber, wenn es zur Welt gekommen ist. Das Kind gedeiht am besten, wenn die Mutter es selbst ernährt und erzieht. Wie soll die Frau aber die Zeit dazu finden, wenn sie in der Fabrik arbeitet?! So ist für Kinder von Fabrikarbeiterinnen doppelt schädlich, wenn ihre Verdauungsorgane schon in den ersten Lebenswochen durch schlechte Ernährung verdorben werden. Die Berichte der Fabrikinspektoren ergeben, in wie ungeheurem Umfang durch die Fabrikarbeit der Frau das Leben des Kindes und damit der Nation geschädigt wird. Redner legt eingehend die Gründe dar, die zu der Zunahme der Frauenarbeit geführt haben. Ganz abschaffen wird man die Frauenarbeit zwar nicht können, aber schon eine Einschränkung würde sehr segensreich wirken. Wenigstens die gefährlichen, die giftigen Arbeiten dürften nicht von Frauen ausgeführt werden. Auch muß man einen besseren Schutz der Wöchnerinnen einführen und die Sonnabend-Nachmittage freigeben.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Jesuiten-Interpellation des Zentrums und Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Sächsische Angelegenheiten.

Es bleibt beim Fleischwucher. Diesen Schluß kann man wohl schon jetzt aus der Erklärung des sächsischen Bundesratsbevollmächtigten Dr. Fischer ziehen, die dieser am Sonnabend im Reichstage abgegeben hat, als die sächsische Regierung von dem Oberagrarier Rösicke-Kaiserslautern angezapft wurde, weil sie mit Vorbehalt eine unverbindliche Versprechung abgegeben hatte, daß sie angesichts des offensichtlichen Mangels an Schlachtschweinen, die Grenze Sachsens für die Schweineeinfuhr wieder öffnen wolle, wenn der Reichskanzler keine Bedenken habe. Diese Erklärung des sächsischen Bevollmächtigten gipfelte in der Ueberzeugung des Herrn, die sächsische Regierung werde sich nach dem inzwischen erfolgten ablehnenden Bescheide des Reichskanzlers richten, das heißt die Grenze auch ferner für die Fleischeinfuhr aus Oesterreich sperren. Der beinahe stürmische Beifall, mit dem die Agrarier diese Erklärung beantworteten, zeigte nur zu deutlich, wer den Nutzen von dieser fleischverteuernden Maßnahme hat. Man schützt allerdings sanitäre Bedenken vor, gestützt konnte diese aber nur durch die völlig unbewiesene Behauptung des Agrariers Rösicke werden, daß in Oesterreich einige Orte von Seuchen heimgesucht worden seien. Das war dem sächsischen Vertreter im Bundesrate Anlaß genug, Erklärungen abzugeben, die die Regierung beinahe zur Beibehaltung der Sperre verpflichten. Ja, das Wahrscheinlichere ist sogar, daß durch diese Erklärung bereits der Wille der Regierung absichtlich in etwas umschreibender Form verkündet wurde.

Die Aufrechterhaltung der Sperre wäre im Interesse des Volkes ebenso zu bedauern, als sie von den Agrariern bejubelt wird. Seit längerer Zeit schon haben wir in Sachsen infolge der Sperre außerordentlich hohe Preise für Schweinefleisch, in letzter Zeit ist dieser noch mehr gestiegen. Das ist für die Volksernährung usw. verhängnisvoller, weil die Einkommensverhältnisse der kleinen Leute, besonders aber der Arbeiter, sehr von der herrschenden Wirtschaftskrise benachteiligt werden und die Lebensmittel im allgemeinen teurer geworden sind. Wir haben kürzlich aus Chemnitz gemeldet, daß auf dem dortigen Schlachthofe im Jahre 1901 6230 Schweine weniger geschlachtet worden sind als im Vorjahre. Daß dieser Ausfall nur zum kleinsten Teil ausgeglichen worden ist, zeigt die Thatsache, daß im genannten Jahre in Chemnitz überhaupt 1959 Tiere weniger geschlachtet worden sind. Das sind beredte Zahlen, sie veranschaulichen, in welch gefährlichem Maße die Volksernährung durch die Grenzsperre benachteiligt wird. Nach Ausführungen des Privatdozenten Dr. Jastrow in der Arbeitsmarkt-Korrespondenz hat die sächsische Regierung selbst auf Grund von Erhebungen feststellen müssen, daß Mangel an Schweinen vorhanden sei und hohe Fleischpreise zu konstatieren waren. Es hieß in der Arbeitsmarkt-Korrespondenz:

„Für die Arbeiterbevölkerung insbesondere fällt der Umstand ins Gewicht, daß gerade die billigste Fleischsorte, das Schweinefleisch, so sehr im Preise gestiegen ist. Durchschnittlich stehen die Preise für Schweine gegenwärtig nirgends so hoch, wie in den sächsischen Marktorten. Es notierten 50 Kilogramm Schlachtgewicht Anfang Dezember in Chemnitz 61—69, in Dresden 57—64, in Leipzig 56—68, in Zwickau 60—70 M. Wie erheblich der Verbrauch an Schweinefleisch schon zurückgegangen ist, dürfte daraus hervorgehen, daß während der ersten zehn Monate dieses Jahres allein 44000 Schweine weniger auf den Markt gekommen sind, als bei normalem Bedarf."

Diese Auslassungen stützen sich auf statistisches Material, das von der sächsischen Regierung selbst durch Umfrage gewonnen worden ist.

Danach soll die Grenze für die Fleischeinfuhr versperrt bleiben. Die Agrarier haben wieder einmal einen Sieg zu verzeichnen, der nur dürftig mit dem sanitären Mäntelchen verkleidet werden kann. Wie wenig in Wirklichkeit sanitäre Gründe in Betracht kommen, zeigt schon der Umstand, daß die Regierung nicht für nötig hielt, einen medizinischen Sachverständigen ins Feld zu schicken für die Grenzsperre. Als solcher trat lediglich der Bündler und Oberagrarier Rösicke auf. Das ist doch sehr bezeichnend. Die sanitären Gründe werden dadurch sehr fragwürdig.

Jedenfalls sind sanitäre Maßnahmen sehr verdächtig, die unter dem angeblichen Zwecke, die Schweine vor Seuchen zu schützen, den Agrariern die Taschen füllen und die Volksernährung und damit auch die Volksgesundheit gefährden.

Mit einem Gesetzentwurf über die Zwangserziehung Minderjähriger überrascht uns die sächsische Regierung. Die Zwangserziehung soll nach dem § 1 verhängt werden, wenn der Minderjährige eine strafbare Handlung begangen, wegen deren er infolge jugendlichen Alters strafrechtlich nicht verfolgt werden kann, und die Zwangserziehung mit Rücksicht auf die Beschaffenheit der Handlung, die Persönlichkeit der Eltern oder sonstigen Erzieher sowie auf die übrigen Lebensverhältnisse zur Verhütung weiterer sittlicher Verwahrlosung des Minderjährigen erforderlich ist. Ferner, wenn die Zwangserziehung außer diesen Fällen wegen Unzulänglichkeit der erziehlichen Einwirkung der Eltern zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens des Minderjährigen notwendig ist.

Die Zwangserziehung soll in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungs- und Besserungsanstalt erfolgen. Angeordnet wird die Maßnahme vom Vormundschaftsgericht. Bevor die Zwangserziehung eintritt, sollen die Eltern oder Pfleger des Minderjährigen gehört werden. Die Durchführung liegt den Kommunalverbänden ob. Die Kosten sind von diesen Verbänden zu tragen, gelten aber nicht als Armenunterstützung.

Wir kommen morgen darauf zurück.

Ein Konflikt zwischen Kirche und Kommune spielt sich augenblicklich in Zwickau ab. Das ist der vierte Streitfall, der augenblicklich auf einmal die Kommune betrifft und neben dem Streit um die Krebsgrabenschleuse mit Schedewitz ist dieser wohl der originellste. Die Ursache dazu ist folgende: Die Zwickauer Frömmler sind der Meinung, daß die Stadt zu wenig — Kirchen habe und setzten durch, daß ein Projekt zur Erbauung einer neuen Lutherkirche gemacht wurde. Sie sollte von den Dresdner Architekten Schilling und Gräbner erbaut werden, die sie auf 527 000 M. veranschlagt hatten. Natürlich wäre die erste Folge nun die gewesen, daß die Steuerzahler mit einem nochmaligen Zuschlag „beglückt" worden wären. Vernünftigerweise sah das auch der Zwickauer Stadtrat ein und erhob gegen das nach seiner Ansicht viel zu teure Projekt Einspruch bei der Kreishauptmannschaft. Da Zwickau mit Kirchen gerade genug versehen ist, außerdem erst kurz vorher durch den Bau einer neuen Kirche die städtischen Abgaben pro Kopf der Steuerzahler um 6 Pf. gewachsen waren, so erklärte der Oberbürgermeister, daß die Stadt einfach die Mehrlasten nicht tragen könne und daß der Kirchenbau auch für erheblich weniger Geld „würdig und monumental" ausgeführt werden könne. Die Oberbehörde war jedoch anderer Ansicht und meinte, die Steuerzahler könnten sehr gut das Geld aufbringen! Zu dieser merkwürdigen Ansicht war die Kreishauptmannschaft dadurch gekommen, daß die Stadt bei Schilderung der jetzigen Steuerlasten diese, infolge eines kolossalen Rechenfehlers, um 50 Proz. zu niedrig angegeben hatte! Man sollte nun meinen, da der Rat im Interesse der Steuerzahler handelte, so hätte die Oberbehörde jetzt, als sie sah, daß die Steuerlast thatsächlich viel höher war, als sie vorher angenommen, ihren Widerstand aufgeben müsse. Allein weit gefehlt. Die städtische Steuerbuchhalterei erhielt den prompten Rüffel, der Rat wurde aufgefordert, sein „Versehen" zu berichtigen und — die Kreishauptmannschaft blieb auf ihrem Entscheid bestehen! Das jetzt angerufene Landeskonsistorium wollte aber ebenfalls den Prachtbau und nicht die billigere Ausführung der Kirche und — entschied ebenfalls gegen die Steuerzahler. Man hält es kaum für möglich, allein es kommt noch besser: Der Rat wendet sich nunmehr, als Kirchenpatron, an die höchste Instanz, an das Ministerium des Innern, und tritt dort energisch gegen die Mehrbelastung der Steuerzahler ein. Allein auch dieses weist in einer soeben bekannt gemachten Meldung die Beschwerde der Stadt zurück und — die Frömmler kommen auf Kosten der sowieso gerade in Zwickau hart bedrängten Steuerzahler zu einer neuen Pracht-Kirche. Trotz Krise und Arbeitslosigkeit, trotz Bitten und Flehen und des Hinweises auf die Unmöglichkeit der Mehrbelastung des einzelnen, soll nun bereits (der Streit hat mehrere Jahre gedauert) in der nächsten Zeit mit dem Bau begonnen werden.

Hierbei sei gleichzeitig noch zweier anderer Kommune-Konflikte gedacht. In Zwickau soll eine neue Ingenieurschule gebaut werden. Gegen das Projekt, das ebenfalls auf den äußeren Schmuck den Hauptwert gelegt hatte, erhoben die Stadtverordneten einige Einwendungen. Das paßte wiederum dem Direktorium der Schule nicht und es wollte sich die kostbare Fassade nicht nehmen lassen. Natürlich, die Steuerzahler könnten ja sonst zu wenig herangezogen werden. Jetzt hat der Zwickauer Rat erklärt, daß sich die Herren die Schule selbst bauen und den bereits bewilligten Betrag von 250 000 M. dazu verwenden sollen. Das Verfahren verdient unbedingt nachgeahmt zu werden.

Den vierten Streitfall bildet ein Konkurrenzkampf zwischen der städtischen Gasanstalt und den zünftlerischen Installateuren. Sie läßt nämlich ihre Gaslegungen, Heiz- und Lichtanlagen usw. in eigener Regie ausführen, was begreiflicherweise die Zünftler arg verdrießt. Sie beschwerten sich dieserhalb beim Rat, der erklärte, im Interesse der Stadt auf die gute Einnahmequelle nicht verzichten zu können und die Arbeiten auch ferner in eigener Regie machen lassen zu wollen. Jetzt wollen die „Opponenten", wie sie in der Stadtverordnetensitzung erklären ließen, „weitere Schritte thun". Da inzwischen der Streit Zwickau-Schedewitz zu Ungunsten der Stadt ausgefallen ist, so kommt Zwickau aus der Konflikt-Atmosphäre nicht mehr heraus. Gleich dem vorjährigen Auerbacher dürfte es von Zwickau ebenfalls bald eine stehende Rubrik geben: „Vom Zwickauer Kommunal-Kriegsschauplatz." er.

Mockritz. Bei dem Maurer Liebert, der in der Kohlenstraße 28 in der ersten Etage wohnt, wurde am Mittwoch abend durch das Doppelfenster ein großer Ziegelstein geworfen, der beide Fenster und eine am Fenster auf der Nähmaschine stehende Lampe zertrümmerte. Zum Glück war die Frau, die an der Nähmaschine gearbeitet,

Aus Kunst, Wissenschaft und Leben.

Wochenspielplan der königlichen Hoftheater. Opernhaus: Montag: Die Folkunger. Dienstag: Werther. Mittwoch: Tell. Donnerstag: Zar und Zimmermann. Freitag: Fünftes Sinfonie-Konzert Serie A. Sonnabend: Samson und Dalila. Sonntag: Die Glocken von Corneville. Schauspielhaus: Montag: Miß Hobbs. Dienstag: Außer Abonnement: Des Pastors Rieke. Mittwoch: Bürgerlich und romantisch. Donnerstag: Für die Dienstag-Abonnenten des 28. Januar: Egmont. Freitag: Des Pastors Rieke. Sonnabend: Der erste Liebhaber. Sonntag: Nachmittags ½4 Uhr: Schneewittchen; abends ½8 Uhr: Des Pastors Rieke.

Königliches Schauspielhaus (Des Pastors Rieke, eine Komödie in drei Aufzügen von Erich Schlaikjer.) Ueber die Erstaufführung der Schlaikjerschen Komödie, der mit einiger Spannung entgegengesehen wurde, weiß Herr Wilhelm Wolters im Berliner Tageblatt zu berichten, das Stück sei „trotz des fast gänzlichen Mangels an Handlung dank vieler interessierender Einzelheiten bei glänzender Darstellung sehr freundlich, wenn auch nicht ohne Widerspruch aufgenommen" worden. Das klingt sehr kühl und ist bezeichnend für die Art, wie Berliner Blättern über Aufführungen in der „Provinz" berichtet zu werden pflegt. Bezeichnend wegen der leichtfertigen Charakterisierung des Stücks, bezeichnend wegen der sehr absichtlichen Deutung des Beifalls. Die Herren in Berlin und sogar Herr Wolters wissen ganz genau, daß es sich bei Schlaikjers Werk um die Arbeit eines Mannes handelt, der in erster Linie genannt wird, wenn heutzutage einer die paar ernstzunehmenden Kritiker in Deutschland aufzählen will, und sogar Herr Wolters dürfte gefühlt haben, daß hinter dem Stück ein ernstes Wollen steckt, das Respekt verdient. Trotzdem aber die Aufführung ein nichtssagendes und irreführendes Telegramm: das Stück ist ja nicht in Berlin zum erstenmal gegeben worden!

Herr Wolters redet von fast gänzlichem Mangel an Handlung. Je nun, das ist derselbe Vorwurf, den die Dutzendkritiker Ibsens modernen Stücken gegenüber erheben, und er hat dieselbe Berechtigung hier wie da. Allerdings geht in Schlaikjers Komödie äußerlich nicht so viel vor wie in den Amüsierstücken, die sich Leute vom Schlage des Herrn Wolters zuweilen abquälen, und es ist leicht begreiflich, daß Verehrer der Woltersmuse Des Pastors Rieke am liebsten ausstreichen möchten. Es geht nämlich in dieser Komödie ohne Verwechslungen ab, ohne zerbrechende Teller, ohne Stuhlumwerfen und dergleichen wichtige Ereignisse, auch rennen die Leute nicht mit den Köpfen gegen einander, kurz, alle Zirkusbelustigungen sind vermieden. Dafür strotzt aber das Stück von seelischem Leben und seelischen Bewegungen; es ist so reich, daß die guten Verfasser von Amüsierstücken allen Grund hätten, sich in ihrem Urteil größter Bescheidenheit zu befleißigen.

Mancher unserer Leser wird die Anzengrubersche Bauernkomödie Die Kreuzelschreiber kennen, die ja in Dresden öfter gegeben worden ist. Daraus wird ihm die Gestalt des Steinklopferhans in Erinnerung sein. Ein armer, hart mitgenommener Mensch, der von seinen Mitmenschen behandelt worden ist, wie ein Hund — und er schwingt sich auf Grund seiner Lebenserfahrungen zu einer Höhe der Weltbetrachtung auf, daß alles um ihn herum klein erscheint und er weiß Rat und hilft, als die Gemeinde, die ruhig seinem Elend zugesehen hat, in Bedrängnis gerät. Aehnlich hat sich Pastors Rieke in Schlaikjers Stück aus Schmutz und tiefster Not emporgearbeitet. Nur daß sie aus schlimmerem Schmutz sich erhebt und nicht zu solcher Höhe der Weltbetrachtung wie der Steinklopferhans. Die Köchin des jungen Pastors Hans Dahl, der in einer kleinen Ostseestadt des nördlichen Schleswigs eine viel angefeindete Thätigkeit entfaltet, hat nicht nur ein uneheliches Kind, sie ist einst von ihrem Vater in die Kellerinnenlaufbahn hineingestoßen worden, ist tief in den Schmutz gesunken und dem Untergang nahe gewesen. Als sie aber in größter Not war, von allen verlassen, hat sie sich aufgerafft; was gesund und tüchtig an ihr war, hat sich erhoben und zur Wehr gesetzt und in zähem Kampfe behauptet. Ihrer Kraft und ihres Wesens sich bewußt, steht sie nun da: resolut in ihrem Handeln, klaren Blicks und erfüllt von einem Humor, wie ihn nur der sich erringt, der an der Grenze der Selbstverachtung und der bitteren Menschenverachtung gestanden hat. Diese prachtvoll gesehene und keck und in ihren mannigfaltigen Beziehungen zur Umwelt sicher und überzeugend geschilderte Gestalt der einfachen, freimäuligen, selbstsicheren Rieke steht im Mittelpunkt des Stücks, und um dieser Gestalt willen wird es bleiben, mögen die klugen Nörgler reden und kritikastern, soviel sie wollen. Diese Gestalt ist ein glücklicher Fund, wie die Mutter Wolff im Biberpelz, wie der Steinklopferhans, ein Fund, wie ihn nur ein Dichter macht, der die Welt um sich her selbständig schaut und selbständig verarbeitet.

Riekes Bedeutung wächst in dem Stück von Akt zu Akt. Wenn wir sie im ersten Akt sehen, ist sie die tüchtige Hausverwalterin, die energisch regiert und treu zu ihrem Herrn steht. Aber allmählich wird sie mehr. Nachdem sie in schwerer Stunde, als der Pastor ihretwegen Angriffen ausgesetzt ist, von dem Drange der tüchtigen Natur getrieben, sich alles von der Seele gebeichtet und ihre ganze Vergangenheit aufgedeckt hat, damit der, auf dessen Urteil es ihr ankommt, auch nicht den leisesten Zweifel hege, wird sie es, die, indem sie die ganze Tüchtigkeit ihres Wesens entfaltet, den Pastor stützt, hält, vor Verzweiflung bewahrt und zu neuem Wirken stärkt. Man sieht schon daraus, daß hier ein Dichter das Wort führt, der Eigenartiges wagt und auch kann. Wie leicht hätte dies eigenartige Verhältnis der Köchin zu ihrem Pastor in lächerliches Licht geraten können. Und wie überzeugend ist gerade dieses Wirken der eigenartigen Köchin gestaltet worden. Anders steht es nun freilich mit der Gestaltung des Mannes, dem Rieke zur Stütze gegeben ist. Hans Dahl ist in reichem Heim aufgewachsen und zu seiner Pfarrthätigkeit auf eigenartigem Wege gekommen. Aus einem ästhetischen Wohlgefallen heraus. Sonntags in prächtiger Kirche in Sonntagsstimmung zu predigen, das ist ihm schön erschienen, und ohne Kenntnis des Lebens, ohne einen klaren Begriff von seinen Aufgaben zu haben, ist er Pfarrer geworden. Welche Enttäuschung. Er kommt zu armen gedrückten Leuten, die in dumpfen Stuben leben und selber dumpf und stumpf sind, und die ganze Sonntagsstimmung geht flöten, als er merkt, daß in der Gemeinde ihn niemand versteht. Wie er sich allmählich in das Leben der Armen hineindenkt, mit ihnen zu leben beginnt und sich ihnen verständlich macht. Ein neues Leben hebt für ihn an, aber wieder läßt er sich zu weit treiben. Er muß erst schwere Prüfungen bestehen. Seine vornehme Familie geht gegen ihn vor, und den Behörden, mit denen die Familie in Verbindung steht, wird der junge Pastor unheimlich, der seine Aufgabe nicht nach der Schablone auffaßt. All diese Anfeindungen möchte Hans Dahl ertragen; es trifft ihn aber der schlimmste Schlag: Seine Gemeinde verläßt ihn. Sie läßt ihn fallen, als der Landrat sich ins Zeug legt, und nun folgt der Umschlag, begreiflich bei dem Pfarrer, in dem das ästhetische Empfinden in erster Linie wirksam gewesen ist bei der Wahl des Berufs und noch dominiert. Er verliert alle Lust an seiner Wirksamkeit, und es gehört die ganze derbe und kluge Beredsamkeit der Rieke dazu, um ihn aus seiner Mutlosigkeit aufzurütteln und zu neuem Wirken stark zu machen. Hier liegt nun die Hauptschwäche des Stückes. Ist der Gegensatz, in dem Hans Dahl zu seiner Familie steht, scharf gezeichnet und ist in einer knappen Unterredung auch der Gegensatz klar aufgedeckt, in dem er zu den Anschauungen der Bourgeoisie und ihrer Organe steht, so wird die sinnenfällige Motivierung des Umschwungs vermißt. Daß der Pastor zeitweilig von der Gemeinde fallen gelassen wird, wird nur kleinlich dargestellt, oder vielmehr nicht dargestellt, sondern nur kleinlich erzählt. Es klingt etwas merkwürdig, wenn der Pastor verzweifelt, weil er nicht wieder in den Vorstand eines Enthaltsamkeitsvereins gewählt wird — es könnte ganz anders wirken, wenn wir sähen, wie er ausgeschlossen wird, wie sich Furcht und Treulosigkeit der Gemeinde in einem bestimmten, an sich wenig bedeutenden Falle äußern. Daß Schlaikjer uns das nicht gezeigt hat, rächt sich an dem ganzen dritten Akt. Nun wirkt der Pastor so kleinlich, daß kaum geglaubt wird, daß

hineingegangen, sonst hätte ein Unglück passieren können; denn sie hätte sicher das brennende Petroleum über ihren Körper bekommen. Die Sache ist zur Anzeige gebracht, doch ist es bis jetzt noch nicht gelungen, den Thäter zu erwischen.

Kleinzschachwitz. Sonntag den 26. Januar fand im Gasthof zur Goldnen Krone eine außerordentliche Generalversammlung des Konsumvereins für Niedersedlitz und Umgegend statt, in der auch Verwaltungsmitglieder aus Dresden und Pirna sowie Herr Verbandssekretär Radestock aus Plauen erschienen waren. Es wurde über einen in der letzten Generalversammlung von einigen Mitgliedern gestellten Antrag, der den Anschluß an den Konsumverein Vorwärts in Dresden zum Zweck hatte, verhandelt. Nach längerer durchaus sachlicher Verhandlung wurde der Antrag schließlich mit [illegible] gegen [illegible] Stimmen abgelehnt.

Neustadt. In der hiesigen Emaillefabrik haben die Arbeiter neben der Betriebskrankenkasse noch eine Unterstützungskasse gegründet. Der Kassierer dieser Kasse, Emil Richter, ist, nachdem er 700 M. unterschlagen hat, flüchtig geworden.

Riesa. Auf dem Rittergute Hirschstein a. E. geriet am vergangenen Freitag eine Arbeiterin in die Dreschmaschine, wobei ihr das rechte Bein oberhalb des Knies vom Leibe gerissen wurde. Die Bedauernswerte, eine erst seit kurzem verheiratete Frau, fand Aufnahme im Meißner Krankenhause.

Chemnitz. Eine schwere Explosion ereignete sich Sonnabend früh in der siebenten Stunde im benachbarten Wittgensdorf. Der daselbst in der Chemnitzer Straße wohnhafte Härtwig begab sich in den Keller, um Benzin zu holen. Dabei muß er mit dem Licht dem Benzin zu nahe gekommen sein, denn es erfolgte eine fürchterliche Explosion, durch welche das Haus zum größten Teil einstürzte, den Härtwig unter den Trümmern begrabend. Die Rettungsarbeiten wurden sofort in Angriff genommen und in der zehnten Stunde wurde Härtwig schwer verletzt aufgefunden und ins Krankenhaus gebracht. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Durch die Explosion wurde auch eine Wöchnerin aus dem Bett geschleudert, ohne jedoch Schaden zu nehmen.

Ueber die Explosion werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Der Materialwarenhändler Härtwig hatte am Freitag abend eine Sendung von 50 Litern Benzin erhalten und im Keller untergebracht. Als er am Sonnabend früh die Kellerräume mit offenem Licht betrat, erfolgte unter fürchterlicher Detonation eine Explosion. Das zweistöckige Gebäude stürzte zusammen und begrub den Besitzer unter den Trümmern. Von dem Gebäude steht nur noch eine Giebelwand. Durch den Luftdruck wurde eine Wöchnerin samt ihrem Kinde auf die Straße geschleudert; sie trug glücklicherweise nur leichte Verletzungen davon. Im Laufe des Vormittags wurde, wie die Allgem. Zeitung mitteilt, der Verschüttete aus den Trümmern hervorgeholt. Seine Verletzungen sind schwer. Im ganzen sind außerdem 4 Personen leicht verletzt.

Cainsdorf bei Zwickau. Am Freitag nachmittag wurden in ihrer Wohnung der Berginvalid Tauscher nebst Ehefrau tot aufgefunden, und zwar der Mann erschlagen, die Frau erhängt. Anfangs wurde angenommen, daß die Frau den Mann ermordet, dann sich erhängt habe. Da jedoch der Mann bereits 74, die Frau 72 Jahre alt ist und Wertsachen fehlen sollen, so wird jetzt ein durch dritte Personen verübtes Verbrechen angenommen. Die Untersuchung ist im Gange.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Flüchtig geworden ist in Leipzig nach Unterschlagung von etwa 5000 M. Kassengeldern und nach Beiseiteschaffung von 17 000 M. Privatgeldern der beim Fernsprechamt in Berlin beschäftigt gewesene 31 Jahre alte Beamte P. Wiesing. Auf seine Ergreifung und die Wiederherbeischaffung des Geldes sind 300 M. Belohnung ausgesetzt. — Die in Schmorditz bei Grimma wegen Kindestötung verhaftete 32 Jahre alte Dienstmagd Meißner aus Grechwitz hat auch eingestanden, bereits im Jahre 1899 ihr damals unehelich geborenes Kind getötet zu haben. Die Rabenmutter gab beiden Kinderchen in der Frauenklinik zu Leipzig das Leben und erdrückte die kleinen Wesen dann im Eisenbahnwagen während der Fahrt nach ihrem Wohnort. — Der Fleischergeselle aus Dippoldiswalde, der sich eine Blutvergiftung zugezogen hatte und im Krankenhause gestorben sein sollte, ist vorgestern wieder entlassen worden. Er ist zwar noch nicht völlig geheilt, bedarf aber nur noch kurze Zeit der Schonung. — Der 21 Jahre alte Gärtner Berndt aus Güldengossa wurde auf der Bahnstrecke Naunhof-Großsteinberg tot aufgefunden. Er hatte sich überfahren lassen.

Stadt-Chronik.

Schule und Eisenbahner-Maßregelung — wie reimt sich das zusammen? Man schreibt uns zu dieser sonderbaren Frage: Das [illegible]jährige Mädchen des bisherigen Eisenbahnarbeiters Kleische besucht die Gemeindeschule zu Cotta. Am 9. Januar wurde das Mädchen vormittags zwischen 8—9 Uhr aus der Schulstube herausgerufen und durch den Lehrer Lein einem Verhöre unterzogen, bei dem ein unbekannter dritter Mann als Augen- und Ohrenzeuge zugegen war. Das Kind wurde durch diesen Lehrer und den unbekannten Mann vielmals und in drängender Weise befragt, ob sein Vater die Arbeiter-Zeitung oder Eisenbahnerblätter (Weckruf der Eisenbahner) lese oder verbreite. Durch dies drängende Verhör ist das Kind in eine Zwangslage versetzt worden und hat in seiner Befangenheit Angaben gemacht, deren es sich nicht mehr klar erinnern kann. Einige Tage darauf, am 13. Januar, wurde der Vater dieses Mädchens, der bisherige Eisenbahnarbeiter Kleische, unter Kündigung des Arbeitsvertrages bei sofortiger Dispensation von jedem Dienste aus seiner zwölf Jahre innegehabten Arbeitsstelle von der Eisenbahnverwaltung entlassen. Da diese Entlassung ohne genügende Angabe von Gründen erfolgt ist, scheint die Vermutung wahrscheinlich, daß der Augen- und Ohrenzeuge bei dem Verhöre des Kindes zur Eisenbahnverwaltung Beziehungen hatte, vielleicht gar ein Eisenbahnbeamter war, der im Auftrage oder eigenem Interesse dieses Verhör veranlaßt hat. Der Lehrer hätte demnach seine verantwortliche Stellung dazu benutzt, um für den Augen- und Ohrenzeugen wissenswerte Angaben von dem Kinde zu erlangen.

In dem Schreiben wird weiter ausgesprochen, daß das Verhör des Kindes in direktem Zusammenhang mit der Entlassung des Vaters steht. Das ist zweifellos der Fall und die Schulbehörde in Cotta wird zu diesem Vorgang, der die schärfste Verurteilung verdient, Stellung nehmen müssen. Es ist nach unserer Meinung mit den pädagogischen Pflichten und der ganzen Stellung eines Lehrers unvereinbar, sich auf diese Weise zum Werkzeug des Unternehmers für Maßregelungen politisch „verdächtiger“ Arbeiter herzugeben. Wo soll dann das Vertrauen der Eltern zur Lehrerschaft noch herkommen?! Das Einreißen solcher Zustände ist heute um so gefährlicher, als man in der Pädagogik mehr und mehr auf eine — erfreulicherweise — individualistische Behandlung der Schulkinder zukommt, was aber zur Voraussetzung möglichst genaue Kenntnis der Verhältnisse, unter denen das Kind lebt, hat. Der Lehrer wird also in hohem Grade **Vertrauensperson der Eltern!** Er muß dann mit größter Gewissenhaftigkeit darauf bedacht sein, in dieser Stellung alles zu vermeiden, was den Eltern nachteilig sein könnte. Der Herr Lehrer, der in diesem Falle das Kind in so peinlicher Weise fragte und fragen ließ, hat diesen Grundsätzen auf das schwerste entgegengehandelt. — Es wäre auch sehr interessant zu erfahren, wer jener Auftraggeber gewesen ist, und ob er aus eigener Initiative handelte oder im Auftrage von höherer Stelle.

Das Hartwigblatt gegen das Oberbürgermeisterorgan. Wir registrieren hiermit folgenden boshaften Erguß der Dresdner Bürgerzeitung gegen das hiesige Amtsblatt des Rates, den Dresdner Anzeiger. Die Bürgerzeitung schreibt unter der ausnahmsweise großen, auffälligen Ueberschrift: Ein Verschweigungskunststückchen des Dresdner Anzeigers:

„Schon lange ist es uns aufgefallen, daß das aus reichen, im Besitze der Stadt befindlichen Stiftungsmitteln unterhaltene Amtsblatt des Rates mit nicht zu verkennender Geflissentlichkeit alle kraftvollen Aeußerungen eines gesunden, strebsamen Individualismus und einer auf dessen Stärkung und Kräftigung abzielenden Politik zu unterdrücken bemüht ist, dafür aber den Sumpfblumen des sog. wissenschaftlichen „Sozialismus“ eine äußerst liebevolle Pflege angedeihen läßt und den verschiedenen Richtungen der „Sozialpolitik“, insbesondere der nationalsozialen, die eingehendste Beachtung widmet. Ist eine Zeitung Partei-Organ oder gliedert sie sich einer bestimmten Partei in deren Diensten an, so wird man eine solche Stellungnahme der Redaktion derselben verständlich finden. Eine Zeitung aber, die sich selbst als „parteilos“ bezeichnet und die als amtliches Organ vieler Behörden u. a. auch die Pflicht hat, eine unparteiische, in der Hauptsache nur referierende Stellung allen Zeit- und Streitfragen gegenüber einzunehmen — eine solche Zeitung müßte doch in ihrer Berichterstattung etwas mehr Objektivität walten und erkennen lassen, als wir schon seit geraumer Zeit am Dresdner Anzeiger zu bemerken Gelegenheit hatten.“

Die Sache selbst, um die es sich dabei handelt, ist ja ganz gleichgültig; bemerkt sei nur, daß sich die Bürgerzeitung deshalb so aufregt, weil es sich um Hausbesitzerinteressen handelt, die der Anzeiger in einem Landtagsbericht nicht genügend gewürdigt haben soll. Wenn der Anzeiger gegen die Sozialdemokratie oder Hausagrariergegner schimpft und wettert, und da seine „Parteilosigkeit“ vergißt, so ist das der Bürgerzeitung natürlich ganz lieb. Doch ist dies ja nebensächlich; wir wollten nur zeigen, in wie anmaßender Weise das Hartwigblatt gegen das Amtsblatt vorgeht, weil es nicht ausschließlich sich zum Sprachrohr der Hausagrarier macht.

Ja Bauer, das ist ganz was anderes. In den Dresdner Nachrichten ließ man folgende Notiz: „Mit großer Besonnenheit hat sich in der Deputiertenkammer der Sozialistenführer Jaures über die alberne Legende geäußert, wonach Rußland im Jahre 1875 die französische Republik vor einem deutschen Ueberfall bewahrt haben soll. Von Deutschland heißt es vielmehr: „Deutschland verfiel wenigstens nicht nach dem Kriege mit Frankreich der Eroberungslust. Es wurde nicht von dem Rausche des Hochmuts und der Ländergier ergriffen, dem Frankreich unter Ludwig XIV. und Napoleon huldigte.“ Noch größer ist aber der Freimut von Jaures in dem Bekenntnis, daß er nicht recht an die Verdienste Rußlands glaube, daß im Jahre 1875 Deutschland von einem Angriffskrieg gegen Frankreich zurückgehalten haben soll. Er sagt in dieser Beziehung von Bismarck: „Der Staatsmann, der Deutschland gebildet hat, kannte nur die eine Sorge, sein Werk zu befestigen. Gortschakow hat wahrscheinlich im Jahre 1875 den Angriffsplänen Deutschlands gegen uns viel mehr Bestimmtheit zugeschrieben, als sie hatten. Die deutsche Politik war seit 1871 eine Politik der Vorsicht und der Verteidigung. Dafür schuf Bismarck auch das Einverständnis der drei Kaiser, das bis 1878 die Basis seiner Politik war und für Europa eine Friedensgarantie darstellte.“ Jaures führt dann weiter aus, wie sehr die deutsche Politik eine Friedenspolitik geblieben ist, und fügt, auf Frankreich zurückkommend, hinzu: „Und Frankreich wollte und will den Frieden ebenfalls. Um in der Welt eine entscheidende Friedensmacht zu werden, braucht Frankreich bloß die Stimme seines eigenen Gewissens zu befragen und die tönenden Phrasen und die Revanchelügen zu verwerfen, unter denen es vor anderen und vor sich selbst seinen wahren Gedanken verhüllt.“

Wir wollen nicht mit Jaures darüber rechten, ob er Bismarck richtig oder falsch einschätzt, denn das mindert sein Verdienst um die Bekämpfung des öden Chauvinismus nicht. Jaures' Worte haben in diesem Kampfe eine besondere Bedeutung, weil sich ein Träger dieses Namens, der Admiral Jaures, ein Oheim unseres Freundes, in den Kämpfen um Orleans großen Ruhm errang. Indessen — uns kommt es hier auf etwas anderes an, nämlich auf den Umstand, daß die Dresdner Nachrichten bei den französischen Sozialisten loben, was sie bei uns in den gehässigsten Worten zu tadeln pflegen. Wenn wir gegen den öden und blöden Chauvinismus, gegen die unsinnige Lehre vom „Erbfeinde“, gegen die gefährliche „patriotische“ Verhetzung der Schuljugend, die lächerliche Verhimmelung des Militarismus und Marinismus als der höchsten Kulturideale kämpfen, dann ist das bekanntlich mindestens ein Zeichen der „Vaterlandslosigkeit“.

Uebrigens sollten sich die Nouvelles de Dresde, bevor sie über fremde Politiker etwas schreiben, genügend unterrichten. Sie ernennen unseren Freund Jaures zum Deputierten (Abgeordneten) und lassen ihn eine Rede in der Kammer halten. Jaures ist aber bei den letzten Wahlen unterlegen und hat seine Ausführungen gegen den Chauvinismus in einem Artikel der Petite Republique (Kleine Republik), dem von ihm geleiteten Pariser Parteiorgan, gemacht. Bangt den Nouvelles de Dresde nicht um ihren Ruf in Paris. Sie können doch nicht verlangen, daß ihre Pariser Bewunderer wissen, wie sehr und wie erfolgreich sie sich bemühen, das dümmste Blatt Sachsens zu sein.

Warum man die Schwindsucht die Krankheit des armen Mannes nennt. Ueber dieses interessante Thema sprach am Sonnabend im Verein für Volksbildung Herr Dr. med. Schlesinger. Sozialhygiene, so führte der Vortragende aus, sei das Gebiet einer Wissenschaft aus neuerer Zeit, unter welchem man den Zusammenhang zwischen öffentlicher Gesundheitslehre und wirtschaftlicher Lage verstehe. Wenn die gesundheitlichen Verhältnisse eines Volkes sich bessern, dann seien auch die wirtschaftlichen im Aufschwung begriffen und ebenso sei dies umgekehrt der Fall. Es lasse sich die Thatsache nicht von der Hand weisen, daß der Wohlstand an und für sich gewisse Vorteile auf die Lebensdauer biete. Durch die Statistik sei es erwiesen, daß sogenannte bessere Klassen proportional länger leben als andere Stände. Diese Thatsache zeige sich ganz besonders bei der Kindersterblichkeit. Der Prozentsatz sterbender Kinder von armen Leuten — bei unehelichen Kindern noch mehr — sei ein weit größerer, als der von wirtschaftlich besser gestellten Personen. Da, wo es nicht mehr möglich sei, durch der Hände Verdienst auch nur die notwendigsten Bedürfnisse des Lebens zu bestreiten, treten diese Erscheinungen am markantesten hervor. Wer über Mittel verfügt, stehe den Krankheitsgefahren gegenüber viel gefeiter da, als derjenige, der von der Hand in den Mund lebt. Wenn man bedenke, daß jeder siebente Mensch in Deutschland an der Tuberkulose sterbe und jeder zweite früher oder später einmal an derselben erkrankt, so erscheine es verwunderlich, daß die Schwindsucht bei ihrer Ansteckungsgefahr nicht noch viel größere Verheerungen anrichte. Der Krankheitserreger, der Tuberkelbazillus, könne sich aber nur bei dem Menschen einnisten, der zu Lungenschwindsucht neigt. Bei einer normal gebauten und gesunden Lunge könne er keinen Schaden anrichten, gehe vielmehr bei den Schleimabsonderungen wieder ab. Zur Verhütung und Vermeidung der Tuberkulose sei vor allem nur eine gute Ernährung des Körpers notwendig. Werde der Körper nicht gut ernährt, sei er auch viel leichter der Krankheit ausgesetzt. Somit könne es auch gar keinem Zweifel unterliegen, daß bei einer Verteuerung der Lebensmittel für den Arbeiter die Gefahr einer vermehrten Tuberkuloseerkrankung eintreten muß, wenn nicht gleichzeitig auch die Arbeitslöhne steigen. Außer der Ernährung seien aber auch die Wohnungsverhältnisse von größter Wichtigkeit. Wenn die Sonne, die bekanntlich bei Bekämpfung des Tuberkelbazillus außerordentlich mithelfe, nicht überall hinkönne, wie in Mietskasernen und Hinterhäusern, sei die Gefahr einer Tuberkuloseerkrankung für die Bewohner außerordentlich groß und werde um so größer, je mehr Individuen eine Wohnung teilen. Gerade die Ansteckung in der Wohnung spiele eine große Rolle; am gefährlichsten sei der Fußboden. Die Aufnahme von Aftermietern habe gleichfalls ihre bedenklichen Seiten. Von großem Einfluß für die Erwerbung der Schwindsucht seien aber auch die Berufsarten. Der gesündeste Beruf sei der des Rentiers, alle anderen wirken mehr oder minder nachteilig auf die Gesundheit des Menschen. Der Tuberkuloseerkrankung am meisten seien aber die Arbeiter zugänglich, die dem metallischen und mineralischen Staub ausgesetzt sind, sowie die in der Textilbranche beschäftigten, schließlich aber auch alle diejenigen, die sehr wenig an die frische Luft kommen, wie Schreiber, Kellner usw. Ist also für den wirtschaftlich schwächer Gestellten die Gefahr einer Tuberkuloseerkrankung viel eher vorhanden, als für den wirtschaftlich stärkeren, so sind auch die Aussichten der Gesundung für den Vermögenden viel besser, als für den Unbemittelten. Ein mit

---

ließe ihn mit ihrer Beredsamkeit wieder hoch bringen könnte, und es ist, als rede Rieke in den Wind. All das Kluge und Gescheite, was sie sagt — und sie sagt vieles, was ans Herz greifen könnte — findet nicht die rechte Resonanz. Aber trotzdem — man mache nicht Aufhebens davon. Dieses dritten Aktes wegen, der gewiß stark wirkt, fällt das Stück noch nicht. Es ist eine echte Komödie, die und zwar wohl stärker im Wollen, als im Gestalten, im Aufbau nicht einwandsfrei, aber schon so, wie sie ist, von großem Reichtum an Gestaltungskraft und von einem so gesunden, starken, aus ernster Weltbetrachtung gewonnenen Humor, daß man den bedauern muß, der ihn nicht spürt.

Wie auf das Publikum, so hatte das Stück auf die Darsteller gewirkt, die ihr Bestes mit offensichtlicher Freude gaben. Wenn Frau Salbach noch einen Beweis dafür zu erbringen gehabt hätte, daß sie eine große Gestaltungskraft besitzt, am Sonnabend hätte sie ihn erbracht in der Rolle der Rieke, die doch aus ihrem gewöhnlichen Rollenfach herausfällt. Die Aufgabe, derb zu sein in Worten und Bewegungen und zugleich von einer erhebenden Frische und überzeugenden gesunden Gesinnung, die hat sie gelöst. Und was in kleineren Rollen die Herren Gebühr und Müller leisteten, das stand ihrer Leistung nicht nach. Herr Wiecke spielte den Pastor, glücklich in der Betonung des Asketen in Hans Dahl, aber etwas zu zerfließend im Wesen, mit nicht genügender Vermischung von Ruhe und Festigkeit, die doch schließlich vorhanden sein müssen, um namentlich die Umwandlung im letzten Akt begreiflich zu machen. Im Ganzen war es ein Ehrentag für das Hoftheater; für die Direktion, die sich des eigenartigen Stückes vor allen anderen Theatern annahm, und für Regie und Darsteller, die es würdig herausbrachten.

gm.

Konzerte. (Lewingerquartett III. — Lamond IV.) Mit Robert Volkmanns Streichquartett in G-moll op. 14 begann der vierte Kammermusik-Abend der Herren Max Lewinger, Erdmann Warwas, Richard Rokohl und Ferdinand Liliencron am letzten Montag. Volkmann (gest. 1883) war ein einst hochgeschätzter Komponist. Zu einer Zeit, in der die Vollendung der Form, der glatte äußere Zuschnitt der Tonwerke besonderes Wohlgefallen fand, in der man über den Mangel an origineller Erfindungsgabe gern hinwegsah, wenn nur kein Verstoß gegen die Regeln vorkam, galt er für einen der vollendetsten Meister. Heute verschwinden seine Werke allmählich von den Programmen, in erster Linie der Sinfoniekonzerte. In der Kammermusik dagegen trifft man sie noch mehr an. Das liegt zum Teil an Gründen, die für den gesamten Bereich der Kammermusik Geltung haben, nämlich der Vernachlässigung, der dieses Gebiet überhaupt von seiten der neueren Komponisten mehr und mehr anheimfällt. Dadurch, daß fast gar keine guten, wirklich hervorragenden Kammermusikwerke geschrieben werden, haben Tondichter, wie Volkmann, dort immer noch ihren Platz behauptet. Als zweites Werk brachte das Programm das Streichquartett op. 51 in Es-dur des begabten, aber einseitigen Tschechen A. Dvorak. Der große Reiz, den er ausübt, liegt in dem starken Betonen slawischen Wesens. Daneben verfügt er aber auch über eine große Portion von Temperament und gründlichem, musikalischem Wissen, das sich aber bei ihm nicht als Hauptsache vordrängt. Den Schluß des Abends bildete das herrliche B-dur-Trio op. 97 von Ludwig van Beethoven, zu dessen Ausführung die Herren Lewinger und von Liliencron sich mit Herrn Ferruccio Busoni vereinigten, einem der jüngeren Meister des Klavierspiels. Seine Eigenart zeigt sich in gleicher Weise in Auffassung, wie in der technischen Ausführung der Werke. Dort männlich edler Vortrag, hier klarer, kräftiger, runder Anschlag. Es lag in seiner Darbietung vor allem viel Gesundes. Die Wiedergabe des Trios zeigte manche überraschende Züge, die von der herkömmlichen Ausführungsweise abwichen. Das erweckte aber nie den Eindruck einer bloßen Sucht nach Neuerung, sondern das Gefühl, daß ein eigenartiger Künstler seine Persönlichkeit im Stücke durchsetzte. — Der andere Pianist, der in dieser Woche noch konzertierte, ist unseren Lesern bereits bekannt, es ist Herr Fred. Lamond. Er veranstaltete am Donnerstag seinen letzten (4.) Beethovenabend. Ich muß dahingestellt sein lassen, ob Lamonds Beethoven-Interpretation die richtige ist. Trotz allen Beifalls, den sie von vielen Seiten findet, kann ich mich nicht dafür erwärmen. Busoni kann mich überzeugen, Lamond nicht. Um das zu begründen könnte ich nur bereits gesagtes wiederholen; denn meine Züge zeigte selbstverständlich auch der letzte Abend nicht. -a-

Kleine Nachrichten aus Kunst und Wissenschaft. Der Vorstand der deutschen Orientgesellschaft hat beschlossen, während dieses und des nächsten Winters auf der ägyptischen Ruinenstätte Abusir (etwa 3 Stunden südlich von Kairo) Grabungen zu veranstalten. Die großen babylonischen Unternehmungen der Gesellschaft werden hierdurch in keiner Weise beeinträchtigt werden, da die für Abusir erforderlichen Mittel von einem Mitgliede des Vorstandes zur Verfügung gestellt wurden. —

Professor Birkeland, der durch seine Forschungen über das Wesen des Nordlichts und durch seine Sonnenfleckentheorien bekannte norwegische Gelehrte, rüstet jetzt zu einer neuen Expedition, der größten aller bisher zu derartigen Zwecken entsandten. Und zwar soll diese Reise als Glied einer internationalen Unternehmung die Polarregionen erforschen. Birkeland hat die Ursache der rätselhaften Nordlichterscheinungen auf gewaltige elektrische Strömungen in den oberen Schichten der Atmosphäre zurückgeführt. Diese Strömungen sind nach Birkelands Anschauung auch die Ursache gewisser Wetteränderungen, die sich bisher der Beobachtung der Meteorologen entzogen haben. Birkeland hat den Schlüssel dazu gefunden und dadurch einer viel genaueren Wettervoraussage die Wege gebahnt, was für Schiffahrt, Landwirtschaft, Fischerei usw. von großer Bedeutung sein kann. Um der Frage der elektrischen Luftströmungen auf den Grund zu kommen, sollen nun die Untersuchungen in größerem Maßstabe fortgesetzt werden, indem ein Forschungsnetz über die ganze Erdkugel gespannt werden soll. Drei Expeditionen unternehmen gleichzeitig magnetische Beobachtungen in den arktischen Gewässern, und außerdem werden an etwa 30 Observatorien in verschiedenen Erdgebieten ergänzende Arbeiten unternommen. Von dieser weltumspannenden wissenschaftlichen Unternehmung ist die Birkelandsche Expedition in die arktischen Gewässer ein wichtiges Glied, um so mehr als Birkeland ein Forscher ist, der schon sehr wichtige Beiträge zur Lösung des Nordlichträtsels geliefert hat.

Vom nächsten Sommerhalbjahr ab wird auch an der Berliner Universität technischer Unterricht erteilt werden, wie dies in Göttingen schon seit längerer Zeit geschieht und dort sich auch bestens bewährt hat. Es handelt sich dabei natürlich nicht um Unterricht für Techniker und Ingenieure, deren Ausbildung den technischen Hochschulen obliegt, sondern lediglich darum, den Studierenden aller Fakultäten, insbesondere den Naturwissenschaftlern, Mathematikern, Chemikern und Landwirten, namentlich aber den Juristen und künftigen Verwaltungsbeamten, einen Einblick in die mit ihrer Sonderwissenschaft auf das engste zusammenhängenden Unterrichtungen und Fragen technischer Art zu gewähren. Damit hängt die Ernennung des Geheimen Regierungsrats Professor Slaby von der Technischen Hochschule in Charlottenburg zum ordentlichen Honorarprofessor an der Berliner Universität zusammen. Er wird, wie die Nat.-Ztg. hört, in jedem Sommerhalbjahr für die Universitätsstudierenden eine kurze Vorlesung über das Fach, in dem er als anerkannter Meister und als wissenschaftliche Autorität gilt, über Elektrotechnik halten. Ferner wird der jetzt zum außerordentlichen Professor an der Berliner Universität ernannte Professor der Technischen Hochschule Eugen Meyer über Einführung in die moderne Maschinenlehre für Studierende aller Fakultäten und besonders für künftige Verwaltungsbeamte, sowie weiter über ausgewählte Abschnitte aus der technischen Physik für Studierende der angewandten Mathematik und Physik lesen. Endlich ist noch eine Anleitung über Maschinenkunde mit Zeichenübungen für Chemiker in Aussicht genommen; der für dieses Fach ausersehene Dozent ist jedoch noch nicht ernannt.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020127/7
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Tuberkulose behafteter Mensch kann nicht so weiter arbeiten wie in gesunden Tagen, er verdient infolgedessen weniger, kann sich schlechter nähren und der Heilungsprozeß geht, wenn überhaupt, so doch bedeutend langsamer vor sich. Gerade in der Zeit der Genesung lasse die Krankenkassenrente meistens den Arbeiter im Stich. Die Folge davon sei aber, daß dann die Frau des Verdienstes wegen auf Arbeit gehen müsse und der Mann zu Hause die Wirtschaft führe, letzterer aber dann vielfach die ganze Familie anstecke. Zur Bekämpfung der Schwindsucht habe man nun auch Heilstätten errichtet. Der Nutzen derselben sei aber trotz der großen Kosten bisher ein relativ geringer gewesen, weil erstens die Kranken meist zu spät dahin kommen und zum anderen auch viel zu wenig Kranke in den Heilstätten aufgenommen werden können. Außer den wirtschaftlichen Momenten aber gebe es auch noch andere, die der Verbreitung der Schwindsucht förderlich seien. Und da sei in erster Linie der übermäßige Genuß von Alkohol in seinen verschiedenen Formen zu nennen. Dem habe man auch mit die hohe Prozentziffer der Schwindsüchtigen unter dem Kellnerstande zuzuschreiben. Am Schluße seines Vortrages betonte Referent, daß trotz alledem kein Grund vorliege, allzu schwarz in die Zukunft zu sehen. Es habe sich gezeigt, daß die Bekämpfung der Tuberkulose gar nicht so aussichtslos sei, daß vielmehr mit Aufwendung großer Mittel und Aufbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse die Möglichkeit vorhanden ist, die Schwindsucht einmal ebenso auszurotten, wie dies mit den Pocken geschehen.

Achtung, Blumenarbeiter! Man schreibt uns: Am Dienstag den 28. Januar, abends 9 Uhr, findet im Gewerkschaftshause (oberer Saal) eine öffentliche Versammlung der Blumenarbeiter und Arbeiterinnen statt. Genosse Zimmermann wird über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation referieren. Arbeiter, Parteigenossen, an Euch ist es, Eure Frauen und Töchter, die in der Blumenbranche beschäftigt sind, auf diese Versammlung aufmerksam zu machen, damit auch sie sich dem Zentralverband der Blumenarbeiter anschließen.

Die Beerdigung des Genossen Becker fand am Sonnabend nachmittag unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung von Freunden und Genossen des Verstorbenen statt. Besonders bemerkte man unter den Leidtragenden viele ältere Genossen, die es sich nicht hatten nehmen lassen, ihrem früheren Mitkämpfer in schwerer Zeit das letzte Geleit zu geben. Reichstagsabgeordneter Franz Hermann folgte von seinem [illegible] Lager dem Sarge des toten Freundes. Wohl an 300 Personen begleiteten den Sarg vom Trauerhause in der Glashütter Straße zur dem Trinitatisfriedhof, wo eine gleich große Menge ihn erwartete. Reichen Blumenschmuck zeugte von der Achtung, deren sich der Verstorbene erfreute. Der Arbeitergesangverein Liederhalle, dem der Verstorbene bis zu seinem Tode angehört hatte, sang einige Grablieder und die alte Fahne des Vereins wurde dem Sarge vorangetragen. Einer nach dem anderen der alten Genossen sinkt ins Grab. Möge die junge Generation um so eifriger weiter kämpfen.

Verschollen. Man schreibt uns: Von dem seit 23. September 1901 verschollenen Tischler Adolf Reichelt ist bis heute keine Spur aufzufinden gewesen und unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß derselbe nicht mehr unter den Lebenden weilt. Der Bedauernswerte hatte als Opfer der Proletarierverhältnisse seit einer Reihe von Jahren hart um seine Existenz zu kämpfen, so daß er sich und die Missionsleiden seiner Freunde angewiesen war; das hat ihn zur Verzweiflung getrieben. R. war einer unserer besten Parteigenossen, der, von einem unerschütterlichen Rechtsgefühl durchdrungen, stets für unsere Sache thätig war und bauernschlau unter dem Sozialistengesetz wacker mitgekämpft hat. Wenn er auch öffentlich wenig hervorgetreten ist, so war er doch in der Kleinarbeit ein ganzer Mann. Alle Dresdner Parteigenossen, die den Verschollenen kannten, werden ihm ein treues Andenken bewahren als einem treuen Kämpfer für unsere großen Ziele.

Gültigkeitserweiterung der Arbeiterwochenkarten. Mit Rücksicht auf die jetzt infolge schlechten Geschäftsganges eingetretenen Abkürzungen der Arbeitsdauer hat die Staatsbahnverwaltung verfügt, daß vom 27. Januar ab bis auf weiteres die im sächsischen Binnenverkehre gültigen Arbeiter-Monats- oder Wochenkarten zu einer täglichen Hin- und Rückfahrt, oder zu einer täglichen einfachen Fahrt und gewisse Arbeiter-Rückfahrkarten vormittags bis 9 Uhr (statt bis 8 Uhr) und nachmittags schon von 2 Uhr (statt von 4 Uhr) an zu allen Zügen mit 4. Klasse benutzt werden dürfen. Es handelt sich hierbei nicht um eine dauernde, sondern nur um eine vorübergehende Einrichtung.

Leihamtsverkauf. Bei der Leihamtsgeschäftsstelle in Dresden-Neustadt, Hauptstraße 1, ist Dienstag der 4. Februar als letzter Tag festgesetzt, bis zu dem die in den Monaten Oktober und November 1901 fällig gewordenen Pfänder zurückgezahlt oder Darlehnsfristen anderweit verlängert werden können. Zur Sammelstelle werden die betreffenden Pfänder bald verbringen. Die Geschäftszeit ist durchgehend von früh 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr.

Vermischte Nachrichten. In einem Gartengrundstück in der Kaiserstraße in der Neustadt wurde in der Nacht zum Sonnabend um 4 Uhr ein in diesem Hause dienendes Mädchen in bewußtlosem Zustande mit einer Beule am Hinterkopfe und einigen geringen Schnittwunden an den Händen aufgefunden und nach dem Krankenhause überführt. Man nahm zunächst an, daß das Mädchen das Opfer eines Raubanfalles geworden sei. Diese Annahme hat sich indessen nicht bewahrheitet. Nach Vernehmung des wieder zum Bewußtsein gelangten Mädchens fehlen irgendwelche Gegenstände überhaupt nicht, und so nimmt die Kriminalpolizei, die sofort die Erörterungen aufgenommen hat, an, daß ein Racheakt oder eine Verwechselung der Person vorliegen dürfte. Das verletzte Mädchen will am Freitag in der elften Stunde abends nach Hause zurückgekehrt sein und einen Schlag von hinten auf den Hinterkopf erhalten haben, als sie bereits im Begriff war, die Thüre zu verschließen. Demnach müsse sich der Thäter zur Zeit des Ueberfalles innerhalb des Grundstückes aufgehalten haben. —

Wie nun diese ganze Neuerung einem tief empfundenen Bedürfnisse entspricht, geht wohl auch daraus hervor, daß an der Universität Jena eine ähnliche Einrichtung mit den reichen Mitteln der Zeiß-Stiftung gegenwärtig vorbereitet wird. —

Ueber den außerordentlich starken Staubregen, der im März 1901 niederging, wird demnächst das Berliner meteorologische Institut eine ausführliche Arbeit veröffentlichen. Sie wird unter Beifügung zahlreicher Tabellen und Karten eine erschöpfende Auskunft geben über Herkunft, Verbreitung, Fortkommen und Thätigkeit dieses Staubfalles. Erwähnt sei, daß die Ausdehnung dieses Staubfalles, dessen Wüstencharakter durch mineralogische Untersuchungen unzweifelhaft festgestellt ist, sich über 25 Breitengrade oder 2800 Kilometer erstreckte, eine Landstrecke von 800000 Quadratkilometer und eine Wasserfläche von 300000 Quadratkilometer mit Staub bedeckte, dessen Gewicht auf 1800000 Tonnen geschätzt worden ist. Zwei Drittel davon sind südlich der Alpen niedergefallen.

Der Entwurf Lederer-Schaudt für das Hamburger Bismarckdenkmal ist nun einstimmig zur Ausführung angenommen worden. Zur Herstellung des Denkmals steht ein Betrag von 120000 M. zur Verfügung. —

Litterarisches. Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 17. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Zuchtwahl und Zuchtwahlung. — F. J. Bachmann (1861—1901). Von Dr. Gehmir v. Keller-Kraus. — Ein moderner Erziehungsroman. Von H. Ströbel. — Die Kinderarbeit in der Sonneberger Spielwarenindustrie. Von P. Reichardt-Erfurt. — Zur Frage der Arbeitslosenversicherung. Von Hermann Molkenbuhr. I.

Die Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz' Verlag) bringt in Nr. 3 des 12. Jahrgangs folgende größere Aufsätze: Das Herrnhaus. — Die Lage der Frauen in der Lodzer Textilindustrie. Von M. H. — Vom Schutz erwachsener Arbeiterinnen im Ausland. Schweiz. Oesterreich-Ungarn. Die Niederlande. Von a. ha.

Der wahre Jakob. 19. Jahrgang. Nr. 3.

Simplicissimus, Illustrierte Wochenschrift. München, Albert Langen. 6. Jahrgang, Nummer 45.

Einer 68 Jahre alten Frau wurde das Sparkassenbuch gestohlen und am Sonnabend den 18. d. M. im städtischen Leihamte, Marienstraße, für 250 M. versetzt. Es wird dringend gebeten, irgend welche Wahrnehmungen betreffs des Diebes der Kriminalabteilung oder im Leihamte zu melden. — Gestern vormittag gegen 10 Uhr wurde eine ungefähr 70 Jahre alte Frau in einem Straßenbahnwagen der Linie Friedrichstraße-Blasewitz von einem Schlaganfall betroffen und mittels Droschke vom Postplatz aus dem Friedrichstädter Krankenhause zugeführt.

Bezirksausschuß-Sitzungen. Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt hielt gestern eine öffentliche Sitzung ab. Zu Sachverständigen in Enteignungsangelegenheiten beim Bau der elektrischen Straßenbahn Löbtau-Plauen-Potschappel-Hainsberg wählte man die Herren Oberregierungsrat Kraft-Dresden, Gemeindevorstand Vogel-Somsdorf, Gen. Oekonomierat [illegible]-Niedersedlitz, Regierungsbaumeister Rumpelt-Dresden und Baumeister Timmel-Potschappel. — In der sich anschließenden nichtöffentlichen Sitzung verhandelte der Bezirksausschuß über Konzessionsgesuche Bruno Hennigs in Cotta, Paul Friedr. Naumanns in Leutewitz, Robert Jahns in Plauen (Uebertragung), der Therese Hedwig verehel. Glabs in Mügeln für Niederwartha (Uebertragung), Max Kaulfuß in Cossebaude, des Kaufmanns Otto Zenisch in Niedersedlitz (Uebertragung), Joh. Heinr. Treptes in Tharandt (Uebertragung), Karl Heinrich Schlesingers in Plauen für Löbtau, des Hausbesitzers Karl Aug. Motog in Löbtau und Franz Otto Heidenreichs in Potschappel für Kleinnaundorf sowie ferner über die Betreibung eines Trödelhandels durch Gustav Emil Klug in Löbtau, über die Auseinandersetzung in Bezug auf das Bezirksvermögen mit dem Rate zu Dresden, einen Nachtrag zum Statut des Gemeindeverbandes Elektrizitätswerk Elbthal und einige Rekurse. — Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt begutachtete in seiner gestrigen öffentlichen Sitzung befürwortend die Konzessionsgesuche Weiß in Lößnitz zum Betriebe der Gastwirtschaft einschließlich des Branntweinschanks, sowie zum Ausspannen und Kripvenstehen im Kurbad daselbst (Uebertragung), Koppelts in Weißer Hirsch um Ausschank von Bieren besonderer Art (Grätzerbier, Weißbier und Porterbier) aus Flaschen oder Krügen, sowie um Verschank von feinen Likören unter Beschränkung auf Grätzer- und Porterbier und Häbners in Eisenberg um Bier-, Branntwein- und Kaffeeschank während der drei Eisenberger Krammärkte. Ueber das Gesuch Hennigs in Dresden um Konzession zum Betriebe der Schankwirtschaft einschließlich des Branntweinschanks in dem baulich erweiterten Spitzhaus in Oberlößnitz, für welches bereits seit 1889 des öfteren durch Eingaben an die Amtshauptmannschaft und durch Immediatgesuche an den Hof versucht worden ist, die Konzession zu erlangen, die aber wegen ungenügender Räumlichkeiten bezw. mangelnden Bedürfnisses abgewiesen worden ist, während die Verhältnisse gegen früher sich nun zum Teil geändert haben, wurde die Entschließung in die geheime Sitzung verlegt. Anerkannt wurde, daß das Spitzhaus zwar der schönste Aussichtspunkt in der Lößnitz ist und es für Touristen und Spaziergänger wohl wünschenswert sein könnte, an dieser Stelle auch Gelegenheit zur Erholung und körperlichen Stärkung zu finden; ein örtliches Bedürfnis dagegen ist nicht vorhanden. — Abfällige Entschließung faßte der Bezirksausschuß zu den Gesuchen des Gastwirts Piepsch in Kochwitz um Abhaltung von Tanzvergnügen für geschlossene Gesellschaften und zur Veranstaltung von Singspielen usw., des Kaufmanns Kubik in Leuben um Kleinhandel mit Kognak, Rum und besseren Likören in versiegelten und verkapselten Flaschen und Schmidts in Radebeul um Kaffee- und Bierschank. Genehmigt bezw. befürwortet wurden weiter je ein Nachtrag zum Ortsstatut für die Gemeinde Klotzsche, die Berufsmäßigkeit dortiger Gemeindebeamten betreffend, und zum Ortsgesetz der Gemeinde Niederlößnitz über die Krankenversicherung der Dienstboten sowie eine neue Anlagenordnung für die Gemeinde Trachau. Zum gewerblichen Sachverständigen für das Enteignungsverfahren anläßlich des Baues der Verbindungsbahn Pieschen-Schlesischer Bahnhof wählte man Herrn Fabrikdirektor a. D. Friedr. Franz Kühne. Eine geheime Sitzung folgte.

Polizeibericht. Ein angeblicher Bahnbeamter Rudolf Röder — angeblich von Großenhain hierher versetzt — hat sich am 14. d. M. bei einer Arbeiterswitwe in der Neustadt eingemietet. Unter der Angabe, sofort eine Uniform zu benötigen, hat er die Wohnungsinhaberin veranlaßt, ihm 50 M. zu leihen. Sicher gemacht hat er sie durch Vorzeigen eines Telegramms, nach dem ihm sein Vater die Absendung von 50 M. mitteilt. Dieses Telegramm hat Röder selbst abgefaßt, auch seine sonstigen Angaben waren erlogen. Nach den neuerlichen Feststellungen ist der Schwindler identisch mit dem 24 Jahre alten Kontoristen Paul Max Kreßmann aus Neuschönfeld. Die Polizeibehörde ersucht, beim Wiederauftreten des Schwindlers dessen Festnahme veranlassen zu wollen.

Versammlungskalender für Dienstag.

Blumenarbeiter und Arbeiterinnen. Abends 9 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus.

Tapezierer. Abends ½9 Uhr Versammlung bei Adams, Kaufbachstr. 16.

Schuhmacher. Abends 9 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus.

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands. Abends ½9 Uhr Versammlung in Mickels Restaurant, Schönbrunnstr. 1.

Soziales.

Die Lasten der Arbeiterversicherung. Die „schwere Belastung der Industrie“ durch die Arbeiterversicherung gehört noch immer zu den beliebten Klagen des Unternehmertums. In Wirklichkeit ist die Belastung so außerordentlich geringfügig, daß die Klagen darüber lächerlich erscheinen. In den Berichten über die Betriebsergebnisse der preußischen fiskalischen Bergwerks-, Hütten- und Salinenbetriebe werden die Ausgaben für die gesamte Arbeiterversicherung genau nachgewiesen. Danach wurden für diesen Zweck ausgegeben im Etatsjahre 1900: 6153004 M., 1899: 6317712 M., 1898—99: 5180591 M. Arbeiter wurden in diesen beschäftigt: 1900: 72727, 1899: 69863, 1898—99: 66790. Es betrug danach die Ausgabe für die Versicherung pro Kopf in derselben Reihenfolge der Jahre: 84,60 M., 93,00 M., 77,55 M. Die erhebliche Differenz in den drei Jahren erklärt sich aus dem Umstand, daß 1899 eine Aenderung des Etatsjahres eintrat, so daß im Jahre 1899 mehr ausgegeben werden mußte, während im Etatsjahre vorher weniger ausgegeben wurde. Im Durchschnitt der drei Jahre betrug die Ausgabe pro Kopf 84,30 Mark. Dabei vergegenwärtige man sich, daß der Ueberschuß, den die Staatskasse aus den Werken einheimste, per Kopf betrug 1900: 647 M., 1899: 548 M., 1898—99: 450 M.

Das Wesentliche, wenn man von einer Belastung der Industrie reden will, ist aber das Verhältnis dieser Ausgaben zum Werte der erzeugten Produkte. Dieser betrug 1900: 210853647 M., 1899: 184888399 M., 1898—99: 163213047 M. Es betrugen also die Ausgaben für die Arbeiterversicherung im Verhältnis zum Produktionsertrag: 1900: 2,91 Prozent, 1899: 3,41 Prozent, 1898—99: 3,11 Prozent und im Durchschnitt der 3 Jahre 3,14 Prozent.

Also rund 3 Prozent der Produktion beträgt die ganze Belastung der „Industrie“ in den preußischen Staatsbergwerken und Hütten. Von einer schweren Belastung kann doch da im Ernste nicht geredet werden.

Bei den Krankenkassen Berlins betrug der Mitgliederbestand auf 1000 männliche Einwohner gerechnet im Jahre 1892 noch erst 316, im Jahre 1896 schon 354 und 1900 gar 397. Das zeigt deutlich, wie auch in Berlin die Arbeiterschaft immer mehr wächst.

Vermischtes.

Amtsdeutsch. In den Nouvelles de Dresde, sonst auch unter dem Namen Dresdner Nachrichten bekannt, findet sich folgende schöne Notiz:

„In Hochheim sind am 22. Januar abends 7400 M. bares Geld in Kondukten mit Aufdruck „Karl Möller, Hochheim“ durch 3 Ausländer, anscheinend Kroaten, geraubt worden. Zwei der Thäter sind über Kapellen linksrheinisch in den Koblenzer Stadtwald geflüchtet; von ihnen ist der eine möglicherweise durch Revolverschuß verwundet. Beide sind von großer Statur, schwarz gekleidet, mit großen Schlapphüten versehen und im Besitz von Revolvern; sie sollen etwa 22 Jahre alt sein und blonde Schnurrbärte tragen. Der dritte Thäter ist kleiner und älter als die beiden anderen. Um Festnahme der Thäter wegen Straßenraubs und Mordversuchs und Verbreitung vorstehender Nachricht ersucht die Staatsanwaltschaft Neuwied.“

Es ist recht, daß die Staatsanwaltschaft endlich gegen die Sprachverhunzer losgehen will, aber ob man sie gleich so rauh wie die Räuber anfassen soll, das dürfte zu bezweifeln sein.

Ein Fall des krassesten Aberglaubens beschäftigte, nach der Tägl. Rundsch., das Schöffengericht in Bunzlau. Der Stellenbesitzer B. aus Nieder-Großhartmannsdorf war von der Stellenbesitzersfrau K. des Zaubers und der Hexerei beschuldigt worden. Zunächst hatte die K. behauptet, daß sich abends von 9 Uhr ab in der Wohnung des Klägers die Geister zum Stelldichein träfen. Um das Haus wäre entsetzliches Geheul zu hören, Erscheinungen verschiedener Art wären wahrnehmbar, und um die Person des B. herum soll es erst gar nicht geheuer sein. Durch „Sauerteig“ soll es bewerkstelligt worden sein, daß das Vieh der Frau K. so wenig Erträgnis abwarf, und daran wäre niemand anders Schuld gewesen, als der Kläger. Der „Bann“ ist erst, wie die Stellenbesitzerin behauptet hat, durch das Erscheinen einer Zigeunerin gebrochen worden. Die abergläubische Frau erhielt eine empfindliche Geldstrafe, verbunden mit Tragung der Kosten.

Der Volksschriftsteller Pfarrer Hansjakob erzählt in seinem neuesten Buch: Verlassene Wege folgendes lustige Geschichtchen aus dem Schwarzwald: „Ein Mädchen vom Lande, das mich öfters hatte predigen hören, kam zu mir auf meine Stube und trug vertrauensvoll das folgende vor: Sie möchte gern heiraten, aber in ihrem Gebetbuche stehe eine so große Lobrede auf die Jungfräulichkeit, daß ihr immer wieder Bedenken bekomme, das auszuführen, was sie selbst und ihre Eltern wünschen. Ein braver Bursche, der ihr wohl gefalle, habe um sie angehalten, aber sie könne keinen Entschluß fassen, weil ihr jeden Sonntag, wenn sie in der Kirche ihr Gebetbuch aufmache, das Gebet über die Jungfräulichkeit in die Augen komme und sie wieder unruhig mache. Ich ließ mir das Gebetbuch geben, riß das Blatt, welches die Skrupeln hervorrief, heraus und gab der Heiratslustigen das Buch zurück mit den Worten: „So Jungfer, das Gebet will ich für mich behalten, und Ihr geht jetzt heim und heiratet.“ Glücklich über diesen Rat ging das Mädchen von dannen. Nach einem halben Jahr begegnete ich ihr wieder auf der Straße. Sie kam auf mich zu, gab mir die Hand und sprach: „I dank au vielmol für Ei gnate Rot; i hau Euch g'folget und bin ganz glücklich.“ Und ich war auch froh, zu diesem Glück beigetragen zu haben.

Briefkasten.

M. W., Blasewitz. 1. Nein. 2. Ist zweifelhaft. 3. Nur innerhalb eines Vierteljahrs vom Fälligkeitstage ab.

K. M., Eichenstraße. 1. Jawohl. 2. Ja, auch dann.

M. M., Förstereistraße. Das kommt auf die einzelnen Umstände an. Nach dem, was Sie uns angeben, scheint die Haftpflicht der Wirtsleute vorzuliegen.

H. Sch., Löbtau. Der Vormund mag sich beschwerdeführend an die Obervormundschaft wenden. Unter den angegebenen Umständen wird er sicher Recht bekommen. Eine Klage kann Ihnen nichts anhaben.

C. H., Freibergerstr. Wenden Sie sich an den Kassenvorstand. Wir mischen uns nicht dahinein.

E. O., Uebigau. Schulpflichtige Kinder werden bei öffentlichen Tanzmusiken nicht geduldet, auch nicht, wenn sie unter Aufsicht von Angehörigen sind.

P. G. u. Sch., Wilsdruff. Wir lehnen eine Veröffentlichung des Eingesandten ab.

K. Sch., Niederlößnitz. Ein öffentlicher Billetverkauf hat nicht stattgefunden. Wir konnten daher auch keine Notiz darüber bringen. Das beste wird sein, Sie teilen Ihre Wünsche dem Vereinsvorstande selber mit.

K. J., Löbtau. Wenn Ihre Frau kein Einkommen hat, braucht Sie auch keine Steuern zu zahlen. Reklamieren Sie vorschriftsmäßig.

A. M., Cotta. 1. Die Polizei geht das überhaupt nichts an. Ein Strafantrag muß bei der Staatsanwaltschaft gestellt, kann aber zurückgezogen werden. 2. Durch 1 erledigt. 3. An beiden ist eine amtliche Regelung.

C. H., Pfotenhauerstraße. Wir können be' i besten Willen aus Ihren Fragen nicht herausfinden, was Sie wollen.

Dresdener Theater.

Montag den 27. Januar.

Opernhaus. (Altstadt.) (Große Preise.) Die Folkunger. Große Oper in vier Akten von S. H. Mosenthal. Musik von Edmund Kretschmer. Anfang halb 8 Uhr.

Dienstag: Werther.

Schauspielhaus. (Neustadt.) Miß Hobbs. Lustspiel in vier Aufzügen von Jerome K. Jerome. Deutsch von Wilhelm Wolters. — Anfang halb 8 Uhr.

Dienstag: Des Pastors Rieke.

Residenztheater. Letztes Gastspiel des Herrn Adalbert Matkowsky. Kean oder Genie und Leidenschaft. Schauspiel in fünf Akten und einem Zwischenspiel (Drury-Lane-Theater 1820) von Alex. Dumas. Anfang ½8 Uhr.

Dienstag: Die Fledermaus.

Central-Theater.
Variété.
Täglich Vorstellung.
Einlaß 7 Uhr. Anfang ½8 Uhr.
Sonn- und Feiertags 2 Vorstellungen:
Nachmittags (ermäßigte Preise) Einlaß 3 Uhr, Anfang ¼4 Uhr.
Abends ½8 Uhr gewöhnl. Preise.

Victoria-Salon.
Nur noch kurze Zeit!
Mörbitz als „städt. Strassenkehrer“
und das [illegible] Januar-Programm.
Anfang ½8 Uhr.
Im Tunnel [illegible] Künstler-Ensemble „Abadie“.

Wetterbericht nach der Wettersäule auf der Carolabrücke vom 27. Januar, vormittags 10½ Uhr.

Barometer: 750. — Veränderlich.
Thermometer: 0° R.
Thermometrograph n. Reaumur: Min. — 5°, Maxim. + 3°.
Hygrometer: 80°.
Wasserstand der Elbe: 2 cm + 0.

Quittung. Für die ausgesperrten Glasarbeiter gingen bei der Expedition ein: C. B. P. durch S. 20,05. Ueberschuß von Schmiedemeisters Geburtstag 1,20. Apfelsinenkiste 3,—.

Quittung. Für die ausgesperrten Flaschenmacher gingen beim Vertrauensmann derselben ein: Durch St. —,50. Durch B. 12,65.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020127/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG